

1967	Ausgegeben zu Bonn am 31. Oktober 1967	Nr. 46
------	--	--------

Tag	Inhalt	Seite
21. 10. 67	Verordnung über den Verkehr und den Betrieb der Fahrgastschiffe mit weniger als 15 Tonnen Wasserverdrängung auf dem Rhein (Kleinfahrgastschiffverordnung)	2393
28. 7. 67	Bekanntmachung des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors	2430
19. 10. 67	Bekanntmachung des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs	2434

**Verordnung
über den Verkehr und den Betrieb der Fahrgastschiffe
mit weniger als 15 Tonnen Wasserverdrängung auf dem Rhein
(Kleinfahrgastschiffverordnung)**

Vom 21. Oktober 1967

Inhaltsübersicht

	§	§	
I. Teil			
Allgemeine Vorschrift			
Geltungsbereich	1	Eintragungen in den Zulassungsschein	16
Zum Betrieb nicht zugelassene Fahrzeuge	2	Geltungsdauer des Zulassungsscheines	17
II. Teil			
Untersuchung, Zulassung und Instandhaltung der Kleinfahrgastschiffe			
Untersuchungspflicht und Zulassung	3	Zweitschrift des Zulassungsscheines	18
Zulassungsschein	4	Zurückbehaltung und Einziehung des Zulassungs- scheines	19
Instandhaltungspflicht	5	Auskunft	20
Nachuntersuchung	6	V. Teil	
Sonderuntersuchung	7	Führen von Kleinfahrgastschiffen	
Untersuchung von Amts wegen	8	Erlaubnispflicht und Ausweispflicht	21
Anerkennung des Schiffsattestes für den Rhein	9	Erteilung der Fahrerlaubnis	22
III. Teil			
Bau, Ausrüstung, höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste und Mindestbesatzung der Kleinfahrgastschiffe			
Bau und Ausrüstung der Kleinfahrgastschiffe	10	Körperliche Eignung	23
Höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste	11	Eignung zum Vorgesetzten und nautische Befähigung	24
Einsenkungsmarken	12	Mindestalter, Fahrzeit, Prüfung	25
Mindestbesatzung	13	Erweiterung	26
IV. Teil			
Verfahren bei der Untersuchung der Kleinfahrgastschiffe			
Anmeldung zur Untersuchung	14	Fahrtennachweis	27
Umfang der Untersuchung	15	Antrag	28
VI. Teil			
Besondere Vorschriften über den Betrieb der Kleinfahrgastschiffe			
		Prüfungen	29
		Ausfertigung	30
		Entziehung der Fahrerlaubnis	31
		Ersatzausfertigung	32
		Fahrpläne	33
		Landstellen	34
		Betreten und Verlassen der Kleinfahrgastschiffe	35
		Ordnung an Bord und an den Landstellen	36
		Zurückweisung von Fahrgästen, Beförderung von Tieren und Gütern	37

	§		§
Einstellung des Fahrgastschiffverkehrs	38	Geltung in Berlin	46
Aushang von Vorschriften	39	Schlußvorschriften und Inkrafttreten	47
Vorlagepflicht	40		
VII. Teil			
Straf-, Übergangs- und Schlußvorschriften			
Strafvorschriften	41	Anlage 1: Zulassungsschein (§ 4)	
Vorübergehende Erleichterungen	42	Anlage 2: Kleinfahrgastschiffzusatzzeugnis (§ 9)	
Zulassungsscheine nach bisherigem Recht	43	Anlage 3: Antrag auf Untersuchung (§ 14)	
Bootsführerscheine nach bisherigem Recht	44	Anlage 4: Bescheinigung über befristete Weiterverwendung (§ 19)	
Umtausch alter Bootsführerscheine	45	Anlage 5: Amtsärztliches Zeugnis (§ 23)	
		Anlage 6: Bootsführerschein (§ 30)	

Auf Grund des § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt vom 15. Februar 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 317), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1966 (Bundesgesetzbl. II S. 560), wird verordnet:

I. Teil

Allgemeine Vorschrift

§ 1

Geltungsbereich

(1) Diese Verordnung gilt auf der Bundeswasserstraße Rhein von der Einmündung der Lauter bei km 352,07 bis zum Beginn der Grenzstrecke gegenüber dem Königreich der Niederlande bei km 857,90 und findet auf alle Fahrzeuge mit eigener Triebkraft Anwendung, die der gewerbsmäßigen oder gelegentlichen Beförderung von Personen gegen Entgelt dienen und eine Wasserverdrängung von weniger als 15 t haben, nachstehend Kleinfahrgastschiffe genannt. Sie gilt nicht für Fähren. Sie gilt ferner nicht für Boote, die gewerbsmäßig zur stundenweisen Benutzung vermietet werden, ohne daß gleichzeitig eine Besatzung gestellt wird.

(2) Die Vorschriften der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung vom 24. Dezember 1954 (Bundesgesetzblatt II S. 1411) werden durch diese Verordnung nicht berührt.

§ 2

Zum Betrieb nicht zugelassene Fahrzeuge

Fahrzeuge ohne eigene Triebkraft sind zur gewerblichen oder gelegentlichen Beförderung von Personen gegen Entgelt nicht zugelassen.

II. Teil

Untersuchung, Zulassung und Instandhaltung der Kleinfahrgastschiffe

§ 3

Untersuchungspflicht und Zulassung

(1) Die Kleinfahrgastschiffe müssen vor der Inbetriebnahme durch die Untersuchungsbehörde auf ihre Fahrtauglichkeit untersucht und zum Verkehr zugelassen werden. Die Zulassung kann auf einen

bestimmten Fahrbereich begrenzt werden; sie kann unter Auflagen oder Beschränkungen erteilt werden, soweit dies zum sicheren Betrieb des Kleinfahrgastschiffes erforderlich ist.

(2) Untersuchungsbehörden im Sinne dieser Verordnung sind die nach § 78 der Binnenschiffs-Untersuchungsordnung vom 18. Juli 1956 (Bundesgesetzblatt II S. 769) in der Fassung der Verordnung vom 2. Oktober 1965 (Bundesgesetzbl. II S. 1445) gebildeten Schiffsuntersuchungskommissionen Duisburg-Rhein, Köln, Koblenz-Rhein, Mainz und Mannheim.

§ 4

Zulassungsschein

(1) Die Kleinfahrgastschiffe werden durch Erteilung des Zulassungsscheins zum Verkehr zugelassen. Der Zulassungsschein wird nach dem Muster der Anlage 1 ausgestellt.

(2) Der Eigentümer des Kleinfahrgastschiffes hat einen Wechsel des Eigentums an dem Fahrgastschiff, eine Namensänderung des Kleinfahrgastschiffes, die Begründung oder Beendigung eines Ausrüsterverhältnisses sowie einen Wechsel des Ausrüsters der Untersuchungsbehörde zur Eintragung in den Zulassungsschein unverzüglich mitzuteilen.

§ 5

Instandhaltungspflicht

Der Eigentümer oder, wenn ein Ausrüsterverhältnis besteht, der Ausrüster hat das Kleinfahrgastschiff sowie die zu seinem Betrieb erforderlichen Einrichtungen nach Maßgabe dieser Verordnung für die Dauer ihrer bestimmungsmäßigen Verwendung in einem Zustand zu erhalten, der jede Gefahr für die Schifffahrt und für die Benutzer des Kleinfahrgastschiffes ausschließt. Ausrüstungsgegenstände, die im Zulassungsschein eingetragen und unbrauchbar geworden oder abhanden gekommen sind, sind unverzüglich zu ersetzen.

§ 6

Nachuntersuchung

Vor Ablauf der Geltungsdauer des Zulassungsscheines muß das Kleinfahrgastschiff zwecks Verlängerung des Zulassungsscheines erneut untersucht werden (Nachuntersuchung).

§ 7

Sonderuntersuchung

Nach jeder wesentlichen Veränderung oder Instandsetzung des Kleinfahrgastschiffes oder der zu seinem Betrieb erforderlichen Einrichtungen, welche die Festigkeit des Schiffskörpers, die im Zulassungsschein angegebenen baulichen Merkmale oder die Stabilität beeinflußt, muß das Kleinfahrgastschiff erneut untersucht werden (Sonderuntersuchung). Eine Sonderuntersuchung ist auch erforderlich, wenn der Fahrbereich des Kleinfahrgastschiffes nachträglich erweitert werden soll. Die Untersuchungsbehörde kann von der Verpflichtung zur Sonderuntersuchung nach Satz 2 befreien, wenn keine zusätzlichen Sicherheitsanforderungen zu stellen sind.

§ 8

Untersuchung von Amts wegen

Besteht Grund zur Annahme, daß ein Kleinfahrgastschiff nicht mehr fahrtauglich ist, so kann die Untersuchungsbehörde von Amts wegen eine Untersuchung anordnen.

§ 9

Anerkennung des Schiffsattestes für den Rhein

Fahrzeuge, die das Schiffsattest für den Rhein auf Grund der Untersuchungsordnung für Rheinschiffe und -flöße — Anlage 1 der Verordnung über die Untersuchung der Rheinschiffe und -flöße und über die Beförderung brennbarer Flüssigkeiten auf Binnenwasserstraßen vom 30. April 1950 (Bundesgesetzbl. S. 371) — besitzen und als Kleinfahrgastschiffe verwendet werden, benötigen keinen Zulassungsschein nach dieser Verordnung. Mindestbemanning und höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste werden jedoch nach dieser Verordnung festgesetzt und von der Untersuchungsbehörde in einem Kleinfahrgastschiffzusatzzeugnis nach dem Muster der Anlage 2 vermerkt. Das Fahrgastschiffzusatzzeugnis ist bei jeder Erneuerung oder Verlängerung des Schiffsattestes zu erneuern oder zu verlängern.

III. Teil

**Bau, Ausrüstung,
höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste
und Mindestbemanning der Kleinfahrgastschiffe**

§ 10

Bau und Ausrüstung der Kleinfahrgastschiffe

Bau und Ausrüstung der Kleinfahrgastschiffe müssen den §§ 13 bis 23, 30 bis 50, 52, 53, 55 bis 60 sowie der Anlage 4 der Binnenschiffs-Untersuchungsordnung entsprechen.

§ 11

Höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste

(1) Von der Untersuchungsbehörde werden nach Maßgabe der Stabilität sowie der Fläche und der Festigkeit des Decks des Kleinfahrgastschiffes die höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste festgesetzt.

(2) An Bord eines jeden Kleinfahrgastschiffes ist die nach Absatz 1 festgesetzte höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste an auffälliger Stelle und deutlich lesbar anzugeben.

§ 12

Einsenkungsmarken

(1) Die Untersuchungsbehörde stellt die zulässige tiefste Einsenkung nach der höchstzulässigen Belastung mit Fahrgästen fest und bezeichnet sie durch Einsenkungsmarken. Für die Anbringung gilt § 13 Nr. 2 Abs. 2 der Rheinschiffahrtspolizeiverordnung.

(2) Möglichst am vorderen Ende des Kleinfahrgastschiffes sind auf den beiden Einsenkungsmarken unaustilgbar in 2 bis 2,5 cm hohen lateinischen Buchstaben und arabischen Ziffern innerhalb eines Ringes die Erkennungsbuchstaben der Untersuchungsbehörde und neben dem Ring die Nummer des Zulassungsscheines anzubringen.

(3) Bezeichnungen, die infolge einer späteren Untersuchung ungültig geworden sind, müssen unter Aufsicht der Untersuchungsbehörde unleserlich gemacht werden. Einsenkungsmarken dürfen nur von der Untersuchungsbehörde ersetzt werden.

§ 13

Mindestbemanning

(1) Die Untersuchungsbehörde setzt die zum sicheren Betrieb des Kleinfahrgastschiffes entsprechend seiner Größe, Bauart und Ausrüstung erforderliche Mindestbemanning fest. Der Mindestbemanning kann eine Frau angehören, wenn das Kleinfahrgastschiff zur Beschäftigung von Frauen geeignet und der Führer ein Mann ist.

(2) Der Eigentümer oder, wenn ein Ausrüsterverhältnis besteht, der Ausrüster hat darauf zu achten, daß die Besatzung ihre Aufgaben an Bord unter Bedingungen ausübt, die eine Übermüdung ausschließen. Auf dem Kleinfahrgastschiff ist das in Artikel 43 der Untersuchungsordnung für Rheinschiffe und -flöße vorgeschriebene Fahrtenbuch zu führen.

IV. Teil

**Verfahren bei der Untersuchung
der Kleinfahrgastschiffe**

§ 14

Anmeldung zur Untersuchung

(1) Das Kleinfahrgastschiff ist vom Eigentümer oder, wenn ein Ausrüsterverhältnis besteht, vom Ausrüster bei der Untersuchungsbehörde mittels Vordrucks nach dem Muster der Anlage 3 zur Untersuchung anzumelden. Für die erste Untersuchung und für jede Sonderuntersuchung kann sich der Eigentümer oder, wenn ein Ausrüsterverhältnis besteht, der Ausrüster an jede der in § 3 genannten Schiffsuntersuchungskommissionen wenden. Im übrigen ist die Schiffsuntersuchungskommission zuständig, die dem Ort, von dem aus das Kleinfahrgastschiff betrieben wird, am nächsten liegt.

(2) Der Anmeldung sind die prüffähigen Unterlagen für die Berechnung der Stabilität, der höchstzulässigen Belastung des Fahrgastschiffes sowie die Auswertung des Krängungsversuchs beizufügen.

§ 15

Umfang der Untersuchung

(1) Die Untersuchung erstreckt sich auf das gesamte Kleinfahrgastschiff mit Ausnahme der Überwachungsbedürftigen Anlagen im Sinne des § 24 der Gewerbeordnung.

(2) Bei der Nachuntersuchung soll auch der Zustand des Fahrzeugbodens geprüft werden (Bodenuntersuchung). Hiervon kann abgesehen werden

1. unter der Auflage, daß der Eigentümer oder, wenn ein Ausrüsterverhältnis besteht, der Ausrüster die Bodenuntersuchung innerhalb einer von der Untersuchungsbehörde festgesetzten Frist durch einen von ihr anerkannten Sachverständigen vornehmen läßt, oder
2. wenn die letzte Bodenuntersuchung erst kurze Zeit zurückliegt und deshalb ihre Wiederholung im Hinblick auf die bauliche Beschaffenheit des Kleinfahrgastschiffes entbehrlich ist.

(3) Bei der Sonderuntersuchung und bei der Untersuchung von Amts wegen bestimmt die Untersuchungsbehörde den Umfang der Untersuchung.

(4) Auf Verlangen der Untersuchungsbehörde sind bei allen Untersuchungen Probefahrten auszuführen.

(5) Das Fahrgastschiff ist ausgerüstet und geeignet zur Untersuchung vorzuführen. Der Eigentümer — oder, wenn ein Ausrüsterverhältnis besteht, der Ausrüster — oder der Führer des Kleinfahrgastschiffes hat bei der Untersuchung Hilfe zu leisten. Auf Verlangen hat er einen Nachen mit der erforderlichen Besatzung bereitzustellen.

§ 16

Eintragungen in den Zulassungsschein

(1) In den Zulassungsschein müssen seine Geltungsdauer, das Ergebnis jeder Untersuchung, die Ausrüstung, die höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste, die Mindestbesatzung, Erweiterungen und Beschränkungen des Fahrbereichs sowie sonstige Auflagen, Beschränkungen und Erleichterungen eingetragen werden. Das gleiche gilt für die Feststellung der Untersuchungsbehörde, daß das Kleinfahrgastschiff zur Beschäftigung von Frauen geeignet ist; die Gültigkeit dieser Feststellung ist zu befristen.

(2) Die Zulassungsscheine sind in laufender Nummernfolge zu erteilen. Die Untersuchungsbehörde hat eine Abschrift aufzubewahren.

(3) Der Untersuchungsbehörde, die den Zulassungsschein erteilt hat, sind spätere Eintragungen durch eine andere Untersuchungsbehörde mitzuteilen.

§ 17

Geltungsdauer des Zulassungsscheines

(1) Die Geltungsdauer des Zulassungsscheines beträgt fünf Jahre.

(2) Ergibt die Nachuntersuchung, die Sonderuntersuchung oder die Untersuchung von Amts wegen, daß das Kleinfahrgastschiff fahrtauglich ist, so wird die Geltungsdauer des Zulassungsscheines um fünf Jahre verlängert.

(3) Die Untersuchungsbehörde kann eine kürzere Geltungsdauer festsetzen, wenn dies nach dem Untersuchungsergebnis geboten ist.

§ 18

Zweitschrift des Zulassungsscheines

(1) Ist der Zulassungsschein verlorengegangen oder unbrauchbar geworden, so hat die Untersuchungsbehörde, die ihn erteilt hat, auf Antrag eine Zweitschrift auszustellen, die als solche zu bezeichnen ist.

(2) Mit Aushändigung der Zweitschrift wird die Urschrift ungültig.

§ 19

Zurückbehaltung und Einziehung des Zulassungsscheines

(1) Nach jeder Untersuchung, die nach der Erteilung des Zulassungsscheines vorgenommen wird, kann die Untersuchungsbehörde den Zulassungsschein unter schriftlicher Mitteilung der festgestellten Mängel zurückbehalten, bis diese beseitigt sind. Auf Antrag kann sie eine befristete Weiterverwendung des Kleinfahrgastschiffes unter Auflagen gestatten, wenn die Sicherheit des Schiffsverkehrs nicht gefährdet ist. Sie stellt hierüber eine besondere Bescheinigung nach dem Muster der Anlage 4 aus, in der sie die erforderlichen Auflagen und die Geltungsdauer vermerkt.

(2) Ungültige Zulassungsscheine hat der Eigentümer oder, wenn ein Ausrüsterverhältnis besteht, der Ausrüster an die Untersuchungsbehörde zurückzugeben.

§ 20

Auskunft

Personen, die ein berechtigtes Interesse nachweisen, ist eine beglaubigte Abschrift des Zulassungsscheines oder Auskunft über seinen Inhalt zu erteilen.

V. Teil

Führen von Kleinfahrgastschiffen

§ 21

Erlaubnispflicht und Ausweispflicht

(1) Wer auf der in § 1 bezeichneten Strecke des Rheins ein Kleinfahrgastschiff führen will, bedarf einer Fahrerlaubnis.

(2) Die Fahrerlaubnis ist durch eine amtliche Bescheinigung (Bootsführerschein) nachzuweisen. Der Bootsführerschein ist beim Führen von Kleinfahrgastschiffen mitzuführen und den zuständigen Angehörigen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und den Beamten der Wasserschutzpolizei auf Verlangen zur Prüfung auszuhändigen.

(3) Absatz 2 Satz 2 gilt entsprechend für den Zulassungsschein (§ 4) oder das Rheinschiffsattest nebst Kleinfahrgastschiffszusatzzeugnis (§ 9) und die Bescheinigung nach § 19 Abs. 1 Satz 3.

§ 22

Erteilung der Fahrerlaubnis

(1) Anspruch auf Erteilung einer Fahrerlaubnis hat, wer die Voraussetzungen der §§ 23 bis 25 erfüllt.

(2) Die Fahrerlaubnis wird von der Prüfungsbehörde erteilt. Prüfungsbehörden sind die Wasser- und Schifffahrtsämter Wesel, Duisburg-Rhein, Köln, Koblenz-Rhein, Bingerbrück, Mainz, Worms und Mannheim.

§ 23

Körperliche Eignung

(1) Der Bewerber um die Fahrerlaubnis muß körperlich zum Führer eines Kleinfahrgastschiffes geeignet sein. Er muß insbesondere über ausreichendes Hör-, Seh- und Farbenunterscheidungsvermögen verfügen. Der Nachweis ist durch ein amtsärztliches Zeugnis oder das Zeugnis eines Vertrauensarztes der Binnenschifffahrts-Berufsgenossenschaft nach dem Muster der Anlage 5 zu erbringen.

(2) Bewerbern, die nach dem Ergebnis der ärztlichen Untersuchung körperlich nur bedingt zum Führen eines Kleinfahrgastschiffes tauglich sind, kann die Prüfungsbehörde die Fahrerlaubnis unter Auflagen erteilen. Auflagen werden in den Bootsführerschein eingetragen.

§ 24

Eignung zum Vorgesetzten und nautische Befähigung

Der Bewerber muß zum Vorgesetzten einer Schiffsmannschaft geeignet sein und die zur Führung eines Kleinfahrgastschiffes erforderliche nautische Befähigung besitzen. Die Eignung zum Vorgesetzten kann insbesondere verneint werden, wenn der Bewerber wegen wiederholter Vergehen oder eines Verbrechens gegen das Eigentum oder die Sittlichkeit verurteilt worden ist.

§ 25

Mindestalter, Fahrzeit, Prüfung

(1) Der Bewerber muß

1. das einundzwanzigste Lebensjahr vollendet haben,
2. mindestens drei Jahre lang als Angehöriger der Decksmannschaft die Schifffahrt ausgeübt haben, davon mindestens zwölf Monate auf dem Rhein. Drei Monate der Fahrzeit auf dem Rhein müssen innerhalb der letzten drei Jahre abgeleistet worden sein,
3. in einer Prüfung die Kenntnis der einschlägigen schiffahrtspolizeilichen Vorschriften und Unfallverhütungsvorschriften sowie die sonstigen Kenntnisse und Fertigkeiten nachweisen, die zur Führung eines Kleinfahrgastschiffes erforderlich sind. Die Prüfung erstreckt sich auch auf die Kenntnis der Bedienung der maschinellen Einrichtungen und ihrer Wirkungsweise,

4. die Strecke, die die Fahrerlaubnis umfassen soll, als Angehöriger der Decksmannschaft mindestens achtmal zu Berg und achtmal zu Tal befahren haben, davon je mindestens dreimal innerhalb der letzten drei Jahre vor Eingang des Antrags.

(2) Die Prüfungsbehörde kann in Härtefällen unter Anlegung eines strengen Maßstabes Ausnahmen von dem Erfordernis des Mindestalters und der Fahrzeit zulassen.

(3) Bewerber, die

1. ein Rheinschifferpatent,
2. ein auf Grund der Verordnung über Befähigungszeugnisse in der Binnenschifffahrt vom 15. Juni 1956 (Bundesgesetzbl. II S. 722) erteiltes Schifferpatent oder einen zum Umtausch in ein Schifferpatent zugelassenen alten Befähigungsnachweis,
3. ein Elbschifferzeugnis,
4. ein Kapitänspatent oder ein Schiffsführerpatent für die Donau oder
5. ein auf Grund der Schiffsbesetzungsordnung vom 29. Juni 1931 (Reichsgesetzbl. II S. 517) erteiltes Befähigungszeugnis der Gruppe A oder B

besitzen, sind von der Prüfung nach Absatz 1 Nr. 3 befreit. Die Prüfungsbehörde kann von ihnen jedoch den Nachweis verlangen, daß sie über die Kenntnisse und Fertigkeiten zur Führung von Kleinfahrgastschiffen verfügen, für die der Bootsführerschein beantragt wird. Bewerber nach Satz 1, die ein Kleinfahrgastschiff führen wollen, deren Befähigungszeugnis aber nur zur Führung von Fahrzeugen ohne eigene Triebkraft berechtigt, haben in jedem Falle in einer Prüfung nachzuweisen, daß sie die Wirkungsweise der maschinellen Einrichtungen kennen und diese bedienen können.

§ 26

Erweiterung

Die Fahrerlaubnis, die nur für einen bestimmten Stromabschnitt erteilt worden ist, wird auf Antrag auf andere Stromabschnitte erweitert, wenn der Bewerber nachweist, daß er die Voraussetzungen des § 25 Abs. 1 Nr. 4 für diese Stromabschnitte erfüllt.

§ 27

Fahrtennachweis

Wer nach dem Gesetz über Schifferdienstbücher vom 12. Februar 1951 (Bundesgesetzbl. II S. 3) zum Besitz eines Schifferdienstbuches oder wer nach dem Seemannsgesetz vom 26. Juli 1957 (Bundesgesetzblatt II S. 713) zum Besitz eines Seefahrtbuches verpflichtet ist, hat die abgeleistete Fahrzeit (§ 25 Abs. 1 Nr. 2) durch Eintragungen in das Schifferdienstbuch oder Seefahrtbuch nachzuweisen. Soweit keine Verpflichtung zum Besitz des Schifferdienstbuches oder Seefahrtbuches besteht, genügen amtlich beglaubigte Bescheinigungen der jeweiligen Arbeitgeber oder Schiffsführer. Die Bescheinigungen müssen genaue Angaben über die Fahrzeiten und über die Art der Beschäftigung des Bewerbers enthalten.

§ 28

Antrag

(1) Der Antrag auf Erteilung der Fahrerlaubnis ist an die Prüfungsbehörde zu richten.

(2) Dem Antrag auf Erteilung der Fahrerlaubnis sind beizufügen

1. ein Lichtbild,
2. das ärztliche Zeugnis nach § 23 Abs. 1,
3. die Fahrtennachweise nach § 27,
4. ein polizeiliches Führungszeugnis.

(3) Bewerber nach § 25 Abs. 3 haben dem Antrag nur ein Lichtbild und ihr Befähigungszeugnis beizufügen.

§ 29

Prüfungen

(1) Die Prüfungen für die Erteilung der Fahrerlaubnis werden von der Prüfungsbehörde abgenommen.

(2) Prüfungen finden nach Bedarf statt.

(3) Besteht ein Bewerber die Prüfung nicht, so kann er sie wiederholen. Die Prüfungsbehörde kann die erneute Teilnahme an der Prüfung von der Erfüllung von Auflagen abhängig machen.

§ 30

Ausfertigung

Der Bootsführerschein wird nach dem Muster der Anlage 6 ausgefertigt.

§ 31

Entziehung der Fahrerlaubnis

(1) Die Fahrerlaubnis kann von der Prüfungsbehörde, die sie erteilt hat, entzogen werden, wenn

1. die Voraussetzungen des § 23 Abs. 1 Satz 1 und 2 oder des § 24 Satz 1 nicht mehr vorliegen,
2. der Inhaber wiederholt wegen Zuwiderhandlungen gegen strom- und schiffahrtspolizeiliche Vorschriften bestraft worden ist und die Besorgnis besteht, daß er sein verkehrsfährdendes Verhalten fortsetzt,
3. der Inhaber die Fahrerlaubnis durch wissentlich falsche Angaben erschlichen hat.

(2) Die Fahrerlaubnis kann auf Dauer oder auf Zeit entzogen werden. Sie ist an die Prüfungsbehörde, die sie entzogen hat, zurückzugeben.

(3) Die Prüfungsbehörde, die die Fahrerlaubnis erteilt hat, kann die Erneuerung des ärztlichen Zeugnisses nach § 23 Abs. 1 verlangen, wenn Tatsachen bekannt werden, die Bedenken gegen die körperliche Eignung des Inhabers der Fahrerlaubnis als Führer eines Kleinfahrgastschiffes begründen. Inhaber, die nach Vollendung des 65. Lebensjahres weiter als Führer eines Kleinfahrgastschiffes tätig sein wollen, haben vor diesem Zeitpunkt und weiterhin mindestens alle zwei Jahre das ärztliche Zeugnis zu erneuern.

§ 32

Ersatzausfertigung

Ist der Bootsführerschein unbrauchbar geworden oder wird glaubhaft gemacht, daß er verlorengegangen ist, so stellt die Prüfungsbehörde, die ihn ausgestellt hat, auf Antrag eine Ersatzausfertigung aus, die als solche bezeichnet wird. Der verlorengegangene Bootsführerschein ist für ungültig zu erklären, der unbrauchbar gewordene einzuziehen.

VI. Teil

**Besondere Vorschriften
über den Betrieb der Kleinfahrgastschiffe**

§ 33

Fahrpläne

Eigentümer oder, wenn ein Ausrüsterverhältnis besteht, Ausrüster, deren Kleinfahrgastschiffe nach einem festen Fahrplan verkehren, haben diesen rechtzeitig dem Wasser- und Schiffsamt, von dessen Zuständigkeitsbereich aus das Kleinfahrgastschiff betrieben wird, mitzuteilen. Das gleiche gilt für Fahrplanänderungen.

§ 34

Landstellen

(1) Unbeschadet der nach anderen Vorschriften für die Anlegung der Landstellen und den Betrieb der Kleinfahrgastschiffe erforderlichen Bewilligungen, Erlaubnisse und Genehmigungen dürfen die Kleinfahrgastschiffe den Fahrgastverkehr nur von Landstellen aus durchführen, die von der Strom- und Schiffsamtspolizeibehörde zur Benutzung durch Kleinfahrgastschiffe zugelassen sind.

(2) Für die Instandhaltung der Landstellen gilt § 5, soweit nicht besondere Vorschriften Platz greifen. Die Instandhaltungspflicht obliegt dem für die Landstellen Unterhaltspflichtigen.

(3) Andere Fahrzeuge als die Kleinfahrgastschiffe oder Flöße dürfen an den Landstellen während der Betriebszeiten nicht anlegen oder stilliegen.

§ 35

Betretten und Verlassen der Kleinfahrgastschiffe

(1) Der Führer des Kleinfahrgastschiffes oder der mit der Verkehrsregelung auf dem Kleinfahrgastschiff oder den Landstellen Beauftragte darf das Betreten oder Verlassen des Kleinfahrgastschiffes erst zulassen, nachdem das Kleinfahrgastschiff ordnungsgemäß an der Landestelle festgemacht ist und nachdem er sich davon überzeugt hat, daß das Betreten oder Verlassen des Kleinfahrgastschiffes ohne Gefahr möglich ist. Er hat dafür zu sorgen, daß die höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste nicht überschritten wird. Er kann die Reihenfolge des Zu- und Abgangs regeln.

(2) Ohne Erlaubnis einer in Absatz 1 bezeichneten Person dürfen die Kleinfahrgastschiffe nicht betreten oder verlassen werden. Nach dem Abfahrtszeichen darf niemand mehr ein- oder aussteigen.

§ 36

Ordnung an Bord und an den Landstellen

(1) Die Benutzer der Kleinfahrgastschiffe und der Landstellen müssen sich so verhalten, daß sie andere Personen nicht behindern oder belästigen. Sie haben Anordnungen einer in § 35 Abs.1 bezeichneten Person zu befolgen.

(2) Die dem Zu- und Abgang dienenden Öffnungen des Kleinfahrgastschiffes sind während der Fahrt geschlossen zu halten. Nach dem Festmachen des Kleinfahrgastschiffes darf nur die landseitige Öffnung aufgemacht werden; bei Dunkelheit oder unsichtigem Wetter ist diese ausreichend zu beleuchten.

(3) Die landseitigen Verschlüsse der Landebrücken oder -stege dürfen nur solange geöffnet werden, als das Kleinfahrgastschiff zum Ein- und Aussteigen an der Landebrücke oder dem Landesteg liegt.

(4) Der Führer des Kleinfahrgastschiffes oder der mit der Verkehrsregelung auf dem Kleinfahrgastschiff oder den Landstellen Beauftragte hat dafür zu sorgen, daß die beförderten Personen im Interesse der Sicherheit auf dem Kleinfahrgastschiff richtig verteilt sind und der Zugang zu den dem Zu- und Abgang dienenden Öffnungen nicht behindert wird.

(5) Auf Kleinfahrgastschiffen mit besonderem Führerstand und Maschinenraum ist den Fahrgästen das Betreten dieser Räume untersagt.

(6) Bei Dunkelheit müssen die für Fahrgäste bestimmten Räume ausreichend beleuchtet sein. Die Beleuchtung darf die Erkennbarkeit der Schiffslichter nicht beeinträchtigen und keine störende Blendwirkung haben.

§ 37

**Zurückweisung von Fahrgästen,
Beförderung von Tieren und Gütern**

(1) Der Führer des Kleinfahrgastschiffes oder der mit der Verkehrsregelung auf dem Kleinfahrgastschiff oder den Landstellen Beauftragte hat Personen, von denen eine Gefährdung des Betriebes der Kleinfahrgastschiffe oder eine erhebliche Belästigung der Fahrgäste zu befürchten ist, von der Beförderung auszuschließen.

(2) Die Beförderung von Tieren und Gegenständen, die eine Gefährdung oder Belästigung der Fahrgäste herbeiführen können, ist verboten.

§ 38

Einstellung des Fahrgastschiffverkehrs

Der Fahrgastschiffverkehr ist einzustellen, wenn die Weiterfahrt nach pflichtgemäßem Ermessen des Führers des Kleinfahrgastschiffes mit Gefahr verbunden ist.

§ 39

Aushang von Vorschriften

Der Eigentümer oder, wenn ein Ausrüsterverhältnis besteht, der Ausrüster ist verpflichtet, den Wortlaut der §§ 35 bis 38 sowie des § 41 Abs. 1 Nr. 8 an

auffälliger Stelle und deutlich lesbar an Bord eines Kleinfahrgastschiffes und an den Landstellen auszuhängen.

§ 40

Vorlagepflicht

Der Führer des Kleinfahrgastschiffes hat den Zulassungsschein (§ 4) oder das Rheinschiffsattest nebst Kleinfahrgastschiffzusatzzeugnis (§ 9) sowie den Bootsführerschein (§ 21) an Bord mitzuführen und den zuständigen Bediensteten der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung und den Beamten der Wasserschutzpolizei auf Verlangen vorzulegen. Das gleiche gilt für die Bescheinigung nach § 18 Abs. 1 Satz 3.

VII. Teil

Straf-, Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 41

Strafvorschriften

(1) Nach § 366 Nr. 10 des Strafgesetzbuches wird bestraft, wer

1. entgegen § 21 Abs.1 ein Kleinfahrgastschiff führt, ohne die dazu erforderliche Fahrerlaubnis zu haben;
2. als Führer eines Kleinfahrgastschiffes
 - a) ein auf der befahrenen Strecke nicht nach §§ 3, 9 oder 42 zum Verkehr zugelassenes oder entgegen der Festsetzung nach § 13 Abs. 1 bemanntes Kleinfahrgastschiff führt,
 - b) den im Zulassungsschein nach §§ 3, 16 eingetragenen Beschränkungen oder Auflagen oder der Eintragung nach §§ 11, 16 über die höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste zuwiderhandelt,
 - c) entgegen § 10 dieser Verordnung in Verbindung mit § 21 Binnenschiffs-Untersuchungsordnung eine Flüssiggasanlage für Heiz-, Koch-, Kühl- oder Beleuchtungszwecke entweder selbst betreibt oder ihren Betrieb an Bord zuläßt, ohne daß der Vermerk nach § 21 Abs. 3 Binnenschiffs-Untersuchungsordnung im Zulassungsschein eingetragen ist, oder entgegen § 10 dieser Verordnung in Verbindung mit § 22 Binnenschiffs-Untersuchungsordnung eine solche Flüssiggasanlage an Bord nimmt oder benutzt oder ihre Anbordnahme oder Benutzung zuläßt,
 - d) entgegen § 10 dieser Verordnung in Verbindung mit § 33 Abs.2 Binnenschiffs-Untersuchungsordnung die durch Entöler abgesonderten Aböle oder die in Sammelbehälter abgeleiteten ölhaltigen Abwässer nicht regelmäßig an eine Sammelstelle für ölhaltige Abwässer abgibt oder den hierüber vorgeschriebenen Nachweis nicht führt, oder
 - e) entgegen § 21 Abs. 2 Satz 2 den Bootsführerschein oder entgegen § 21 Abs. 3 eine dort bezeichnete Urkunde beim Führen eines Klein-

- fahrgastschiffes nicht mitführt oder einer zuständigen Person auf Verlangen zur Prüfung nicht aushändigt;
3. als Führer eines Kleinfahrgastschiffes oder mit der Verkehrsregelung auf dem Kleinfahrgastschiff oder den Landesstellen Beauftragter beim Betrieb eines Kleinfahrgastschiffes einer Vorschrift
 - a) des § 35 Abs. 1 Satz 1 über das Betreten oder Verlassen des Kleinfahrgastschiffes,
 - b) des § 36 Abs. 2 über das Öffnen, Schließen oder Beleuchten der dem Zu- und Abgang dienenden Öffnungen des Kleinfahrgastschiffes,
 - c) des § 36 Abs. 3 über das Offenhalten der landseitigen Verschlüsse der Landebrücken oder Landestege,
 - d) des § 36 Abs. 4 über den Standort der beförderten Personen auf dem Kleinfahrgastschiff oder
 - e) des § 36 Abs. 6 über die Beleuchtung der Fahrträume
 zuwiderhandelt;
 4. als Eigentümer entgegen § 4 Abs. 2 den Zulassungsschein nicht berichtigen läßt,
 5. als Eigentümer oder Ausrüster,
 - a) anordnet oder zuläßt, daß ein in Nummer 2 Buchstabe a bezeichnetes Kleinfahrgastschiff gefahren wird,
 - b) entgegen § 5 ein Kleinfahrgastschiff nicht instand hält oder Ausrüstungsgegenstände nicht oder nicht unverzüglich ersetzt,
 - c) entgegen § 7 Satz 1 eine Sonderuntersuchung eines Kleinfahrgastschiffes nicht veranlaßt,
 - d) entgegen § 10 dieser Verordnung in Verbindung mit § 21 Binnenschiffs-Untersuchungsordnung die Inbetriebnahme einer Flüssiggasanlage nach Nummer 2 Buchstabe c zuläßt, ohne daß der Vermerk nach § 21 Abs. 3 Binnenschiffs-Untersuchungsordnung im Zulassungsschein eingetragen ist, oder entgegen § 10 dieser Verordnung in Verbindung mit § 22 Binnenschiffs-Untersuchungsordnung zuläßt, daß eine solche Flüssiggasanlage an Bord genommen oder benutzt wird,
 - e) entgegen § 10 dieser Verordnung in Verbindung mit § 33 Abs. 1 ein Kleinfahrgastschiff nicht mit einem Entöler oder Sammelbehälter versieht oder entgegen § 10 dieser Verordnung in Verbindung mit § 33 Abs. 2 zuläßt, daß die an Bord gesammelten Aböle oder ölhaltigen Abwässer nicht an eine Sammelstelle abgegeben werden oder daß der vorgeschriebene Nachweis hierüber nicht geführt wird,
 - f) entgegen § 34 Abs. 1 den Kleinfahrgastschiffverkehr von Landestellen aus durchführt, die von der zuständigen Behörde nicht zur Benutzung durch Kleinfahrgastschiffe zugelassen sind, oder
 - g) den in § 39 vorgeschriebenen Aushang von Benutzungs- und Strafvorschriften unterläßt;

6. als Unterhaltspflichtiger entgegen § 34 Abs. 2 die Landestellen nicht instand hält;
7. als Schiffsführer eines anderen Fahrzeugs als eines Kleinfahrgastschiffes oder als Führer eines Floßes entgegen § 34 Abs. 3 während der Betriebszeiten an Landestellen für Kleinfahrgastschiffe anlegt oder stilllegt oder
8. als Benutzer eines Kleinfahrgastschiffes oder einer Landestelle einer Vorschrift
 - a) des § 35 Abs. 2 Satz 1 oder 2 über das Betreten oder Verlassen des Kleinfahrgastschiffes oder
 - b) des § 36 Abs. 1 oder 5 über das Verhalten an Bord des Kleinfahrgastschiffes oder den Landestellen
 zuwiderhandelt.

(2) Die Vorschriften des Absatzes 1 Nr. 4, 5 und 6 gelten auch für denjenigen, der als vertretungsberechtigtes Organ einer juristischen Person, als Mitglied eines solchen Organs, als vertretungsberechtigter Gesellschafter einer Personenhandels-gesellschaft, als Vorstand eines nichtrechtsfähigen Vereins, als Mitglied eines solchen Vorstandes oder als gesetzlicher Vertreter eines anderen handelt. Dies gilt auch dann, wenn die Rechtshandlung, welche die Vertretungsbefugnis begründen sollte, unwirksam ist.

§ 42

Vorübergehende Erleichterungen

Die Untersuchungsbehörde kann Kleinfahrgastschiffe, die beim Inkrafttreten dieser Verordnung bereits in Dienst gestellt oder im Bau befindlich waren, von den Erfordernissen folgender Vorschriften der Binnenschiffs-Untersuchungsordnung befreien, wenn die Schiffssicherheit ausreichend gewährleistet ist: § 13 Abs. 3 Satz 1, § 15 Abs. 2, § 30 Abs. 2, § 35 Abs. 3, § 40 Abs. 1, § 42 Abs. 1, §§ 52 und 53, 55 Abs. 2 und 3, § 56. Die Befreiung wird in den Zulassungsschein eingetragen. Sie gilt bis zur ersten Untersuchung nach dieser Verordnung auch ohne Eintragung als erteilt.

§ 43

Zulassungsscheine nach bisherigem Recht

(1) Zulassungsscheine, die auf Grund der durch Zeitablauf außer Kraft getretenen Polizeiverordnung vom 20. März 1937 erteilt worden sind, gelten bis zu ihrem Ablauf, jedoch längstens bis zum 30. Juni 1969 weiter.

(2) Unabhängig von der Vorschrift des Absatzes 1 müssen Kleinfahrgastschiffe, deren Zulassungsschein weiter gilt, vom 1. Juli 1968 ab nach den Vorschriften dieser Verordnung bemannt sein. Die Mindestbemanning muß bis zu diesem Zeitpunkt in den Zulassungsschein eingetragen sein.

§ 44

Bootsführerscheine nach bisherigem Recht

Die nach bisherigem Recht für Fahrgastschiffe mit eigener Triebkraft, deren Tragfähigkeit 15 t nicht

erreicht, erteilten Bootsführerscheine zur Führung von Fahrgastschiffen gelten als Bootsführerscheine dieser Verordnung.

§ 45

Umtausch alter Bootsführerscheine

(1) Die in § 44 genannten Bootsführerscheine werden auf Antrag von der Prüfungsbehörde in Bootsführerscheine dieser Verordnung umgetauscht.

(2) Die Bootsführerscheine müssen ungetauscht werden, wenn sie erweitert werden sollen. Der alte Bootsführerschein kann dem Inhaber nach Eintragung eines Umtauschvermerks belassen werden.

§ 46

Geltung in Berlin

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetz-

blatt I S. 1) in Verbindung mit § 11 des Gesetzes über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Binnenschifffahrt auch im Land Berlin.

§ 47

Schlußvorschriften und Inkrafttreten

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

(2) Abweichend von Absatz 1 sind von den nach § 10 auch im Rahmen dieser Verordnung geltenden Vorschriften der Binnenschiffs-Untersuchungsordnung

die §§ 18, 19 und 30 Abs. 5, §§ 31 und 33, 35 Abs. 2, §§ 37, 40 Abs. 2, §§ 43, 44 Abs. 1, §§ 45, 46 Abs. 2, §§ 47, 48, 49, 57, 58 und 59

erst zwei Jahre nach Verkündung und

§ 30 Abs. 3 Satz 1

erst sechs Monate nach Verkündung anzuwenden.

Bonn, den 21. Oktober 1967

Der Bundesminister für Verkehr
Georg Leber

Anlage 1

(Originalgröße DIN B 6)

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**Zulassungsschein
auf Grund der Verordnung über den Verkehr und den Betrieb der Kleinfahrgastschiffe
auf dem Rhein
(Kleinfahrgastschiffverordnung)**

Nr.

der Untersuchungsbehörde

.....

(Deckel Innenseite)

Bemerkungen:

1. Das Kleinfahrgastschiff darf auf Grund dieses Zulassungsscheins nur so lange in der Fahrgastschiffahrt verwendet werden, als es sich in dem im Zulassungsschein angegebenen Zustand befindet.
2. Nach jeder wesentlichen Änderung oder Instandsetzung darf das Kleinfahrgastschiff erst wieder in Fahrt gesetzt werden, nachdem es erneut untersucht worden ist.
3. Jede Namensänderung und jeder Wechsel des Eigentümers und des Ausrüsters sind der Untersuchungsbehörde unter Vorlage des Zulassungsscheins mitzuteilen.
4. Der Zulassungsschein ist an Bord mitzuführen.
5. Eintragungen und Änderungen dürfen nur von Untersuchungsbehörden vorgenommen werden. Sie sind zu bescheinigen und mit Dienststempel zu versehen.

(Seite 1)

Name und Wohnort/Sitz*) des Eigentümers:

Name und Wohnort/Sitz*) des Ausrüsters:

Name des Kleinfahrgastschiffes:

Ort der Ausstellung und Nummer des Schiffsbriefs:

Erbaut von

am 19

Größte Länge (Ruder nicht einbegriffen): m

Größte Breite: m

Höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste (§ 10 Abs. 1*):

*) Nichtzutreffendes streichen

(Seite 2)

Maschinenleistung*): PS indiziert*)

..... PS effektiv*)

Kesselheizfläche*) **):

Zeichen auf den vordersten Einsenkungsmarken



(nach vorn)

Das vorstehend beschriebene Kleinfahrgastschiff ist auf Grund eigener Untersuchung

vom 19..... für fahrtauglich befunden worden.

Es wird zum Verkehr auf dem Rhein

zwischen und

zugelassen (§ 3).

*) Nichtzutreffendes streichen
 **) Fläche der Wasserseite

(Seite 3)

Einsenkungsmarken

(§ 12)

Die zulässige tiefste Einsenkung ist an jeder Seite des Kleinfahrgastschiffes durch

— Einsenkungsmarken gekennzeichnet.

(Seite 4)

Ausrüstung

(§ 10)

Anzahl	Art	Länge m	Durchmesser oder Stärke mm	Gewicht kg	Bemerkungen
.....	Megaphon				
.....	Landesteg				
.....	Handlenzpumpen				
.....	Fender, Reibhölzer, Schorbäume, Bundstaken				
.....	Feuerlöschgeräte				
.....					
.....					
.....					
.....					
.....	Beiboot*)				
.....	Rettungsmittel				
.....	Rettungsringe				
.....	Schwimmwesten				
.....	sonstige				
.....					
.....					
.....					
.....					
.....					
.....					
.....					
.....					
.....					
.....					
.....					
.....					
.....					
.....					
.....					
.....					
.....					

*) Nichtzutreffendes streichen

(Seite 5)

Ausrüstung

(§ 10)

Anzahl	Art	Länge m	Durchmesser oder Stärke mm	Gewicht kg	Bemerkungen
	Anker				
	Buganker				
	Heckanker				
	Ankerketten, -drähte				
	Trossen, Drähte				
	Sonstige Gegenstände *)				

Zur Angabe der vorgeschriebenen Sicht- und Schallzeichen sind vorhanden:

.....

.....

.....

.....

*) Nichtzutreffendes streichen

Mindestbesetzung

(außer dem Führer des Kleinfahrgastschiffes) *)

Matrose:	
Schiffsjungen:	
Hilfsmann:	

Das Kleinfahrgastschiff ist zur Beschäftigung von Frauen — geeignet — nicht geeignet**).

Diese Feststellung gilt bis zum 19....

Der Zulassungsschein ist gültig bis zum 19....



....., den 19....

Die Untersuchungsbehörde

.....
Unterschrift

Gebühren:

.....

.....

.....

.....

.....

.....

Zusammen:

*) Eintragung in Buchstaben
 **) Nichtzutreffendes streichen

**Wechsel des Eigentümers,
des Ausrüsters oder des Namens des Kleinfahrgastschiffes**

(§ 4 Abs. 2)

Wechsel des Eigentümers:
....., den 19.....
Dienst- Die Untersuchungsbehörde
stempel

Gebühren:
.....
Unterschrift

Wechsel des Eigentümers:
....., den 19.....
Dienst- Die Untersuchungsbehörde
stempel

Gebühren:
.....
Unterschrift

Wechsel des Eigentümers:
....., den 19.....
Dienst- Die Untersuchungsbehörde
stempel

Gebühren:
.....
Unterschrift

Wechsel des Ausrüsters:
....., den 19.....
Dienst- Die Untersuchungsbehörde
stempel

Gebühren:
.....
Unterschrift

Wechsel des Ausrüsters:

....., den 19.....

Dienst-
stempel

Die Untersuchungsbehörde

Gebühren:

.....
Unterschrift

Wechsel des Ausrüsters:

....., den 19.....

Dienst-
stempel

Die Untersuchungsbehörde

Gebühren:

.....
Unterschrift

Wechsel des Namens:

....., den 19.....

Dienst-
stempel

Die Untersuchungsbehörde

Gebühren:

.....
Unterschrift

Wechsel des Namens:

....., den 19.....

Dienst-
stempel

Die Untersuchungsbehörde

Gebühren:

.....
Unterschrift

Wechsel des Namens:

....., den 19.....

Dienst-
stempel

Die Untersuchungsbehörde

Gebühren:

.....
Unterschrift

Sonstige Auflagen, Beschränkungen und Erleichterungen

(§ 16 Abs. 1)

.....
.....
.....

....., den 19.....

Dienst-
stempel

Die Untersuchungsbehörde

.....
Unterschrift

.....
.....
.....

....., den 19.....

Dienst-
stempel

Die Untersuchungsbehörde

.....
Unterschrift

.....
.....
.....

....., den 19.....

Dienst-
stempel

Die Untersuchungsbehörde

.....
Unterschrift

.....
.....
.....

....., den 19.....

Dienst-
stempel

Die Untersuchungsbehörde

.....
Unterschrift

Vermerk der Schriftleitung:
„Die vorstehende Seite wiederholt sich einmal als Seite 11.“

(Seite 12)

Vermerk über Flüssiggasanlagen

(§ 21 der BSchUO)

Die auf dem Kleinfahrgastschiff vorhandene(n) Flüssiggasanlage(n) für

ist (sind) *) von dem Sachverständigen

geprüft und laut Bescheinigung vom

als ordnungsmäßig befunden worden. Die Anlage(n) wird (werden) *) hiermit zugelassen.

Weitere Vermerke (§ 21 Abs. 4 BSchUO):

Die Gültigkeit dieses Vermerks ist bis zum befristet.

Dienst-
stempel

....., den 19 ..
Die Untersuchungsbehörde

Gebühren:

.....
Unterschrift

Die Gültigkeit dieses Vermerks ist — auf Grund der Prüfung des Sachverständigen

..... in

laut Bescheinigung vom *) — bis zum verlängert.

Dienst-
stempel

....., den 19 ..
Die Untersuchungsbehörde

Gebühren:

.....
Unterschrift

.....
*) Nichtzutreffendes streichen

Die Gültigkeit dieses Vermerks ist — auf Grund der Prüfung des Sachverständigen

..... in

laut Bescheinigung vom*) — bis zum verlängert.

Dienst-
stempel

....., den 19

Die Untersuchungsbehörde

Gebühren:

Unterschrift

Die Gültigkeit dieses Vermerks ist — auf Grund der Prüfung des Sachverständigen

..... in

laut Bescheinigung vom*) — bis zum verlängert.

Dienst-
stempel

....., den 19

Die Untersuchungsbehörde

Gebühren:

Unterschrift

Die Gültigkeit dieses Vermerks ist — auf Grund der Prüfung des Sachverständigen

..... in

laut Bescheinigung vom*) — bis zum verlängert.

Dienst-
stempel

....., den 19

Die Untersuchungsbehörde

Gebühren:

Unterschrift

Die Gültigkeit dieses Vermerks ist — auf Grund der Prüfung des Sachverständigen

..... in

laut Bescheinigung vom*) — bis zum verlängert.

Dienst-
stempel

....., den 19

Die Untersuchungsbehörde

Gebühren:

Unterschrift

*) Nichtzutreffendes streichen

(Seite 14)

Vermerk über Sammelbehälter

(§ 33 Abs. 3 der BSchUO)

.....
.....
.....
.....
.....

Dienst-
stempel

....., den 19.....

Die Untersuchungsbehörde

Gebühren:

.....
Unterschrift

(Seite 15)

Befreiung

(§ 42)

.....
.....
.....
.....
.....

Dienst-
stempel

....., den 19.....

Die Untersuchungsbehörde

Gebühren:

.....
Unterschrift

Verlängerung der Geltungsdauer des Zulassungsscheins

(§ 17)

Bescheinigung der Nachuntersuchung

Nr.

Die Untersuchungsbehörde
hat das oben bezeichnete Kleinfahrgastschiff am 19 .. untersucht.
Die Untersuchung hat ergeben, daß

.....
Infolgedessen wird die Geltungsdauer des Zulassungsscheins hiermit bis zum
..... 19 verlängert.

Auflagen*) (§ 16 Abs. 1):
.....
.....

....., den 19 ..

Dienst-
stempel

Die Untersuchungsbehörde

.....
Unterschrift

Gebühren:

.....

Zusammen:

Vermerk der Schriftleitung:
„Die vorstehende Seite wiederholt sich 4mal
als Seite 17, 18, 19 bzw. 20.“

*) Nichtzutreffendes streichen

(Seite 21)

**Bescheinigung der Sonderuntersuchung (§ 7)
oder der Untersuchung von Amts wegen (§ 8)**

Nr.

Die Untersuchungsbehörde
hat das oben bezeichnete Kleinfahrgastschiff wegen Veränderung/Erweiterung des Fahrbereichs*)
am 19... einer Sonderuntersuchung/Untersuchung von Amts wegen*)
unterzogen.

Danach hat das Kleinfahrgastschiff folgende Veränderungen/Instandsetzungen erfahren*):

.....
.....
.....

Die Untersuchung hat ergeben, daß

.....
.....

Infolgedessen wird die Geltungsdauer des Zulassungsscheines hiermit bis zum
..... 19..... verlängert.

....., den 19...

Dienst-
stempel

Die Untersuchungsbehörde

.....
Unterschrift

Gebühren:

.....

Zusammen:

Vermerk der Schriftleitung:
„Die vorstehende Seite wiederholt sich 2mal
als Seite 22 bzw. 23.“

*) Nichtzutreffendes streichen

Raum für weitere Eintragungen

Vermerk der Schriftleitung:
„Die vorstehende Seite wiederholt sich 2mal
als Seite 25 bzw. 26.“

(Originalgröße DIN B 6)

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Kleinfahrgastschiffzusatzzeugnis zum Rheinschiffsattest
auf Grund der Verordnung
über den Verkehr und den Betrieb der Kleinfahrgastschiffe auf dem Rhein
(Kleinfahrgastschiffverordnung)

Untersuchungsbehörde

.....

**Kleinfahrgastschiffzusatzzeugnis
auf Grund der Verordnung über den Verkehr und den Betrieb der Kleinfahrgastschiffe auf dem Rhein
(Kleinfahrgastschiffverordnung)**

§ 9

Nr.

Name und Wohnort/Sitz*) des Eigentümers:
des Ausrüsters:

Name des Fahrzeugs:

Das vorgenannte Fahrzeug besitzt das Rheinschiffsattest Nr.,
ausgestellt von der Untersuchungskommission in
am 19.....

und ist demgemäß zur Fahrt auf dem Rhein zwischen
und zugelassen.

Für die Verwendung des Fahrzeugs als Kleinfahrgastschiff auf dem Rhein
zwischen und

werden die höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste und die Mindestbesatzung wie folgt festgesetzt:

Höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste (§ 11):

*) Nichtzutreffendes streichen

(Seite 2)

Mindestbesetzung
(außer dem Führer des Kleinfahrgastschiffes *)

Matrose:

Schiffsjungen:

Hilfsmann:

Das Fahrzeug ist zur Beschäftigung von Frauen — geeignet — nicht geeignet **). Diese Feststellung gilt bis zum 19.....

Dieses Kleinfahrgastschiffzusatzzeugnis gilt nur in Verbindung mit dem oben genannten Rheinschiffsattest und nicht länger als dieses.

Dienst-
stempel

....., den 19.....
Die Untersuchungsbehörde

.....
Unterschrift

Gebühren:

Zusammen:

*) Eintragung in Buchstaben
**) Nichtzutreffendes streichen

Wechsel des Eigentümers, des Ausrüsters oder des Namens des Kleinfahrgastschiffes

Wechsel des Eigentümers:

....., den 19.....
Dienst- Die Untersuchungsbehörde
stempel

Gebühren:
Unterschrift

Wechsel des Eigentümers:

....., den 19.....
Dienst- Die Untersuchungsbehörde
stempel

Gebühren:
Unterschrift

Wechsel des Ausrüsters:

....., den 19.....
Dienst- Die Untersuchungsbehörde
stempel

Gebühren:
Unterschrift

Wechsel des Ausrüsters:

....., den 19.....
Dienst- Die Untersuchungsbehörde
stempel

Gebühren:
Unterschrift

Wechsel des Namens:

....., den 19.....
Dienst- Die Untersuchungsbehörde
stempel

Gebühren:
Unterschrift

Wechsel des Namens:

....., den 19.....
Dienst- Die Untersuchungsbehörde
stempel

Gebühren:
Unterschrift

(Seite 4)

Verlängerung der Geltungsdauer des Kleinfahrgastschiffzusatzzeugnisses

Das für das oben bezeichnete Fahrzeug am 19..... ausgestellte Rhein-
schiffsattest Nr. der Untersuchungskommission ist von der
Untersuchungskommission am 19.....
bis zum 19..... verlängert worden.

Infolgedessen wird die Geltungsdauer des Kleinfahrgastschiffzeugnisses hiermit ebenfalls bis
zum 19..... verlängert.

Auflagen:
.....
.....

Dienst-
stempel

....., den 19.....

Die Untersuchungsbehörde

.....
Unterschrift

(Seite 5 und 6)

Raum für weitere Eintragungen:

Anlage 3

Antrag
auf Untersuchung eines Kleinfahrgastschiffes nach der Verordnung über den Verkehr
und den Betrieb der Kleinfahrgastschiffe auf dem Rhein
(Kleinfahrgastschiffverordnung)

Die — erste¹⁾ — Nach-¹⁾ — Sonder-¹⁾ — Untersuchung der nachstehend beschriebenen Kleinfahrgastschiffe wird bei der Schiffsuntersuchungskommission
wegen beantragt.

1. Name und Wohnort/Sitz¹⁾ des Eigentümers:
2. Name und Wohnort/Sitz¹⁾ des Ausrüsters¹⁾:
3. Name des Kleinfahrgastschiffes:
4. Ort der Ausstellung und Nummer des Schiffsbriefs:
5. Kurze Beschreibung des Kleinfahrgastschiffes²⁾:
6. Erbaut von
am 19.....
Umgebaut von
am 19.....
wegen
7. Hauptbaustoff³⁾:
8. Tragfähigkeit/Wasserverdrängung¹⁾:
9. Maschine¹⁾: Firma:
Art oder Type: UpM:
Maschinenleistung¹⁾: PS indiziert¹⁾ PS effektiv¹⁾
Kesselheizfläche¹⁾ 4):
10. Fahrbereich, für den der Zulassungsschein beantragt wird:
11. Das Kleinfahrgastschiff ist — noch nicht — zuletzt durch
.....¹⁾ untersucht.
12. Bei Antrag auf Untersuchung zwecks Ausstellung des Kleinfahrgastschiffzusatzzeugnisses¹⁾:
Das Fahrzeug besitzt das Rheinschiffsattest Nr., ausgestellt von der Untersuchungs-
kommission in am 19.....
gültig bis

13. Das Kleinfahrgastschiff liegt in

14. Anschrift, an welche die Aufforderung zur Gestellung des Kleinfahrgastschiffes zu richten ist:

.....
.....
.....

Dem Antrag sind folgende Unterlagen beigefügt:

- a) der Schiffsbrief¹⁾,
- b) die Urkunden über den — die —¹⁾ Dampfkessel¹⁾,
- c) die Urkunden über den — die —¹⁾ sonstigen Druckbehälter¹⁾,
- d) der bisherige Zulassungsschein¹⁾,
- e) das Rheinschiffsattest¹⁾,
- f) Schaltbild und Installationsplan elektrischer Anlagen¹⁾,
- g) Pläne (Deckpläne, Längsschnitt, Hauptspantquerschnitt, die zur Beurteilung der Größe und Bauart des Kleinfahrgastschiffes sowie der Festigkeit des Decks geeignet sind; Skizzen der zu vermessenden Flächen in dem für die Eintragung der Abmessungen geeigneten Maßstab; prüffähige Unterlagen für die Berechnung der Stabilität des Kleinfahrgastschiffes und für die Berechnung der höchstzulässigen Anzahl der Fahrgäste sowie der Auswertung des Krängungsversuchs¹⁾),
- h) weitere Nachweise (z. B. Abnahmebescheinigung für Flüssiggasanlage)¹⁾

.....
.....

....., den 19

.....
Unterschrift des Eigentümers oder Ausrusters
des Kleinfahrgastschiffes

1) Nichtzutreffendes streichen.
2) Dampf- oder Motorfahrzeug (Zahl der Motoren); Rad- oder Schraubenantrieb (Zahl der Schrauben); Angabe, ob das Fahrzeug auch zu anderen Zwecken verwendet werden soll, als es seiner Bauart entspricht; bei Fahrzeugen ohne eigene Triebkraft, ob mit oder ohne Deck.
3) Holz, Stahl, andere Baustoffe.
4) Fläche der Wasserseite.

Anlage 4

Untersuchungsbehörde:

.....

Untersuchungsnummer

Bescheinigung
gemäß § 19 Abs. 1 der Verordnung
über den Verkehr und den Betrieb der Kleinfahrgastschiffe auf dem Rhein
(Kleinfahrgastschiffverordnung)

Das Kleinfahrgastschiff
(Name)Eigentümer:
(Name und Wohnort Sitz *)Ausrüster:
(Name und Wohnort Sitz *)Nr. des Zulassungsscheins ggf. Nr. des Schiffsattestes mit Kleinfahrgastschiffzusatzzeugnis:
Ausstellungsbehörde:Datum der Ausstellung: Ort der Ausstellung und Nr. des
Schiffsbriefs*):

größte Länge: m, größte Breite: m, Maschinenleistung: PS,

höchstzulässige Anzahl der Fahrgäste (§ 19): ist am 19

gemäß § 6, 7, 8, Kleinfahrgastschiffverordnung auf ihre/seine Fahrtauglichkeit untersucht worden.

Es wurden die auf der Rückseite aufgeführten Mängel festgestellt.

Das Fahrzeug darf unter den nachstehenden Auflagen, Beschränkungen und Erleichterungen *) be-
fristet weiter verwendet werden.

1. Fahrbereich:

.....

.....

2. Mindestbesatzung (außer dem Führer des Kleinfahrgastschiffes) :

.....

3. Ausrüstung:

.....

.....

4. Das Kleinfahrgastschiff ist zur Beschäftigung von Frauen — geeignet — nicht geeignet —*).

5. Besondere Auflagen, Beschränkungen und Erleichterungen:

.....

*) Nichtzutreffendes streichen

.....
.....
.....
Diese Bescheinigung gilt bis zum, falls sie nicht vorher zurückgezogen wird.

....., den 19.....

Die Untersuchungsbehörde

Dienst-
stempel

.....
Unterschrift

Gebühren:

.....

.....

Zusammen:

Festgestellte Mängel und Auflagen zu ihrer Beseitigung

.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....
.....

Vor der Beseitigung der aufgeführten Mängel kann der für das Fahrzeug ausgestellte Zulassungsschein oder das Schiffsattest mit Kleinfahrgastschiffzusatzzeugnis nicht verlängert — erneuert*) werden. Die Mängel sind so rechtzeitig zu beheben, daß das Fahrzeug vor Ablauf der Geltungsdauer dieser Bescheinigung der Untersuchungsbehörde erneut vorgeführt werden kann.

*) Nichtzutreffendes streichen

Anlage 5

Das Gesundheitsamt

Der Amtsarzt

Amtsärztliches Zeugnis

Der — Die — durch ausgewiesene
 — von Person bekannte — (Vor- und Zuname)

.....
 *) Nichtzutreffendes streichen

geboren am in

wurde heute von mir auf Eignung zum Führer eines Kleinfahrgastschiffes untersucht.

Die Untersuchung hatte folgendes Ergebnis:

1. Sehvermögen¹⁾ (0 bei völligem Fehlen der Sehkraft, sonst Angabe in einem Dezimalbruch):
- | | | |
|---|--|-------------|
| ohne Brille | rechts | links |
| mit der gewohnheitsmäßig
getragenen Brille | rechts | links |
| Es überschreitet
die Kurzsichtigkeit | rechts-links 10,0 Meterlinsen
(Dioptrien) | |
| die Übersichtigkeit | rechts-links 6,0 Meterlinsen
(Dioptrien) | |
| die einfache Stabsichtigkeit
(Astigmatismus) | rechts-links 4,0 Meterlinsen
(Dioptrien). | |
- Urteil: Sehvermögen ausreichend — nicht ausreichend.
2. Hörvermögen²⁾
- | | | |
|-------------------|--------------|-------------|
| Flüstersprache | rechts | m |
| | links | m |
| Umgangssprache | rechts | m |
| | links | m |
| Trommelfellbefund | rechts | links |

Urteil: Hörvermögen ausreichend — nicht ausreichend.

*) Nichtzutreffendes streichen

1) Als ausreichend ist das Sehvermögen anzusehen, wenn die Sehschärfe auf dem besseren Auge mit oder ohne Brille mindestens 0,8 beträgt. Beträgt die Sehkraft auf dem anderen Auge 0,1 oder weniger oder fehlt dieses ganz, muß der — die — Untersuchte trotzdem ein plastisches Sehvermögen (Fähigkeit zum Schätzen der Entfernungen) besitzen; das Blickfeld des besseren Auges muß regelrecht sein. Liegt die Minderung der Sehkraft (bis auf 0,1 oder weniger) oder der Verlust des Auges noch kein volles Jahr zurück und ist das plastische Sehvermögen des — der — Untersuchten unzureichend, so ist die Untersuchung nach Ablauf des Jahres zu wiederholen.

Bei Brillenträgern darf auf dem besseren Auge die Kurzsichtigkeit 10,0, die Übersichtigkeit 6,0, die einfache Stabsichtigkeit (Astigmatismus) 4,0 Meterlinsen (Dioptrien) nicht überschreiten. In Zweifelsfällen ist eine Zusatzuntersuchung durch einen vom Amtsarzt zu benennenden Facharzt herbeizuführen.

Ein ausreichendes Sehvermögen darf nicht bescheinigt werden, wenn der — die — Untersuchte an einer voraussichtlich fortschreitenden Krankheit der für die Sehkraft wesentlichen Teile des Auges leidet, die mit Wahrscheinlichkeit in kurzer Zeit eine erhebliche Verminderung der Sehkraft erwarten läßt.

2) Das Hörvermögen ist als ausreichend anzusehen, wenn die Flüstersprache von Untersuchten bis zur Vollendung des 25. Lebensjahres auf 3 m, nach Vollendung des 25. Lebensjahres auf 2 m beiderseits deutlich verstanden wird.

Bei Verdacht fortschreitender Schwerhörigkeit und in Zweifelsfällen soll zunächst das Gutachten eines vom Amtsarzt zu benennenden Facharztes eingeholt werden.

3. Farbenunterscheidungsvermögen¹⁾

Die Farben rot, grün, gelb und blau werden — im Verfahren von — Ishihara — Stilling — bei Anwendung des Anomaloskops — mit Sicherheit — nicht mit Sicherheit — unterschieden.

4. Sonstige Eigenschaften

Liegen bei dem — der — Untersuchten Anzeichen für das Vorhandensein sonstiger Krankheiten oder liegen körperliche Mängel vor, die ihn — sie — als Führer eines Kleinfahrgastschiffes ungeeignet erscheinen lassen?

.....
.....

Anzeichen welcher Krankheiten oder welcher körperlicher Mängel?

.....
.....

5. Bemerkungen

6. Gesamturteil

Der Zustand des — der — Untersuchten läßt ihn — sie — als Führer eines Kleinfahrgastschiffes geeignet — nicht geeignet — erscheinen.

.....

(Ort und Datum)

(Unterschrift)

Amtsarzt

¹⁾ Das Farbenunterscheidungsvermögen ist als ausreichend anzusehen, wenn die Tafeln Nr. 1, 10–16 und 22–25 von Ishihara (7., 9., oder 11. Auflage) oder die Stillingschen Tafeln (20. Auflage) mit Ausnahme der Tafel 7 mit genügender Sicherheit gelesen werden können. In Zweifelsfällen ist der — die — Bewerber(in) durch einen zu benennenden Facharzt unter Verwendung des Anomaloskops zu untersuchen.

Anlage 6

(Originalgröße DIN A 6)

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Bootsführerschein

Nr.

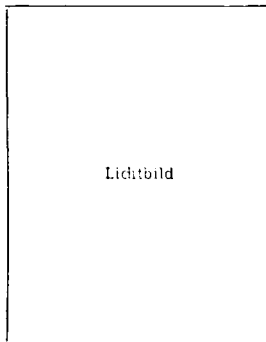
erteilt auf Grund der Verordnung
über den Verkehr und den Betrieb der Kleinfahrgastschiffe auf dem Rhein
(Kleinfahrgastschiffverordnung)

vom 19

vom Wasser- und Schiffsamt

.....

(Seite 2)



Lichtbild

.....
Unterschrift

.....
Dienststempel

Herr/Frau/Fräulein
(Vor- und Zuname)

geboren am in

.....
(Art, Größe, Maschinenleistung)

auf der Strecke

.....
Dienststempel

.....
(Ort und Datum)

.....
Unterschrift

(Seite 3)

Erweiterungen

(Seite 4)

Raum für Eintragungen

Bekanntmachung
des Abkommens zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors

Vom 28. Juli 1967

In Grenoble ist am 19. Januar 1967 ein Abkommen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors unterzeichnet worden.

Das Abkommen ist nach seinem Artikel 7 Abs. 1
am 26. Mai 1967

in Kraft getreten; es wird nachstehend veröffentlicht.

Bonn, den 28. Juli 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Lahr

Abkommen
zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und der Regierung der Französischen Republik
über den Bau und den Betrieb eines Höchstflußreaktors

Convention
entre le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne
et le Gouvernement de la République Française
sur la construction et l'exploitation d'un réacteur à très haut flux

Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
und
die Regierung der Französischen Republik

Le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne
et
Le Gouvernement de la République Française,

bestrebt, die Anwendung des deutsch-französischen Vertrags vom 22. Januar 1963, insbesondere dessen Bestimmungen über die Entwicklung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten fortzuführen,

soucieux de poursuivre la mise en application des dispositions du Traité germano-français du 22 Janvier 1963, en particulier de celles relatives au développement de la coopération scientifique entre les deux pays,

in Würdigung der Forschungsarbeiten, die sowohl in Frankreich als auch in der Bundesrepublik Deutschland auf dem Gebiet der Kernphysik und der Festkörperphysik bereits unternommen wurden,

considérant l'intérêt des recherches qui ont déjà été effectuées tant en République Fédérale d'Allemagne qu'en France dans le domaine de la physique nucléaire et de la physique du solide,

in der Erwägung, daß neue Anlagen zur Entwicklung dieser Forschungsarbeiten in Europa notwendig sind,

constatant qu'en Europe des installations nouvelles sont nécessaires au développement de ces recherches,

in dem Wunsch, daß andere europäische Staaten die Möglichkeit erhalten, sich an den Arbeiten zu beteiligen, die sie gemeinsam zu unternehmen beabsichtigen,

désireux que d'autres Etats européens puissent participer aux actions qu'ils se proposent d'entreprendre en commun,

haben beschlossen, den Bau und den Betrieb eines Neutronen höchstflußreaktors für friedliche Zwecke zu fördern, und sind daher wie folgt übereingekommen:

ont décidé de promouvoir la construction et l'exploitation à des fins pacifiques d'un réacteur à très haut flux de neutrons et sont en conséquence convenus des dispositions suivantes:

Artikel 1

Article 1

(1) Der Bau und der Betrieb des Reaktors, der Gegenstand dieses Abkommens ist, wird einer Gesellschaft des bürgerlichen Rechts übertragen, deren Gesellschafter die Gesellschaft für Kernforschung mbH einerseits und das Commissariat à l'énergie atomique sowie das Centre National de la Recherche Scientifique andererseits sind.

1. La construction et l'exploitation du réacteur qui fait l'objet de la présente convention sont confiées à une société civile dont les associés sont la Société à responsabilité limitée « Gesellschaft für Kernforschung mbH », d'une part, le « Commissariat à l'énergie atomique » et le « Centre National de la Recherche Scientifique », d'autre part.

(2) Die Gesellschaft, deren Satzung den beiden Regierungen vorliegt,

2. La Société dont les statuts sont déposés auprès des deux Gouvernements:

- entfaltet ihre Tätigkeit nur zu friedlichen Zwecken,
- erhält den Namen „Max von Laue-Paul Langevin-Institut“,
- hat ihren Sitz in Grenoble,
- wird von einem hervorragenden deutschen Wissenschaftler geleitet,
- verwendet als Arbeitssprachen Deutsch und Französisch.

- n'entreprendra d'activités qu'à des fins pacifiques,
- est désignée sous le nom d'« Institut Max von Laue — Paul Langevin »,
- aura son siège à Grenoble,
- sera dirigée par une haute personnalité scientifique allemande,
- utilisera pour ses travaux la langue allemande et la langue française.

Ferner

En outre:

- können die deutschen und die französischen Mitglieder des Lenkungsausschusses der Gesellschaft nur mit dem Einverständnis ihrer Regierung ernannt und abberufen werden,
- werden Streitigkeiten zwischen den Gesellschaftern den Regierungen unterbreitet, wenn sie nicht gütlich beigelegt werden können,
- suchen die Gesellschafter für jede Satzungsänderung um einhellige Zustimmung der Regierungen nach,
- können weitere Gesellschafter aufgenommen werden, sobald der Bau des Reaktors, der dazugehörenden

- les membres allemands et français du Comité de Direction de la Société ne peuvent être nommés et révoqués qu'avec l'accord de leur Gouvernement respectif;
- les litiges survenus entre les associés sont soumis aux Gouvernements lorsqu'ils n'ont pu être réglés à l'amiable;
- les associés demanderont l'approbation conjointe des Gouvernements pour toute modification des statuts;
- de nouveaux associés pourront être admis une fois que la construction du réacteur, de ses installations

Anlagen und seiner Experimentiereinrichtungen beendet ist.

Artikel 2

(1) Die beiden Regierungen verpflichten sich, den Gesellschaftern folgende Beträge zur Verfügung zu stellen: — einerseits einen Betrag von 132 Millionen DM (163 Millionen Französische Francs) zur Bestreitung der Kosten für den Bau des Reaktors, — andererseits einen jährlichen Zuschuß bis zu 35 Millionen DM (43 Millionen Französische Francs) zur Bestreitung der Betriebskosten.

(2) Die in Absatz 1 vorgesehenen Kosten werden von den beiden Regierungen je zur Hälfte getragen; jedoch werden die Betriebskosten während der Betriebsphase, deren Beginn durch den Lenkungsausschuß der Gesellschaft festgelegt wird, zu 49 % von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und zu 51 % von der Regierung der Französischen Republik getragen. Bei der Festsetzung der Beiträge jeder Regierung sind bestimmte, von jedem der beiden Staaten bei der Errichtung und der Tätigkeit der Gesellschaft erhobene fiskalische Abgaben zu berücksichtigen.

(3) Falls die Kosten die in Absatz 1 erwähnten Beträge übersteigen, konsultieren die beiden Regierungen einander nach Stellungnahme der zuständigen Organe der Gesellschaft, um die Mittel zur gemeinsamen Fortsetzung des Baues und des Betriebs des Reaktors festzulegen. Die beiden Regierungen konsultieren einander ebenfalls, wenn sich die beim Abschluß dieses Abkommens gültigen Wechselkurse ändern sollten.

(4) Die beiden Regierungen vergewissern sich, daß die der Gesellschaft für den Bau und den Betrieb des Reaktors zur Verfügung gestellten Beträge unter den günstigsten Bedingungen verwendet werden; sie treffen die hierfür erforderlichen Maßnahmen.

Artikel 3

Vorbehaltlich der Erfordernisse der öffentlichen Ordnung und der öffentlichen Sicherheit verpflichtet sich jede Regierung, die Reisen und den Aufenthalt von Staatsangehörigen der anderen Vertragspartei, welche die Gesellschaft beschäftigt oder mit Forschungsarbeiten beauftragt, zu erleichtern.

Artikel 4

(1) Dieses Abkommen liegt für dritte Staaten zum Beitritt auf. Jeder Beitritt bedarf der Zustimmung der Unterzeichnerregierungen. Die Bedingungen des Beitritts sind Gegenstand einer Übereinkunft zwischen den Unterzeichnerregierungen und der Regierung des beitretenden Staates.

(2) Falls die anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Atomgemeinschaft dem Abkommen beizutreten beabsichtigen, werden sich die beiden Regierungen bemühen, die Tätigkeit der Gesellschaft in den Rahmen des Forschungsprogramms dieser Gemeinschaft einzugliedern.

Artikel 5

(1) Streitigkeiten über die Auslegung oder Anwendung dieses Abkommens sollen im Wege von Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen beigelegt werden.

(2) Können sich die beiden Regierungen über die Beilegung einer Streitigkeit nicht einigen, so kann jede von ihnen sie einem aus drei Mitgliedern bestehenden Schiedsgericht zur Entscheidung unterbreiten.

annexes et de ses dispositifs d'expérimentation sera achevée.

Article 2

1. Les deux Gouvernements s'engagent à mettre à la disposition des associés:

— d'une part, une somme de 132 millions de Deutsche Mark (163 millions de francs français) destinée à couvrir les dépenses de construction du réacteur, — d'autre part et à concurrence de 35 millions de Deutsche Mark (43 millions de francs français) une subvention annuelle destinée à couvrir les dépenses d'exploitation.

2. Chaque Gouvernement participe pour moitié aux dépenses prévues à l'article 2 paragraphe 1 ci-dessus. Toutefois, pendant la phase d'exploitation du réacteur dont le début est fixé par le Comité de Direction de la Société, les dépenses de fonctionnement sont réparties à raison de 49 % pour le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne et de 51 % pour le Gouvernement de la République Française. Le montant de cette participation de chacun des Gouvernements devra tenir compte de certaines recettes fiscales perçues par chacun des deux Etats à l'occasion de la création et du fonctionnement de la Société.

3. Si le montant des dépenses est supérieur aux sommes fixées au paragraphe 1 ci-dessus, les deux Gouvernements, après avoir pris l'avis des organes compétents de la Société, se consulteront pour déterminer les moyens de poursuivre en commun la construction et l'exploitation du réacteur. Les deux Gouvernements se consulteront également si les taux de change en vigueur lors de la conclusion de la présente convention viennent à varier.

4. Les deux Gouvernements s'assurent que les sommes mises à la disposition de la Société pour la construction et l'exploitation du réacteur sont employées dans les conditions les meilleures et prennent les mesures nécessaires à cet effet.

Article 3

Sous réserve des exigences de l'ordre public et de la sécurité publique, chaque Gouvernement s'engage à faciliter le déplacement et le séjour des nationaux de l'autre partie contractante employés par la Société ou qui seront appelés par elle à effectuer des travaux de recherches.

Article 4

1. La présente convention est ouverte à l'adhésion des Etats tiers. Toute adhésion doit recueillir l'agrément des Gouvernements signataires. Les conditions de l'adhésion font l'objet d'un accord entre les Gouvernements signataires et le Gouvernement de l'Etat adhérent.

2. Au cas où les autres Etats membres de la Communauté Européenne de l'Energie Atomique souhaiteraient adhérer à la Convention, les deux Gouvernements s'efforceraient de placer les activités de la Société dans le cadre du programme de recherche établi par cette Communauté.

Article 5

1. Les différends relatifs à l'interprétation ou à l'application des dispositions de la présente convention seront réglés par voie de négociation entre les deux Gouvernements.

2. Si les deux Gouvernements ne parviennent pas à un accord sur la solution d'un différend, chacun d'eux peut soumettre celui-ci à la décision d'un Tribunal d'arbitrage composé de trois membres.

(3) Jede Vertragspartei benennt binnen einem Monat einen Schiedsrichter; die beiden so benannten Schiedsrichter wählen binnen zwei Monaten nach ihrer Ernennung einen Angehörigen eines Drittstaates als Obmann, der das Amt des Vorsitzenden des Schiedsgerichts übernimmt.

(4) Werden die in Absatz 3 genannten Fristen nicht eingehalten, so kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jede Partei den Präsidenten des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen.

(5) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit.

(6) Das Schiedsgericht entscheidet auf der Grundlage von Artikel 38 Absatz 1 der Verfahrensordnung des Internationalen Gerichtshofs. Seine Entscheidungen sind bindend.

(7) Das Gericht bestimmt seine Verfahrensregeln nach Maßgabe des III. Kapitels des Haager Vertrags vom 18. Oktober 1907.

(8) Jede Partei trägt ihre eigenen Kosten und die Hälfte der Kosten des Schiedsgerichts.

(9) Dieser Artikel gilt mit Ausnahme des Absatzes 6 auch für Streitigkeiten, die zwischen den Gesellschaftern über die Tätigkeit der Gesellschaft entstehen und nach Artikel 24 der Satzung ihren Regierungen zu unterbreiten sind. Das Schiedsgericht entscheidet nach dem für die streitige Frage maßgebenden Recht.

Artikel 6

Dieses Abkommen gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland gegenüber der Regierung der Französischen Republik innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 7

(1) Dieses Abkommen tritt in Kraft, sobald die beiden Regierungen einander mitgeteilt haben, daß die innerstaatlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

(2) Dieses Abkommen wird auf 13 Jahre geschlossen. Nach Ablauf dieser Geltungszeit wird es stillschweigend um jeweils ein Jahr verlängert und kann nur unter Einhaltung einer Frist von einem Jahr gekündigt werden.

ZU URKUND DESSEN haben die Vertreter der beiden Regierungen das vorliegende Abkommen unterzeichnet und ihre Siegel darauf angebracht.

GESCHEHEN zu Grenoble am 19. Januar 1967 in zwei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland:

Dr. Gerhard Stoltenberg
Bundesminister für Wissenschaftliche Forschung

Für die Regierung der Französischen Republik:

Alain Peyrefitte
Der mit der Wissenschaftlichen Forschung und den Atom- und Raumfragen beauftragte Staatsminister

3. Chaque partie contractante désigne dans un délai d'un mois un arbitre; les deux arbitres ainsi désignés choisissent parmi les ressortissants d'un Etat tiers, dans un délai de deux mois à compter de leur nomination, un surarbitre qui assumera les fonctions de président du Tribunal d'arbitrage.

4. Si les délais prévus à l'alinéa 3 ne sont pas observés et à défaut d'un autre arrangement, chaque partie pourra prier le Président de la Cour de Justice des Communautés Européennes de procéder aux nominations nécessaires.

5. Le Tribunal d'arbitrage prend ses décisions à la majorité des voix.

6. Le Tribunal d'arbitrage prend ses décisions sur la base des dispositions de l'article 38 paragraphe 1 du Règlement de la Cour Internationale de Justice. Ses décisions sont obligatoires.

7. Le Tribunal fixe ses règles de procédure selon les modalités prévues au chapitre 3 du Traité de La Haye du 18 Octobre 1907.

8. Chaque partie prend à sa charge ses propres frais et la moitié des frais du Tribunal d'arbitrage.

9. Les dispositions du présent article, à l'exception de celles du paragraphe 6 ci-dessus, sont applicables lorsque des différends surviennent entre les associés au sujet du fonctionnement de la Société et doivent être soumis à leurs Gouvernements en vertu de l'article 24 des Statuts. Le Tribunal délibère sur la base des règles de droit applicables au litige considéré.

Article 6

La présente Convention s'appliquera également au Land de Berlin, sauf déclaration contraire faite par le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne au Gouvernement de la République Française dans les trois mois qui suivront l'entrée en vigueur de la présente Convention.

Article 7

1. La présente Convention entrera en vigueur dès que les deux Gouvernements se seront mutuellement informés de l'accomplissement des procédures constitutionnelles nécessaires à cet effet.

2. La présente Convention est conclue pour une durée de 13 ans. A l'expiration de ce délai, elle sera prorogée d'année en année par tacite reconduction et ne pourra être dénoncée qu'avec un préavis d'un an.

EN FOI DE QUOI, les représentants des deux Gouvernements ont signé la présente convention et y ont apposé leur sceaux.

FAIT à Grenoble, le 19 Janvier 1967, en double exemplaire en langue allemande et en langue française, les deux textes faisant également foi.

Pour le Gouvernement
de la République Fédérale d'Allemagne:

G. Stoltenberg
Ministre Fédéral de la Recherche Scientifique

Pour le Gouvernement
de la République Française:

Alain Peyrefitte
Ministre Délégué
Chargé de la Recherche Scientifique
et des questions atomiques & spatiales

**Bekanntmachung
des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs**

Vom 19. Oktober 1967

Das von der Bundesrepublik Deutschland am 9. April 1965 unterzeichnete Übereinkommen zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs vom 9. April 1965 ist nach seinem Artikel X Abs. 2 b) für die

Bundesrepublik Deutschland
am 24. September 1967

in Kraft getreten.

Die deutsche Annahmeerkunde ist am 26. Juli 1967 beim Generalsekretär der IMCO hinterlegt worden.

Das Übereinkommen ist ferner für folgende Staaten in Kraft getreten:

Belgien	am	5. März 1967
Dominikanische Republik	am	5. März 1967
Elfenbeinküste	am	5. März 1967
Finnland	am	19. Mai 1967
Ghana	am	5. März 1967

Island	am	5. März 1967
Jugoslawien	am	5. März 1967
Kanada	am	16. Sept. 1967
Monaco	am	5. März 1967
Nigeria	am	5. März 1967
Norwegen	am	5. März 1967
Sambia	am	5. März 1967
Schweden	am	26. Sept. 1967
Singapur	am	2. Juni 1967
Sowjetunion	am	5. März 1967
Trinidad und Tobago	am	15. Mai 1967
Tschechoslowakei	am	5. März 1967
Vereinigtes Königreich	am	5. März 1967
Vereinigte Staaten	am	16. Mai 1967

Das Übereinkommen wird nachstehend mit seiner deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Bonn, den 19. Oktober 1967

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Lahr

Übereinkommen
zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs

Convention
on Facilitation of International Maritime Traffic

Convention
visant à faciliter le trafic maritime international

(Übersetzung)

THE CONTRACTING GOVERNMENTS:

DESIRING to facilitate maritime traffic by simplifying and reducing to a minimum the formalities, documentary requirements and procedures on the arrival, stay and departure of ships engaged in international voyages;

HAVE AGREED AS FOLLOWS:

Article I

The Contracting Governments undertake to adopt, in accordance with the provisions of the present Convention and its Annex, all appropriate measures to facilitate and expedite international maritime traffic and to prevent unnecessary delays to ships and to persons and property on board.

Article II

(1) The Contracting Governments undertake to co-operate, in accordance with the provisions of the present Convention, in the formulation and application of measures for the facilitation of the arrival, stay and departure of ships. Such measures shall be, to the fullest extent practicable, not less favourable than measures applied in respect of other means of international transport; however, these measures may differ according to particular requirements.

(2) The measures for the facilitation of international maritime traffic provided for under the present Convention and its Annex apply equally to the ships of coastal and non-coastal States the Governments of which are Parties to the present Convention.

(3) The provisions of the present Convention do not apply to warships or pleasure yachts.

LES GOUVERNEMENTS CONTRACTANTS,

DÉSIREUX de faciliter le trafic maritime en simplifiant et en réduisant au minimum les procédures, les formalités et les documents requis pour l'entrée, le séjour au port et la sortie des navires effectuant des voyages internationaux,

SONT CONVENUS DES DISPOSITIONS SUIVANTES:

Article I^{er}

Conformément aux dispositions de la présente Convention et de son Annexe, les Gouvernements contractants s'engagent à adopter toutes mesures appropriées tendant à faciliter et à accélérer le trafic maritime international, ainsi qu'à éviter les retards inutiles aux navires, aux personnes et aux biens se trouvant à bord.

Article II

1) Les Gouvernements contractants s'engagent à coopérer, conformément aux dispositions de la présente Convention, pour élaborer et appliquer les mesures destinées à faciliter l'arrivée, le séjour au port et la sortie des navires. Ces mesures seront, dans toute la mesure du possible, au moins aussi favorables que celles qui sont en vigueur pour d'autres modes de transport internationaux, bien qu'elles puissent en différer selon les conditions particulières à chacun d'eux.

2) Les mesures destinées à faciliter le trafic maritime international, prévues dans la présente Convention et son Annexe, s'appliquent également aux navires d'Etats riverains ou non de la mer, dont les gouvernements sont parties à la présente Convention.

3) Les dispositions de la présente Convention ne s'appliquent ni aux navires de guerre ni aux bateaux de plaisance.

DIE VERTRAGSREGIERUNGEN —

IN DEM WUNSCH, den Seeverkehr zu erleichtern, indem sie die Förmlichkeiten, Dokumentenerfordernisse und Verfahren beim Einlaufen, Aufenthalt und Auslaufen von Schiffen auf Auslandsfahrt vereinfachen und auf ein Mindestmaß beschränken —

SIND WIE FOLGT ÜBEREINGEKOMMEN:

Artikel I

Die Vertragsregierungen verpflichten sich, nach Maßgabe dieses Übereinkommens und seiner Anlage alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um den internationalen Seeverkehr zu erleichtern und zu beschleunigen und unnötige Verzögerungen für Schiffe und an Bord befindliche Personen und Sachen zu vermeiden.

Artikel II

(1) Die Vertragsregierungen verpflichten sich, nach Maßgabe dieses Übereinkommens bei der Festlegung und Anwendung von Maßnahmen zur Erleichterung des Einlaufens, Aufenthalts und Auslaufens von Schiffen zusammenzuarbeiten. Diese Maßnahmen dürfen, soweit irgend durchführbar, nicht weniger günstig sein als die bei anderen Arten des internationalen Verkehrs angewandten Maßnahmen; sie können jedoch entsprechend den jeder Verkehrsart eigenen Bedingungen voneinander abweichen.

(2) Die in diesem Übereinkommen und seiner Anlage vorgesehenen Maßnahmen zur Erleichterung des internationalen Seeverkehrs finden gleichermaßen auf die Schiffe von Küstenstaaten und Nichtküstenstaaten Anwendung, deren Regierungen Vertragsparteien des Übereinkommens sind.

(3) Dieses Übereinkommen findet keine Anwendung auf Kriegsschiffe und nicht gewerblichen Zwecken dienende Vergnügungsfahrzeuge.

Article III

The Contracting Governments undertake to co-operate in securing the highest practicable degree of uniformity in formalities, documentary requirements and procedures in all matters in which such uniformity will facilitate and improve international maritime traffic and keep to a minimum any alterations in formalities, documentary requirements and procedures necessary to meet special requirements of a domestic nature.

Article IV

With a view to achieving the ends set forth in the preceding Articles of the present Convention, the Contracting Governments undertake to co-operate with each other or through the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization (hereinafter called "Organization") in matters relating to formalities, documentary requirements and procedures, as well as their application to international maritime traffic.

Article V

(1) Nothing in the present Convention or its Annex shall be interpreted as preventing the application of any wider facilities which a Contracting Government grants or may grant in future in respect of international maritime traffic under its national laws or the provisions of any other international agreement.

(2) Nothing in the present Convention or its Annex shall be interpreted as precluding a Contracting Government from applying temporary measures considered by that Government to be necessary to preserve public morality, order and security or to prevent the introduction or spread of diseases or pests affecting public health, animals or plants.

(3) All matters that are not expressly provided for in the present Convention remain subject to the legislation of the Contracting Governments.

Article VI

For the purposes of the present Convention and its Annex:

(a) "Standards" are those measures the uniform application of which by Contracting Governments in accordance with the Convention is necessary and practicable in order to facilitate international maritime traffic;

Article III

Les Gouvernements contractants s'engagent à coopérer pour uniformiser dans toute la mesure du possible les procédures, formalités et documents dans tous les domaines où cette uniformisation peut faciliter et améliorer le trafic maritime international, ainsi qu'à réduire au minimum les modifications jugées nécessaires pour répondre à des exigences d'ordre interne.

Article IV

Afin d'atteindre les objectifs énoncés aux articles précédents de la présente Convention, les Gouvernements contractants s'engagent à coopérer entre eux ou par l'intermédiaire de l'Organisation intergouvernementale consultative de la navigation maritime (ci-après dénommée «l'Organisation») pour les questions se rapportant aux procédures, formalités et documents requis, ainsi qu'à leur application au trafic maritime international.

Article V

1) Aucune des dispositions de la présente Convention, ou de son Annexe, ne doit être interprétée comme faisant obstacle à l'application de mesures plus favorables dont un Gouvernement contractant fait ou pourrait faire bénéficier le trafic maritime international en vertu de sa législation nationale ou de dispositions de tout autre accord international.

2) Aucune des dispositions de la présente Convention, ou de son Annexe, ne doit être interprétée comme empêchant un Gouvernement contractant d'appliquer des mesures temporaires qu'il juge nécessaires pour préserver la moralité, la sécurité et l'ordre publics, ou pour empêcher l'introduction ou la propagation de maladies ou de fléaux risquant d'affecter la santé publique ou de s'attaquer aux animaux ou aux végétaux.

3) Tous les points qui ne font pas l'objet de prescriptions expresses dans la présente Convention restent régis par la législation des Gouvernements contractants.

Article VI

Aux fins d'application de la présente Convention et de son Annexe, on entend:

a) par «normes», les dispositions qu'il est jugé possible et nécessaire de faire appliquer uniformément par les Gouvernements contractants, conformément à la Convention, afin de faciliter le trafic maritime international;

Artikel III

Die Vertragsregierungen verpflichten sich, zusammenzuarbeiten, um eine möglichst weitgehende Vereinheitlichung der Förmlichkeiten, Dokumentenerfordernisse und Verfahren auf allen Gebieten zu erreichen, auf denen diese Vereinheitlichung den internationalen Seeverkehr erleichtern und verbessern würde, und Änderungen der Förmlichkeiten, Dokumentenerfordernisse und Verfahren, die auf Grund besonderer innerstaatlicher Verhältnisse notwendig werden, auf ein Mindestmaß zu beschränken.

Artikel IV

Zur Erleichterung der in den vorstehenden Artikeln bezeichneten Ziele verpflichten sich die Vertragsregierungen, untereinander oder durch die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrts-Organisation (im folgenden als „Organisation“ bezeichnet) in Angelegenheiten zusammenzuarbeiten, welche die Förmlichkeiten, Dokumentenerfordernisse und Verfahren sowie ihre Anwendung auf den internationalen Seeverkehr betreffen.

Artikel V

(1) Dieses Übereinkommen und seine Anlage sind nicht so auszulegen, als verhierten sie die Anwendung weitergehender Erleichterungen für den internationalen Seeverkehr, die eine Vertragsregierung auf Grund ihrer innerstaatlichen Rechtsvorschriften oder anderer internationaler Übereinkünfte jetzt oder künftig gewährt.

(2) Dieses Übereinkommen und seine Anlage sind nicht so auszulegen, als hinderten sie eine Vertragsregierung an der Anwendung vorübergehender Maßnahmen, die diese Regierung für erforderlich hält, um die öffentliche Sittlichkeit, Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten oder um die Einschleppung oder Verbreitung von Krankheiten oder Seuchen zu verhindern, die Menschen, Tiere oder Pflanzen bedrohen.

(3) Alle Angelegenheiten, die in diesem Übereinkommen nicht ausdrücklich geregelt sind, unterliegen weiterhin den Rechtsvorschriften der Vertragsregierungen.

Artikel VI

Im Sinne dieses Übereinkommens und seiner Anlage bedeuten

a) „Normen“ die Maßnahmen, deren nach dem Übereinkommen erfolgende einheitliche Anwendung durch die Vertragsregierungen zur Erleichterung des internationalen Seeverkehrs erforderlich und durchführbar ist,

(b) "Recommended Practices" are those measures the application of which by Contracting Governments is desirable in order to facilitate international maritime traffic.

Article VII

(1) The Annex to the present Convention may be amended by the Contracting Governments, either at the proposal of one of them or by a conference convened for that purpose.

(2) Any Contracting Government may propose an amendment to the Annex by forwarding a draft amendment to the Secretary-General of the Organization (hereinafter called the "Secretary-General"):

(a) Upon the express request of a Contracting Government, the Secretary-General shall communicate any such proposal directly to all Contracting Governments for their consideration and acceptance. If he receives no such express request, the Secretary-General may proceed to such consultations as he deems advisable before communicating the proposal to the Contracting Governments;

(b) Each Contracting Government shall notify the Secretary-General within one year from the receipt of any such communication whether or not it accepts the proposal;

(c) Any such notification shall be made in writing to the Secretary-General who shall inform all Contracting Governments of its receipt;

(d) Any amendment to the Annex under this paragraph shall enter into force six months after the date on which the amendment is accepted by a majority of the Contracting Governments;

(e) The Secretary-General shall inform all Contracting Governments of any amendment which enters into force under this paragraph, together with the date on which such amendment shall enter into force.

(3) A conference of the Contracting Governments to consider amendments to the Annex shall be convened by the Secretary-General upon the request of at least one-third of these Governments. Every amendment adopted by such conference by a two-thirds majority of the Contracting Governments present and voting shall enter into force six months after the date on which the Secretary-General notifies the Contracting Governments of the amendment adopted.

b) par « pratiques recommandées », les dispositions qu'il est jugé souhaitable de faire appliquer par les Gouvernements contractants pour faciliter le trafic maritime international.

Article VII

1) L'Annexe à la présente Convention peut être modifiée par les Gouvernements contractants, soit sur l'initiative de l'un d'eux, soit à l'occasion d'une conférence réunie à cet effet.

2) Tout Gouvernement contractant peut prendre l'initiative de proposer un amendement à l'Annexe en adressant un projet d'amendement au Secrétaire général de l'Organisation (ci-après dénommé « le Secrétaire général »):

a) à la demande expresse d'un Gouvernement contractant, le Secrétaire général communique directement les propositions d'amendement à tous les Gouvernements contractants pour examen et approbation. S'il ne reçoit pas de demande expresse à cet effet, le Secrétaire général peut procéder aux consultations qu'il estime souhaitables avant de communiquer ces propositions aux Gouvernements contractants;

b) chaque Gouvernement contractant notifie au Secrétaire général dans l'année qui suit la réception de cette communication s'il approuve ou non l'amendement proposé;

c) toute notification de cet ordre est adressée par écrit au Secrétaire général qui en avise tous les Gouvernements contractants;

d) tout amendement à l'Annexe adopté conformément au présent paragraphe entre en vigueur six mois après la date à laquelle il est approuvé par plus de la moitié des Gouvernements contractants;

e) le Secrétaire général informe tous les Gouvernements contractants de tout amendement qui entre en vigueur aux termes du présent paragraphe ainsi que de la date à laquelle cet amendement entrera en vigueur.

3) Le Secrétaire général convoque une conférence des Gouvernements contractants chargée d'examiner les amendements à l'Annexe lorsqu'un tiers au moins de ces Gouvernements le demande. Tout amendement adopté, lors d'une telle conférence, par une majorité des deux tiers des Gouvernements contractants présents et votants, entre en vigueur six mois après la date à laquelle le Secrétaire général notifie l'amendement adopté aux Gouvernements contractants.

b) „Empfehlungen“ die Maßnahmen, deren Anwendung durch die Vertragsregierungen zur Erleichterung des internationalen Seeverkehrs wünschenswert ist.

Artikel VII

(1) Die Anlage zu diesem Übereinkommen kann von den Vertragsregierungen auf Vorschlag einer dieser Regierungen oder durch eine zu diesem Zweck einberufene Konferenz geändert werden.

(2) Jede Vertragsregierung kann eine Änderung der Anlage vorschlagen, indem sie dem Generalsekretär der Organisation (im folgenden als „Generalsekretär“ bezeichnet) einen Änderungsentwurf übermittelt:

a) Auf ausdrückliches Ersuchen einer Vertragsregierung übermittelt der Generalsekretär einen solchen Vorschlag unmittelbar allen Vertragsregierungen zur Prüfung und Annahme. Wird kein derartiges ausdrückliches Ersuchen an ihn gerichtet, so kann der Generalsekretär alle Konsultationen vornehmen, die er für ratsam hält, bevor er den Vorschlag den Vertragsregierungen übermittelt;

b) jede Vertragsregierung notifiziert dem Generalsekretär binnen einem Jahr nach Eingang der Mitteilung, ob sie den Vorschlag annimmt oder nicht;

c) jede derartige Notifikation wird schriftlich an den Generalsekretär gerichtet, der alle Vertragsregierungen von ihrem Eingang in Kenntnis setzt;

d) jede auf Grund dieses Absatzes vorgenommene Änderung der Anlage tritt sechs Monate nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Änderung von der Mehrheit der Vertragsregierungen angenommen worden ist;

e) der Generalsekretär unterrichtet alle Vertragsregierungen von jeder Änderung, die auf Grund dieses Absatzes in Kraft tritt, sowie vom Zeitpunkt ihres Inkrafttretens.

(3) Auf Ersuchen von mindestens einem Drittel der Vertragsregierungen beruft der Generalsekretär eine Konferenz der Vertragsregierungen ein, um über Änderungen der Anlage zu beraten. Jede von dieser Konferenz mit Zweidrittelmehrheit der anwesenden und abstimmenden Vertragsregierungen angenommene Änderung tritt sechs Monate nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem der Generalsekretär den Vertragsregierungen die angenommene Änderung notifiziert hat.

(4) The Secretary-General shall notify promptly all Signatory Governments of the adoption and entry into force of any amendment under this Article.

Article VIII

(1) Any Contracting Government that finds it impracticable to comply with any Standard by bringing its own formalities, documentary requirements or procedures into full accord with it or which deems it necessary for special reasons to adopt formalities, documentary requirements or procedures differing from that Standard, shall so inform the Secretary-General and notify him of the differences between its own practice and such Standard. Such notification shall be made as soon as possible after entry into force of the present Convention for the Government concerned, or after the adoption of such differing formalities, documentary requirements or procedures.

(2) Notification by a Contracting Government of any such difference in the case of an amendment to a Standard or of a newly adopted Standard shall be made to the Secretary-General as soon as possible after the entry into force of such amended or newly adopted Standard, or after the adoption of such differing formalities, documentary requirements or procedures and may include an indication of the action proposed to bring the formalities, documentary requirements or procedures into full accord with the amended or newly adopted Standard.

(3) Contracting Governments are urged to bring their formalities, documentary requirements and procedures into accord with the Recommended Practices in so far as practicable. As soon as any Contracting Government brings its own formalities, documentary requirements and procedures into accord with any Recommended Practice, it shall notify the Secretary-General thereof.

(4) The Secretary-General shall inform the Contracting Governments of any notification made to him in accordance with the preceding paragraphs of this Article.

Article IX

The Secretary-General shall convene a conference of the Contracting Governments for revision or amendment of the present Convention at the request of not less than one-third of the Contracting Governments. Any revision or amendments shall be

4) Le Secrétaire général informe dans les meilleurs délais les Gouvernements signataires de l'adoption et de l'entrée en vigueur de tout amendement adopté conformément au présent article.

Article VIII

1) Tout Gouvernement contractant, soit qu'il juge impossible de se conformer à l'une quelconque des normes en y adaptant ses procédures, formalités et documents, soit qu'il estime nécessaire pour des raisons particulières d'exiger des dispositions différentes de celles prévues dans ladite norme, doit informer le Secrétaire général de cette situation et des différences existant avec la norme. Cette notification intervient aussitôt que possible après l'entrée en vigueur de la présente Convention à l'égard du Gouvernement intéressé ou lorsqu'il a pris la décision d'exiger des procédures, formalités et documents différant des prescriptions de la norme.

2) S'il s'agit d'amendement à une norme ou d'une norme nouvellement adoptée, l'existence d'une différence doit être notifiée au Secrétaire général aussitôt que possible après la date d'entrée en vigueur de ces modifications ou après que la décision a été prise d'exiger des procédures, formalités ou documents différents. Tout Gouvernement contractant peut notifier en même temps les mesures qu'il se propose de prendre pour adapter les procédures, formalités ou documents qu'il exige aux dispositions de la norme amendée ou nouvelle.

3) Les Gouvernements contractants sont instamment invités à adapter dans toute la mesure du possible aux pratiques recommandées les procédures, formalités et documents qu'ils exigent. Dès qu'un Gouvernement contractant a réalisé cette concorde, il en informe le Secrétaire général.

4) Le Secrétaire général informe les Gouvernements contractants de toute notification qui lui est faite en application des paragraphes précédents du présent article.

Article IX

Le Secrétaire général convoque une conférence des Gouvernements contractants, pour la révision ou l'amendement de la présente Convention, à la demande d'un tiers au moins des Gouvernements contractants. Les dispositions révisées ou les amendements

(4) Der Generalsekretär notifiziert allen Unterzeichnerregierungen alsbald die Annahme und das Inkrafttreten jeder nach diesem Artikel angenommenen Änderung.

Artikel VIII

(1) Stellt einer Vertragsregierung fest, daß es ihr nicht möglich ist, eine Norm zu befolgen, indem sie ihre eigenen Förmlichkeiten, Dokumentenerfordernisse oder Verfahren damit gänzlich in Übereinstimmung bringt, oder hält sie es aus besonderen Gründen für notwendig, Förmlichkeiten, Dokumentenerfordernisse oder Verfahren einzuführen, die von dieser Norm abweichen, so teilt sie dies dem Generalsekretär mit und notifiziert ihm die Unterschiede zwischen ihrer eigenen Verfahrensweise und der betreffenden Norm. Diese Notifikation erfolgt so bald wie möglich, nachdem das Übereinkommen für die betreffende Regierung in Kraft getreten ist oder nachdem derartige abweichende Förmlichkeiten, Dokumentenerfordernisse oder Verfahren eingeführt worden sind.

(2) In Fällen, in denen eine Norm geändert oder in denen eine neue Norm angenommen wird, notifiziert die Vertragsregierung dem Generalsekretär eine etwaige Abweichung so bald wie möglich nach Inkrafttreten der geänderten oder neu angenommenen Norm oder nach Einführung der abweichenden Förmlichkeiten, Dokumentenerfordernisse oder Verfahren; die Notifikation kann einen Hinweis darauf enthalten, welche Maßnahme in Aussicht genommen ist, um die Förmlichkeiten, Dokumentenerfordernisse oder Verfahren in volle Übereinstimmung mit der geänderten oder neu angenommenen Norm zu bringen.

(3) Die Vertragsregierungen werden dringend ersucht, ihre Förmlichkeiten, Dokumentenerfordernisse und Verfahren soweit wie möglich mit den Empfehlungen in Einklang zu bringen. Sobald eine Vertragsregierung diese Übereinstimmung herbeigeführt hat, notifiziert sie dies dem Generalsekretär.

(4) Der Generalsekretär unterrichtet die Vertragsregierungen von jeder Notifikation, die ihm nach den vorstehenden Absätzen zugegangen ist.

Artikel IX

Auf Ersuchen von mindestens einem Drittel der Vertragsregierungen beruft der Generalsekretär eine Konferenz der Vertragsregierungen zur Revision oder Änderung dieses Übereinkommens ein. Revisionen oder Änderungen bedürfen der Annahme durch eine

adopted by a two-thirds majority vote of the conference and then certified and communicated by the Secretary-General to all Contracting Governments for their acceptance. One year after the acceptance of the revision or amendments by two-thirds of the Contracting Governments, each revision or amendment shall enter into force for all Contracting Governments; except those which, before its entry into force, make a declaration that they do not accept the revision or amendment. The conference may by a two-thirds majority vote determine at the time of its adoption that a revision or amendment is of such a nature that any Contracting Government which has made such a declaration and which does not accept the revision or amendment within a period of one year after the revision or amendment enters into force shall, upon the expiration of this period, cease to be a Party to the Convention.

Article X

(1) The present Convention shall remain open for signature for six months from this day's date and shall thereafter remain open for accession.

(2) The Governments of States Members of the United Nations, or of any of the specialized agencies, or the International Atomic Energy Agency, or Parties to the Statute of the International Court of Justice may become Parties to the present Convention by:

- (a) signature without reservation as to acceptance;
- (b) signature with reservation as to acceptance followed by acceptance; or
- (c) accession.

Acceptance or accession shall be effected by the deposit of an instrument with the Secretary-General.

(3) The Government of any State not entitled to become a Party under paragraph 2 of this Article may apply through the Secretary-General to become a Party and shall be admitted as a Party in accordance with paragraph 2, provided that its application has been approved by two-thirds of the Members of the Organization other than Associate Members.

Article XI

The present Convention shall enter into force sixty days after the date upon which the Governments of at least ten States have either signed it without reservation as to acceptance or have deposited instruments of acceptance or accession. It shall enter

sont adoptés par la conférence à la majorité des deux tiers; ils font l'objet de copies certifiées conformes qui sont ensuite adressées par le Secrétaire général à tous les Gouvernements contractants pour approbation. Une année après que les dispositions révisées ou les amendements auront été approuvés par les deux tiers des Gouvernements contractants, chaque révision ou amendement entrera en vigueur à l'égard de tous les Gouvernements contractants à l'exception de ceux qui, avant son entrée en vigueur, auront déclaré qu'ils ne l'approuvent pas. La conférence peut, par un vote à la majorité des deux tiers, décider au moment de l'adoption d'un texte révisé ou d'un amendement que celui-ci est d'une nature telle que tout Gouvernement qui a fait cette déclaration et qui n'approuve pas la révision ou l'amendement dans le délai d'une année après son entrée en vigueur cessera, à l'expiration de ce délai, d'être partie à la Convention.

Article X

(1) La présente Convention restera ouverte à la signature pendant six mois à compter de ce jour et elle restera ensuite ouverte à l'adhésion.

(2) Les Gouvernements des Etats membres de l'Organisation des Nations Unies, de l'une quelconque des institutions spécialisées ou de l'Agence internationale de l'énergie atomique, ou parties au Statut de la Cour internationale de Justice, peuvent devenir parties à la présente Convention par:

- a) la signature sans réserve quant à l'approbation;
- b) la signature avec réserve quant à l'approbation, suivie d'approbation; et
- c) l'adhésion.

L'approbation ou l'adhésion s'effectueront par le dépôt d'un instrument auprès du Secrétaire général.

(3) Le Gouvernement de tout Etat non habilité à devenir partie à la Convention en vertu du paragraphe 2 du présent article peut en faire la demande au Secrétaire général. Il pourra être admis à devenir partie à la Convention, conformément aux dispositions du paragraphe 2, à condition que sa demande ait été approuvée par les deux tiers des Membres de l'Organisation autres que les Membres associés.

Article XI

La présente Convention entre en vigueur soixante jours après la date à laquelle les Gouvernements de dix Etats au moins l'auront signée sans réserve quant à l'approbation ou auront déposé leur instrument d'approbation ou d'adhésion. Elle entre en vigueur,

Zweidrittelmehrheit der Konferenz; sie werden sodann vom Generalsekretär in beglaubigten Abschriften allen Vertragsregierungen zur Annahme übermittelt. Eine Revision oder Änderung tritt ein Jahr nach ihrer Annahme durch zwei Drittel der Vertragsregierungen für alle Vertragsregierungen mit Ausnahme derjenigen in Kraft, die vor Inkrafttreten der Revision oder Änderung erklärt haben, daß sie dieselbe nicht annehmen. Bei der Annahme einer Revision oder Änderung kann die Konferenz mit Zweidrittelmehrheit feststellen, die Revision oder Änderung sei so geartet, daß jede Vertragsregierung, die eine solche Erklärung abgegeben hat und die Revision oder Änderung nicht binnen einem Jahr nach ihrem Inkrafttreten annimmt, nach Ablauf dieser Frist als Vertragspartei ausscheidet.

Artikel X

(1) Dieses Übereinkommen liegt sechs Monate, vom heutigen Tag an gerechnet, zur Unterzeichnung und danach zum Beitritt auf.

(2) Die Regierungen von Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen oder einer ihrer Sonderorganisationen oder der Internationalen Atomenergie-Organisation oder von Vertragsparteien der Satzung des Internationalen Gerichtshofs können Vertragsparteien dieses Übereinkommens werden,

- a) indem sie es ohne Vorbehalt der Annahme unterzeichnen,
- b) indem sie es vorbehaltlich der Annahme unterzeichnen und später annehmen oder
- c) indem sie ihm beitreten.

Die Annahme oder der Beitritt erfolgt durch Hinterlegung einer Urkunde beim Generalsekretär.

(3) Die Regierung eines Staates, der nicht berechtigt ist, nach Absatz 2 Vertragspartei zu werden, kann über den Generalsekretär den Antrag stellen, Vertragspartei zu werden, und wird nach Absatz 2 als solche zugelassen, sofern dieser Antrag von zwei Dritteln der ordentlichen Mitglieder der Organisation genehmigt worden ist.

Artikel XI

Dieses Übereinkommen tritt sechzig Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft, zu dem die Regierungen von mindestens zehn Staaten es entweder ohne Vorbehalt der Annahme unterzeichnet oder aber Annahme- oder Beitrittsurkunden hinterlegt haben. Für eine

into force for a Government which subsequently accepts it or accedes to it sixty days after the deposit of the instrument of acceptance or accession.

Article XII

Three years after entry into force of the present Convention with respect to a Contracting Government, such Government may denounce it by notification in writing addressed to the Secretary-General who shall notify all Contracting Governments of the content and date of receipt of any such notification. Such denunciation shall take effect one year, or such longer period as may be specified in the notification, after its receipt by the Secretary-General.

Article XIII

- (1) (a) The United Nations in cases where they are the administering authority for a territory, or any Contracting Government responsible for the international relations of a territory, shall as soon as possible consult with such territory in an endeavour to extend the present Convention to that territory, and may at any time by notification in writing given to the Secretary-General declare that the Convention shall extend to such territory.
- (b) The present Convention shall from the date of the receipt of the notification or from such other date as may be specified in the notification extend to the territory named therein.
- (c) The provisions of Article VIII of the present Convention shall apply to any territory to which the Convention is extended in accordance with the present Article; for this purpose, the expression "its own formalities, documentary requirements or procedures" shall include those in force in that territory.
- (d) The present Convention shall cease to extend to any territory one year after the receipt by the Secretary-General of a notification to this effect, or on such later date as may be specified therein.

à l'égard de tout Gouvernement qui l'approuve ou y adhère ultérieurement, soixante jours après le dépôt de l'instrument d'approbation ou d'adhésion.

Article XII

Lorsque la présente Convention aura été en vigueur trois années à l'égard d'un Gouvernement contractant, ce Gouvernement peut la dénoncer par notification écrite adressée au Secrétaire général, qui communique à tous les autres Gouvernements contractants la teneur et la date de réception de toute notification de cette nature. Cette dénonciation prend effet un an après la date à laquelle le Secrétaire général en a reçu notification, ou à la fin de toute période plus longue que pourra spécifier ladite notification.

Article XIII

- 1) a) Les Nations Unies, lorsqu'elles assument la responsabilité de l'administration d'un territoire, ou tout Gouvernement contractant chargé d'assurer les relations internationales d'un territoire, doivent, aussitôt que possible, procéder à des délibérations avec ce territoire, pour s'efforcer de lui étendre l'application de la présente Convention et peuvent, à tout moment, par une notification écrite adressée au Secrétaire général, déclarer que la Convention s'étend à un tel territoire.
- b) L'application de la présente Convention est étendue au territoire désigné dans la notification, à partir de la date de réception de celle-ci ou de toute autre date qui y est indiquée.
- c) Les dispositions de l'article VIII de la présente Convention s'appliquent à tout territoire auquel la Convention s'étend conformément au présent article. L'expression « ses procédures, formalités et documents » comprend dans ce cas les dispositions en vigueur dans le territoire en question.
- d) La présente Convention cesse de s'appliquer à tout territoire après un délai d'un an à partir de la date de réception d'une notification adressée à cet effet au Secrétaire général, ou à la fin de toute autre période plus longue spécifiée dans la notification.

Regierung, deren Annahme oder Beitritt zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, tritt das Übereinkommen sechzig Tage nach Hinterlegung der Annahme- oder Beitrittsurkunde in Kraft.

Artikel XII

Drei Jahre, nachdem dieses Übereinkommen für eine Vertragsregierung in Kraft getreten ist, kann diese durch eine an den Generalsekretär gerichtete schriftliche Notifikation kündigen; der Generalsekretär notifiziert allen anderen Vertragsregierungen den Inhalt dieser Notifikation sowie den Tag ihres Eingangs. Die Kündigung wird ein Jahr nach dem Tag, an dem die Notifikation dem Generalsekretär zugegangen ist, oder nach Ablauf eines längeren, in der Notifikation bezeichneten Zeitabschnitts wirksam.

Artikel XIII

- (1) a) Die Vereinten Nationen, soweit sie Verwaltungsmacht eines Hoheitsgebiets sind, oder jede für die internationalen Beziehungen eines Hoheitsgebiets verantwortliche Vertragsregierung treten mit diesem Hoheitsgebiet so bald wie möglich in Konsultationen ein mit dem Ziel, dieses Übereinkommen auf das betreffende Hoheitsgebiet zu erstrecken; sie können jederzeit durch eine an den Generalsekretär gerichtete schriftliche Notifikation erklären, daß das Übereinkommen auf das betreffende Hoheitsgebiet erstreckt wird.
- b) Dieses Übereinkommen wird auf das in der Notifikation bezeichnete Hoheitsgebiet vom Tag des Eingangs dieser Notifikation oder von einem anderen darin angegebenen Tag an erstreckt.
- c) Artikel VIII findet auf jedes Hoheitsgebiet Anwendung, auf welches das Übereinkommen nach dem vorliegenden Artikel erstreckt wird; zu diesem Zweck schließt der Ausdruck „ihre eigenen Formlichkeiten, Dokumentenerefordernisse oder Verfahren“ diejenigen ein, die in dem betreffenden Hoheitsgebiet in Kraft sind.
- d) Dieses Übereinkommen wird nach Ablauf eines Jahres, nachdem eine entsprechende Notifikation dem Generalsekretär zugegangen ist, oder zu einem späteren, in der Notifikation angegebenen Zeitpunkt nicht mehr auf ein bestimmtes Hoheitsgebiet erstreckt.

(2) The Secretary-General shall inform all the Contracting Governments of the extension of the present Convention to any territory under paragraph 1 of this Article, stating in each case the date from which the Convention has been so extended.

Article XIV

The Secretary-General shall inform all Signatory Governments, all Contracting Governments and all Members of the Organization of:

- (a) the signatures affixed to the present Convention and the dates thereof;
- (b) the deposit of instruments of acceptance and accession together with the dates of their deposit;
- (c) the date on which the Convention enters into force in accordance with Article XI;
- (d) any notification received in accordance with Articles XII and XIII and the date thereof;
- (e) the convening of any conference under Articles VII or IX

Article XV

The present Convention and its Annex shall be deposited with the Secretary-General who shall transmit certified copies thereof to Signatory Governments and to acceding Governments. As soon as the present Convention enters into force, it shall be registered by the Secretary-General in accordance with Article 102 of the Charter of the United Nations.

Article XVI

The present Convention and its Annex shall be established in the English and French languages, both texts being equally authentic. Official translations shall be prepared in the Russian and Spanish languages and shall be deposited with the signed originals.

IN WITNESS WHEREOF the undersigned being duly authorized by their respective Governments for that purpose have signed the present Convention.

DONE at London this ninth day of April 1965.

2) Le Secrétaire général notifie à tous les Gouvernements contractants l'extension de la présente Convention à tout territoire en vertu des dispositions du paragraphe 1 du présent article, en spécifiant dans chaque cas la date à partir de laquelle la présente Convention est devenue applicable.

Article XIV

Le Secrétaire général fait connaître à tous les Gouvernements signataires de la Convention, à tous les Gouvernements contractants et à tous les Membres de l'Organisation:

- a) l'état des signatures apposées à la présente Convention et leur date;
- b) le dépôt des instruments d'approbation et d'adhésion, ainsi que les dates de dépôt;
- c) la date à laquelle la Convention entrera en vigueur conformément à l'article XI;
- d) les notifications reçues conformément aux articles XII et XIII ainsi que leur date;
- e) la convocation de toute conférence prévue aux articles VII et IX.

Article XV

La présente Convention et son Annexe seront déposées auprès du Secrétaire général qui en communiquera des copies certifiées conformes aux Gouvernements signataires et à tous les autres Gouvernements qui adhèrent à la présente Convention. Dès que la Convention entrera en vigueur, le Secrétaire général la fera enregistrer conformément aux dispositions de l'Article 102 de la Charte des Nations Unies.

Article XVI

La présente Convention et son Annexe sont rédigées en langues anglaise et française, les deux textes faisant également foi. Il en est établi des traductions officielles en langues russe et espagnole, lesquelles sont déposées avec les textes originaux signés.

EN FOI DE QUOI, les soussignés, dûment autorisés à cet effet par leurs Gouvernements, ont signé la présente Convention.

FAIT à Londres, le 9 avril 1965.

(2) Der Generalsekretär setzt alle Vertragsregierungen von der Erstreckung dieses Übereinkommens auf ein Hoheitsgebiet gemäß Absatz 1 und von dem jeweiligen Zeitpunkt in Kenntnis, zu dem die Erstreckung beginnt.

Artikel XIV

Der Generalsekretär unterrichtet alle Unterzeichnerregierungen, alle Vertragsregierungen und alle Mitglieder der Organisation

- a) von jeder Unterzeichnung dieses Übereinkommens und dem Zeitpunkt, zu dem sie erfolgt ist;
- b) von jeder Hinterlegung einer Annahme- oder Beitrittsurkunde und dem Zeitpunkt, zu dem sie erfolgt ist;
- c) von dem Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen nach Artikel XI in Kraft tritt;
- d) von jeder nach den Artikeln XII und XIII eingegangenen Notifikation und ihrem Datum;
- e) von der Einberufung einer Konferenz nach Artikel VII oder IX.

Artikel XV

Dieses Übereinkommen und seine Anlage werden beim Generalsekretär hinterlegt; dieser übermittelt den Unterzeichnerregierungen und den beitretenden Regierungen beglaubigte Abschriften. Der Generalsekretär läßt das Übereinkommen sogleich nach seinem Inkrafttreten gemäß Artikel 102 der Charta der Vereinten Nationen registrieren.

Artikel XVI

Dieses Übereinkommen und seine Anlage sind in englischer und französischer Sprache abgefaßt, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist. Amtliche Übersetzungen werden in russischer und spanischer Sprache angefertigt und mit den unterzeichneten Urschriften hinterlegt.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu von ihren Regierungen gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommens unterschrieben.

GESCHEHEN zu London am 9. April 1965.

Annex	Annexe	Anlage
Section 1	Chapitre premier	Abschnitt 1
Definitions and General Provisions	Définitions et dispositions générales	Begriffsbestimmungen und allgemeine Bestimmungen
A. Definitions	A. Définitions	A. Begriffsbestimmungen
For the purpose of the provisions of this Annex, the following meanings shall be attributed to the terms listed:	Pour l'application des dispositions de la présente Annexe, les significations ci-après seront attribuées aux expressions:	Im Sinne dieser Anlage haben die nachstehenden Ausdrücke folgende Bedeutung:
Cargo. Any goods, wares, merchandise, and articles of every kind whatsoever carried on a ship, other than mail, ship's stores, ship's spare parts, ship's equipment, crew's effects and passengers' accompanied baggage.	Agrès et appareils du navire. Articles, autres que les pièces de rechange du navire, qui sont transportés à bord du navire pour y être utilisés et qui sont amovibles mais non consommables, notamment les accessoires tels que les embarcations de sauvetage, le matériel de sauvetage, les meubles et autres articles d'équipement du navire.	Ankunftszeit. Die Uhrzeit, zu der ein Schiff in einem Hafen vor Anker geht oder am Kai anlegt.
Crew's effects. Clothing, items in everyday use and any other articles, which may include currency, belonging to the crew and carried on the ship.	Armateur. Le propriétaire ou l'exploitant d'un navire, qu'il s'agisse d'une personne physique ou morale, ainsi que toute personne agissant au nom du propriétaire ou de l'exploitant.	Besatzungsmitglied. Jede Person, die auf einer Reise im Betrieb oder bei der Wartung eines Schiffes tatsächlich an Bord beschäftigt und in der Besatzungsliste aufgeführt ist.
Crew member. Any person actually employed for duties on board during a voyage in the working or service of a ship and included in the crew list.	Bagages accompagnés des passagers. Biens, y compris éventuellement des espèces monétaires, transportés pour le compte d'un passager sur le même navire que celui-ci, qu'ils soient ou non en sa possession personnelle, à la condition qu'ils ne fassent pas l'objet d'un contrat de transport ou autre accord analogue.	Ladung. Alle auf einem Schiff beförderten Güter, Waren, Gegenstände und Artikel jeder Art mit Ausnahme von Postsachen, Schiffsvorräten, Schiffsersatzteilen und Schiffsausrüstung, der persönlichen Habe der Besatzung und des Reisegepäcks der Fahrgäste.
Mail. Dispatches of correspondence and other objects tendered by and intended for delivery to postal administrations.	Cargaison. Tous biens, marchandises, objets et articles quelconques transportés à bord d'un navire, autres que la poste, les provisions de bord, les pièces de rechange, les agrès et appareils, les effets et marchandises appartenant aux membres de l'équipage et les bagages accompagnés des passagers.	Öffentliche Behörden. Die Dienststellen oder Bediensteten in einem Staat, die für die Anwendung und Durchsetzung der Gesetze und sonstigen Vorschriften des betreffenden Staates, die sich in irgendeiner Weise auf die in dieser Anlage enthaltenen Normen und Empfehlungen beziehen, verantwortlich sind.
Passengers' accompanied baggage. Property, which may include currency, carried for a passenger on the same ship as the passenger, whether in his personal possession or not, so long as it is not carried under a contract of carriage or other similar agreement.	Effets et marchandises appartenant aux membres de l'équipage. Vêtements, articles d'usage courant et tous autres objets, y compris éventuellement des espèces monétaires, appartenant aux membres de l'équipage et transportés à bord du navire.	Persönliche Habe der Besatzung. Kleidungsstücke, Gegenstände des täglichen Gebrauchs und andere Artikel - einschließlich etwaiger Zahlungsmittel - , die der Besatzung gehören und auf dem Schiff befördert werden.
Public authorities. The agencies or officials in a State responsible for the application and enforcement of the laws and regulations of that State which relate to any aspect of the Standards and Recommended Practices contained in this Annex.	Heure d'arrivée. Heure à laquelle un navire s'arrête, au mouillage ou à quai, dans un port.	Postsachen. Brief- und andere Sendungen, die von einer Postverwaltung eingeliefert werden und an eine solche Verwaltung ausgeliefert werden sollen.
Shipowner. One who owns or operates a ship, whether a person, a corporation or other legal entity, and any person acting on behalf of the owner or operator.	Membre de l'équipage. Toute personne qui est effectivement engagée pour accomplir à bord, au cours d'un voyage, des tâches se rapportant au fonctionnement ou au service du navire et qui figure sur la liste d'équipage.	Reeder. Eine natürliche oder juristische Person, der ein Schiff gehört oder die es betreibt, oder eine Person, die im Namen der erstgenannten Person handelt.

Ship's equipment. Articles, other than ship's spare parts, on board a ship for use thereon, which are removable but not of a consumable nature, including accessories such as life-boats, life-saving devices, furniture, ship's apparel and similar items.

Ship's spare parts. Articles of a repair or replacement nature for incorporation in the ship in which they are carried.

Ship's stores. Goods for use in the ship, including consumable goods, goods carried for sale to passengers and crew members, fuel and lubricants, but excluding ship's equipment and ship's spare parts.

Time of arrival. Time when a ship first comes to rest, whether at anchor or at a dock, in a port.

B. General Provisions

In conjunction with paragraph 2 of Article V of the Convention, the provisions of this Annex shall not preclude public authorities from taking such appropriate measures, including calling for further information, as may be necessary in cases of suspected fraud or to deal with special problems constituting a grave danger to public order (ordre public), public security or public health, or to prevent the introduction or spread of diseases or pests affecting animals or plants.

1.1 Standard. Public authorities shall in all cases require only essential information to be furnished, and shall keep the number of items to a minimum.

Where a specific list of particulars is set out in the Annex, public authorities shall not require to be furnished such of those particulars as they consider not essential.

1.2 Recommended Practice. Notwithstanding the fact that documents for certain purposes may be separately prescribed and required in this Annex, public authorities, bearing in mind the

Pièces de rechange du navire. Articles de réparation ou de remplacement destinés à être incorporés au navire qui les transporte.

Poste. Correspondance et autres objets confiés par des administrations postales et destinés à être remis à des administrations postales.

Pouvoirs publics. Organismes ou fonctionnaires dans un Etat qui sont chargés d'appliquer ou de faire observer les lois et règlements dudit Etat se rapportant à l'un quelconque des aspects des normes et pratiques recommandées que contient la présente Annexe.

Provisions de bord. Marchandises à utiliser à bord, comprenant les produits de consommation, les marchandises à vendre aux passagers et aux membres de l'équipage, le combustible et les lubrifiants, mais non compris les agrès et appareils et les pièces de rechange du navire.

B. Dispositions générales

Compte tenu du paragraphe 2 de l'article V de la Convention, les dispositions de la présente Annexe n'empêchent pas les pouvoirs publics de prendre toutes les mesures appropriées, ainsi que de demander des renseignements supplémentaires qui peuvent se révéler nécessaires au cas où ils suspectent une fraude ou pour résoudre des problèmes particuliers constituant une menace grave pour l'ordre public, la sécurité publique ou la santé publique, ou pour empêcher l'introduction ou la propagation des maladies ou fléaux qui s'attaquent aux animaux ou aux végétaux.

1.1 Norme. Les pouvoirs publics ne demandent, dans tous les cas, que les renseignements indispensables et en réduisent le nombre au minimum.

Lorsqu'à l'Annexe figure une énumération de renseignements, les pouvoirs publics ne demandent que ceux qui leur paraissent indispensables.

1.2 Pratique recommandée. Compte tenu du fait que des documents peuvent être séparément prescrits et imposés à certaines fins dans la présente Annexe, les pouvoirs publics, prenant

Reisegepäck der Fahrgäste. Eigentum — einschließlich etwaiger Zahlungsmittel —, das für einen Fahrgast auf demselben Schiff wie er selbst befördert wird, auch wenn es sich nicht in seinem persönlichen Besitz befindet, sofern es nicht auf Grund eines Frachtvertrags oder einer anderen ähnlichen Vereinbarung befördert wird.

Schiffsausrüstung. Gegenstände, ausgenommen Schiffersatzteile, die an Bord eines Schiffes zum dortigen Gebrauch befördert werden und beweglich, aber nicht verbrauchbar sind, einschließlich des Zubehörs wie Rettungsboote, Rettungsvorrichtungen, Möbel, Schiffsgerät und ähnliches.

Schiffersatzteile. Gegenstände, die zur Reparatur oder zum Ersatz von Teilen des Schiffes bestimmt sind, auf dem sie befördert werden.

Schiffsvorräte. Güter — auch verbrauchbare —, die zum Gebrauch auf dem Schiff oder zum Verkauf an Fahrgäste und Besatzungsmitglieder bestimmt sind, sowie Treib- und Schmiermittel, nicht aber die Schiffsausrüstung und die Schiffersatzteile.

B. Allgemeine Bestimmungen

In Verbindung mit Artikel V Absatz 2 des Übereinkommens hindert diese Anlage die öffentlichen Behörden nicht daran, geeignete Maßnahmen — einschließlich der Einholung weiterer Auskünfte — zu treffen, wenn diese bei Betrugsverdacht oder zur Behandlung besonderer Probleme, welche die öffentliche Ordnung oder Sicherheit oder die Volksgesundheit ernstlich gefährden, oder zur Verhütung der Einschleppung oder Verbreitung von Krankheiten oder Seuchen, die Tiere oder Pflanzen bedrohen, erforderlich werden.

1.1 Norm. Die öffentlichen Behörden verlangen in allen Fällen nur die unbedingt notwendigen Angaben und halten die Zahl der einzelnen Fragen möglichst gering.

Ist in der Anlage eine besondere Liste mit Einzelangaben vorgesehen, so verlangen die öffentlichen Behörden nur diejenigen Angaben, die sie für unerlässlich halten.

1.2 Empfehlung. Auch wenn in dieser Anlage Dokumente für bestimmte Zwecke einzeln vorgeschrieben und verlangt werden, sollen die öffentlichen Behörden im Interesse derjeni-

interests of those who are required to complete the documents as well as the purposes for which they are to be used, should provide for any two or more such documents to be combined into one in any case in which this is practicable and in which an appreciable degree of facilitation would result.

Section 2

Arrival, Stay and Departure of the Ship

This section contains the provisions concerning the formalities required of shipowners by the public authorities on the arrival, stay and departure of the ship and shall not be read so as to preclude a requirement for the presentation for inspection by the appropriate authorities of certificates and other papers carried by the ship pertaining to its registry, measurement, safety, manning and other related matters.

A. General

2.1 Standard. Public authorities shall not require for their retention, on arrival or departure of ships to which the Convention applies, any documents other than those covered by the present section.

The documents in question are:

- General Declaration
- Cargo Declaration
- Ship's Stores Declaration
- Crew's Effects Declaration
- Crew List
- Passenger List
- The document required under the Universal Postal Convention for mail
- Maritime Declaration of Health.

B. Contents and Purpose of Documents

2.2 Standard. The General Declaration shall be the basic document on arrival and departure providing information required by public authorities relating to the ship.

2.2.1 Recommended Practice. The same form of General Declaration should be accepted for both the arrival and the departure of a ship.

2.2.2 Recommended Practice. In the General Declaration public authorities should not require more than the following information:

- Name and description of ship

en considération l'intérêt des personnes qui sont tenues de remplir lesdits documents ainsi que l'objet de ces documents, devraient prévoir la fusion en un seul de deux ou plusieurs documents dans tous les cas où cela est possible et où il en résulterait une simplification appréciable.

Chapitre 2

Entrée, séjour au port et sortie des navires

Le présent chapitre concerne les formalités exigées des armateurs par les pouvoirs publics à l'entrée, pendant le séjour au port et à la sortie d'un navire; il ne signifie nullement que certains certificats et autres documents du navire relatifs à l'immatriculation, aux dimensions, à la sécurité, à l'équipage dudit navire et autres renseignements, ne doivent pas être présentés aux autorités compétentes.

A. Dispositions générales

2.1 Norme. Les pouvoirs publics n'exigent pas, à l'arrivée ou à la sortie des navires auxquels s'applique la présente Convention, la remise de documents autres que ceux prévus au présent chapitre.

Les documents visés sont:

- la déclaration générale
- la déclaration de la cargaison
- la déclaration des provisions de bord
- la déclaration des effets et marchandises de l'équipage
- la liste de l'équipage
- la liste des passagers
- le bordereau prescrit par la Convention postale universelle pour la poste
- la déclaration maritime de santé.

B. Contenu et objet des papiers de bord

2.2 Norme. La déclaration générale est le document de base fournissant aux pouvoirs publics, à l'entrée et à la sortie, les renseignements relatifs au navire.

2.2.1 Pratique recommandée. Le même modèle de déclaration générale devrait être accepté tant à l'entrée qu'à la sortie d'un navire.

2.2.2 Pratique recommandée. Dans la déclaration générale, les pouvoirs publics ne devraient exiger d'autres renseignements que les suivants:

- nom et description du navire

gen Personen, welche die Dokumente auszufüllen haben, sowie unter Berücksichtigung ihres Verwendungszwecks in allen Fällen, in denen dies möglich ist und zu einer wesentlichen Erleichterung führen würde, dafür sorgen, daß zwei oder mehr Dokumente zusammengefaßt werden.

Abschnitt 2

Einlaufen, Aufenthalt und Auslaufen der Schiffe

Dieser Abschnitt betrifft die Formalitäten, welche die öffentlichen Behörden beim Einlaufen, Aufenthalt und Auslaufen eines Schiffes von den Reedern verlangen; er schließt nicht aus, daß die Vorlage der von dem Schiff mitgeführten Bescheinigungen und sonstigen Papiere betreffend Registrierung, Vermessung, Sicherheit, Bemannung und andere damit zusammenhängende Fragen zwecks Überprüfung durch die zuständigen Behörden verlangt wird.

A. Allgemeines

2.1 Norm. Die öffentlichen Behörden verlangen beim Ein- oder Auslaufen eines Schiffes, auf welches das Übereinkommen Anwendung findet, keine anderen als die in diesem Abschnitt vorgesehenen Dokumente zum Verbleib bei ihnen.

Es sind dies folgende Dokumente:

- Allgemeine Erklärung
- Frachterklärung
- Erklärung über die Schiffsvorräte
- Erklärung über die persönliche Habe der Besatzung
- Besatzungsliste
- Fahrgastliste
- das auf Grund des Weltpostvertrags erforderliche Postdokument
- die Seegesundheitserklärung

B. Inhalt und Zweck der Dokumente

2.2 Norm. Die Allgemeine Erklärung ist das grundlegende Dokument beim Einlaufen und Auslaufen, das die von den öffentlichen Behörden benötigten Angaben über das Schiff enthält.

2.2.1 Empfehlung. Beim Einlaufen und Auslaufen eines Schiffes soll für die Allgemeine Erklärung ein und dasselbe Formblatt verwendet werden.

2.2.2 Empfehlung. In der Allgemeinen Erklärung sollen die öffentlichen Behörden keine anderen als die folgenden Angaben verlangen:

- Name und Beschreibung des Schiffes

— Nationality of ship	— nationalité du navire	— Staatszugehörigkeit des Schiffes
— Particulars regarding registry	— renseignements relatifs à l'immatriculation	— Einzelheiten über die Registrierung
— Particulars regarding tonnage	— renseignements relatifs à la jauge	— Einzelheiten über die Tonnage
— Name of master	— nom du capitaine	— Name des Kapitäns
— Name and address of ship's agent	— nom et adresse de l'agent du navire	— Name und Anschrift des Schiffsagenten
— Brief description of the cargo	— description sommaire de la cargaison	— Kurze Beschreibung der Ladung
— Number of crew	— nombre de membres de l'équipage	— Anzahl der Besatzungsmitglieder
— Number of passengers	— nombre de passagers	— Anzahl der Fahrgäste
— Brief particulars of voyage	— renseignements sommaires relatifs au voyage	— Kurze Angaben über die Reise
— Date and time of arrival, or date of departure	— date et heure d'arrivée, ou date de départ	— Ankunftstag und -zeit oder Abfahrtstag
— Port of arrival or departure	— port d'arrivée ou de départ	— Einlauf- oder Auslaufhafen
— Position of the ship in the port.	— emplacement du navire dans le port.	— Liegeplatz des Schiffes im Hafen.

2.2.3 **Standard.** Public authorities shall accept a General Declaration dated and signed by the master, the ship's agent or some other person duly authorized by the master.

2.2.3 **Norme.** Les pouvoirs publics acceptent la déclaration générale datée et signée par le capitaine, l'agent du navire ou toute autre personne dûment autorisée par le capitaine.

2.2.3 **Norm.** Die öffentlichen Behörden erkennen eine Allgemeine Erklärung an, die vom Kapitän, dem Schiffsagenten oder einer anderen vom Kapitän gehörig befugten Person datiert und unterschrieben ist.

2.3 **Standard.** The Cargo Declaration shall be the basic document on arrival and departure providing information required by public authorities relating to the cargo. However, particulars of any dangerous cargo may also be required to be furnished separately.

2.3 **Norme.** La déclaration de la cargaison est le document de base sur lequel figurent les renseignements relatifs à la cargaison exigés par les pouvoirs publics à l'entrée comme à la sortie. Cependant, des renseignements sur les cargaisons dangereuses peuvent être demandés séparément.

2.3 **Norm.** Die Frachterklärung ist das grundlegende Dokument beim Einlaufen und Auslaufen, das die von den öffentlichen Behörden benötigten Angaben über die Ladung enthält. Es kann jedoch verlangt werden, daß Einzelheiten über eine gefährliche Ladung noch gesondert mitgeteilt werden.

2.3.1 **Recommended Practice.** In the Cargo Declaration public authorities should not require more than the following information:

2.3.1 **Pratique recommandée.** Dans la déclaration de la cargaison, les pouvoirs publics ne devraient pas exiger d'autres renseignements que les suivants:

2.3.1 **Empfehlung.** In der Frachterklärung sollen die öffentlichen Behörden keine anderen als die folgenden Angaben verlangen:

(a) on arrival

- Name and nationality of the ship
- Name of master
- Port arrived from
- Port where report is made
- Marks and numbers; number and kind of packages; quantity and description of the goods
- Bill of lading numbers for cargo to be discharged at the port in question
- Ports at which cargo remaining on board will be discharged
- Original ports of shipment in respect of goods shipped on through bills of lading;

a) à l'arrivée

- nom et nationalité du navire
- nom du capitaine
- port de provenance
- port où est rédigée la déclaration
- marques et numéros; nombre et nature des colis; quantité et description des marchandises
- numéro des connaissements de la cargaison destinée à être débarquée au port en question
- ports auxquels la marchandise restant à bord doit être débarquée
- premier port d'embarquement de la marchandise chargée sous connaissement direct;

a) beim Einlaufen:

- Name und Staatszugehörigkeit des Schiffes
- Name des Kapitäns
- Hafen, aus dem das Schiff kommt
- Hafen, in dem die Erklärung aufgesetzt wird
- Kennzeichen und Nummern, Anzahl und Art der Packungen, Menge und Beschreibung der Güter
- Frachtbriefnummern für Ladung, die in dem betreffenden Hafen gelöscht werden soll
- Häfen, in denen die an Bord verbleibende Ladung gelöscht werden soll
- ursprüngliche Verladehäfen für Güter, die mit Frachtbriefen weiterbefördert werden

(b) on departure

- Name and nationality of the ship
- Name of master

b) au départ

- nom et nationalité du navire
- nom du capitaine

b) beim Auslaufen:

- Name und Staatszugehörigkeit des Schiffes
- Name des Kapitäns

- Port of destination
- In respect of goods loaded at the port in question: marks and numbers; number and kind of packages; quantity and description of the goods
- Bill of lading numbers for cargo loaded at the port in question.

2.3.2 Recommended Practice. In respect of cargo remaining on board, public authorities should require only brief details of the minimum essential items of information to be furnished.

2.3.3 Standard. Public authorities shall accept a Cargo Declaration dated and signed by the master, the ship's agent, or some other person duly authorized by the master.

2.3.4 Recommended Practice. Public authorities should accept in place of the Cargo Declaration a copy of the ship's manifest provided it contains all the information required in accordance with Recommended Practices 2.3.1 and 2.3.2 and is dated and signed in accordance with Standard 2.3.3.

As an alternative, public authorities may accept a copy of the bill of lading signed in accordance with Standard 2.3.3 or certified as a true copy, if the nature and quantity of cargo make this practicable and provided that any information in accordance with Recommended Practices 2.3.1 and 2.3.2 which does not appear in such documents is also furnished elsewhere and duly certified.

2.3.5 Recommended Practice. Public authorities should allow unmanifested parcels in possession of the master to be omitted from the Cargo Declaration provided that particulars of these parcels are furnished separately.

2.4 Standard. The Ship's Stores Declaration shall be the basic document on arrival and departure providing information required by public authorities relating to ship's stores.

2.4.1 Standard. Public authorities shall accept a Ship's Stores Declaration dated and signed by the master or by some other ship's officer duly authorized by the master and having personal knowledge of the facts regarding the ship's stores.

2.5 Standard. The Crew's Effects Declaration shall be the basic document providing information required by public authorities relating to crew's

- port de destination
- pour les marchandises chargées au port en question: marques et numéros; nombre et nature des colis; quantité et description des marchandises
- numéros des connaissements pour les marchandises embarquées au port en question.

2.3.2 Pratique recommandée. Pour la cargaison demeurant à bord, les pouvoirs publics ne devraient exiger que des détails sommaires sur un minimum de points essentiels.

2.3.3 Norme. Les pouvoirs publics acceptent la déclaration de la cargaison datée et signée par le capitaine, l'agent du navire ou toute autre personne dûment autorisée par le capitaine.

2.3.4 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient accepter, en lieu et place de la déclaration de la cargaison, un exemplaire du manifeste du navire à la condition qu'il contienne tous les renseignements visés aux pratiques recommandées 2.3.1 et 2.3.2 et qu'il soit daté et signé comme prévu à la norme 2.3.3.

Les pouvoirs publics pourraient également accepter un exemplaire du connaissement signé comme prévu à la norme 2.3.3 ou une copie certifiée conforme, si la variété et le nombre des marchandises énumérées le permettent et si les renseignements visés dans les pratiques recommandées 2.3.1 et 2.3.2 qui ne figurent pas sur lesdites copies sont fournis par ailleurs et dûment certifiés.

2.3.5 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient admettre que les colis non portés au manifeste, en possession du capitaine, ne figurent pas sur la déclaration de la cargaison, à condition que les renseignements s'y rapportant leur soient fournis séparément.

2.4 Norme. La déclaration des provisions de bord est le document de base sur lequel figurent les renseignements relatifs aux provisions de bord exigés par les pouvoirs publics à l'entrée comme à la sortie.

2.4.1 Norme. Les pouvoirs publics acceptent la déclaration des provisions de bord datée et signée par le capitaine ou par un officier de bord dûment autorisé par le capitaine et ayant une connaissance personnelle de ces provisions.

2.5 Norme. La déclaration des effets et marchandises de l'équipage est le document de base sur lequel figurent les renseignements exigés par les pou-

- Bestimmungshafen
- bei Gütern, die in dem betreffenden Hafen geladen wurden: Kennzeichen und Nummern, Anzahl und Art der Packungen, Menge und Beschreibung der Güter
- Frachtbriefnummern für Ladung, die in dem betreffenden Hafen geladen wurde.

2.3.2 Empfehlung. Bezüglich der an Bord verbleibenden Ladung sollen die öffentlichen Behörden nur kurze Einzelheiten zu einer Mindestanzahl wichtiger Fragen verlangen.

2.3.3 Norm. Die öffentlichen Behörden erkennen eine Frachterklärung an, die vom Kapitän, dem Schiffsagenten oder einer anderen vom Kapitän gehörig befugten Person datiert und unterschrieben ist.

2.3.4 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen statt einer Frachterklärung auch eine Abschrift des Schiffsmanifests anerkennen, sofern es alle nach den Empfehlungen 2.3.1 und 2.3.2 erforderlichen Angaben enthält und gemäß Norm 2.3.3 datiert und unterschrieben ist.

Die öffentlichen Behörden können auch eine beglaubigte oder eine gemäß Norm 2.3.3 unterschriebene Abschrift des Schiffsfrachtbriefs anerkennen, wenn Art und Menge der Ladung dies möglich machen und sofern alle Angaben nach den Empfehlungen 2.3.1 und 2.3.2, die nicht in diesen Dokumenten enthalten sind, auf andere Weise und gehörig bestätigt beigebracht werden.

2.3.5 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen gestatten, daß im Gewahrsam des Kapitäns befindliche Sachen, die nicht im Manifest aufgeführt sind, von der Frachterklärung ausgenommen werden, sofern Angaben über diese Sachen gesondert beigebracht werden.

2.4 Norm. Die Erklärung über die Schiffsvorräte ist das grundlegende Dokument beim Einlaufen und Auslaufen, das die von den öffentlichen Behörden benötigten Angaben über die Schiffsvorräte enthält.

2.4.1 Norm. Die öffentlichen Behörden erkennen eine Erklärung über die Schiffsvorräte an, die vom Kapitän oder einem anderen vom Kapitän gehörig befugten und persönlich über die Schiffsvorräte unterrichteten Schiffsoffizier datiert und unterschrieben ist.

2.5 Norm. Die Erklärung über die persönliche Habe der Besatzung ist das grundlegende Dokument, das die von den öffentlichen Behörden be-

effects. It shall not be required on departure.

2.5.1 Standard. Public authorities shall accept a Crew's Effects Declaration dated and signed by the master or by some other ship's officer duly authorized by the master. The public authorities may also require each crew member to place his signature, or, if he is unable to do so, his mark, against the declaration relating to his effects.

2.5.2 Recommended Practice. Public authorities should normally require particulars of only those crew's effects which are dutiable or subject to prohibitions or restrictions.

2.6 Standard. The Crew List shall be the basic document providing public authorities with information relating to the number and composition of the crew on the arrival and departure of a ship.

2.6.1 Recommended Practice. In the Crew List, public authorities should not require more than the following information:

- Name and nationality of the ship
- Family name
- Given names
- Nationality
- Rank or rating
- Date and place of birth
- Nature and number of identity document
- Port and date of arrival
- Arriving from.

2.6.2 Standard. Public authorities shall accept a Crew List dated and signed by the master or by some other ship's officer duly authorized by the master.

2.7 Standard. The Passenger List shall be the basic document providing public authorities with information relating to passengers on the arrival and departure of a ship.

2.7.1 Recommended Practice. Public authorities should not require Passenger Lists on short sea routes or combined ship/railway services between neighbouring countries.

2.7.1 Recommended Practice. Public authorities should not require Embarkation or Disembarkation Cards in addition to Passenger Lists in respect of passengers whose names appear on those Lists. However, where public authorities have special problems constituting a grave danger to public

voirs publics touchant les effets et marchandises de l'équipage. Elle n'est pas exigée à la sortie.

2.5.1 Norme. Les pouvoirs publics acceptent la déclaration des effets et marchandises de l'équipage datée et signée par le capitaine du navire ou par un autre officier de bord dûment autorisé par le capitaine. Les pouvoirs publics peuvent également exiger que chaque membre de l'équipage appose sa signature ou, s'il ne le peut, une marque distinctive en face de la déclaration relative à ses effets et marchandises.

2.5.2 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics ne devraient normalement exiger de renseignements pour les effets et marchandises de l'équipage que s'ils sont passibles de droits ou soumis à des prohibitions ou à des restrictions.

2.6 Norme. La liste de l'équipage est le document de base qui fournit aux pouvoirs publics les renseignements relatifs au nombre de membres de l'équipage et à sa composition, à l'entrée comme à la sortie d'un navire.

2.6.1 Pratique recommandée. Dans la liste de l'équipage, les pouvoirs publics ne devraient pas exiger d'autres renseignements que les suivants:

- nom et nationalité du navire
- nom de famille
- prénoms
- nationalité
- grade ou fonction
- date et lieu de naissance
- nature et numéro de la pièce d'identité
- port et date d'arrivée
- venant de.

2.6.2 Norme. Les pouvoirs publics acceptent la liste de l'équipage datée et signée par le capitaine ou un autre officier de bord dûment autorisé par le capitaine.

2.7 Norme. La liste des passagers est le document de base qui fournit aux pouvoirs publics les renseignements relatifs aux passagers à l'arrivée comme à la sortie d'un navire.

2.7.1 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics ne devraient pas exiger de liste des passagers pour de courtes traversées ou des services mixtes navire/chemin de fer entre pays voisins.

2.7.2 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics ne devraient pas exiger de cartes d'embarquement ou de débarquement, en sus des listes de passagers, pour les passagers dont le nom figure sur ces listes. Toutefois, lorsque les pouvoirs publics doivent faire face à des problèmes particu-

nötigten Angaben über die persönliche Habe der Besatzung enthält. Sie wird beim Auslaufen nicht verlangt.

2.5.1 Norm. Die öffentlichen Behörden erkennen eine Erklärung über die persönliche Habe der Besatzung an, die vom Kapitän oder einem anderen vom Kapitän gehörig befugten Schiffsoffizier datiert und unterschrieben ist. Die genannten Behörden können ferner jedes Besatzungsmitglied auffordern, seine Unterschrift oder, wenn es dazu nicht in der Lage ist, sein Zeichen unter die Erklärung über seine persönliche Habe zu setzen.

2.5.2 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen in der Regel nähere Angaben nur über diejenige persönliche Habe der Besatzung verlangen, die abgabepflichtig ist oder Verboten oder Beschränkungen unterliegt.

2.6 Norm. Die Besatzungsliste ist das grundlegende Dokument, das den öffentlichen Behörden Angaben über Anzahl und Zusammensetzung der Besatzung beim Einlaufen und Auslaufen eines Schiffes vermittelt.

2.6.1 Empfehlung. In der Besatzungsliste sollen die öffentlichen Behörden keine anderen als die folgenden Angaben verlangen:

- Name und Staatszugehörigkeit des Schiffes
- Zuname
- Vornamen
- Staatsangehörigkeit
- Dienstrang oder Tätigkeit
- Geburtsdatum und -ort
- Art und Nummer des Identitätsdokuments
- Einlaufhafen und -datum
- angekommen aus.

2.6.2 Norm. Die öffentlichen Behörden erkennen eine Besatzungsliste an, die vom Kapitän oder einem anderen vom Kapitän gehörig befugten Schiffsoffizier datiert und unterschrieben ist.

2.7 Norm. Die Fahrgastliste ist das grundlegende Dokument, das den öffentlichen Behörden Angaben über die Fahrgäste beim Einlaufen und Auslaufen eines Schiffes vermittelt.

2.7.1 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen für kurze Seereisen oder den kombinierten Schiff-Eisenbahn-Verkehr zwischen benachbarten Staaten keine Fahrgastlisten verlangen.

2.7.2 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen bei Fahrgästen, deren Namen in den Fahrgastlisten aufgeführt sind, nicht zusätzlich Ein- oder Ausschiffungskarten verlangen. Sind die öffentlichen Behörden jedoch vor besondere Probleme gestellt, welche die Volksgesundheit ernstlich gefähr-

health, a person on an international voyage may on arrival be required to give a destination address in writing.

2.7.3 Recommended Practice. In the Passenger List public authorities should not require more than the following information:

- Name and nationality of the ship
- Family name
- Given names
- Nationality
- Date of birth
- Place of birth
- Port of embarkation
- Port of disembarkation
- Port and date of arrival of the ship.

2.7.4 Recommended Practice. A list compiled by shipping companies for their own use should be accepted in place of the Passenger List, provided it contains at least the information required in accordance with Recommended Practice 2.7.3 and is dated and signed in accordance with Standard 2.7.5.

2.7.5 Standard. Public authorities shall accept a Passenger List dated and signed by the master, the ship's agent or some other person duly authorized by the master.

2.7.6 Recommended Practice. Public authorities should ensure that ship-owners notify them on arrival of the presence of any stowaway discovered on board.

2.8 Standard. Public authorities shall not require on arrival or departure of the ship any written declaration in respect of mail other than that prescribed in the Universal Postal Convention.

2.9 Standard. The Maritime Declaration of Health shall be the basic document providing information required by port health authorities relating to the state of health on board a ship during the voyage and on arrival at a port.

C. Documents on Arrival

2.10 Standard. In respect of a ship's arrival in port, public authorities shall not require more than:

- 5 copies of the General Declaration
- 4 copies of the Cargo Declaration
- 4 copies of the Ship's Stores Declaration

liers qui constituent un danger sérieux pour la santé publique, ils peuvent demander à une personne effectuant un voyage international de donner à l'arrivée, par écrit, son adresse au lieu de destination.

2.7.3 Pratique recommandée. Dans la liste des passagers, les pouvoirs publics ne devraient pas exiger d'autres renseignements que les suivants:

- nom et nationalité du navire
- nom de famille
- prénoms
- nationalité
- date de naissance
- lieu de naissance
- port d'embarquement
- port de débarquement
- port et date d'entrée du navire.

2.7.4 Pratique recommandée. Une liste établie par la compagnie de navigation pour son usage propre devrait être acceptée en lieu et place de la liste des passagers sous réserve qu'elle contienne au moins les renseignements prévus à la pratique recommandée 2.7.3 et qu'elle soit datée et signée conformément à la norme 2.7.5.

2.7.5 Norme. Les pouvoirs publics acceptent la liste des passagers datée et signée par le capitaine, l'agent du navire ou toute autre personne dûment autorisée par le capitaine.

2.7.6 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient veiller à ce que les armateurs leur notifient à l'arrivée la présence de tout passager clandestin découvert à bord.

2.8 Norme. A l'entrée comme à la sortie d'un navire, les pouvoirs publics n'exigent pas, pour la poste, de déclaration écrite autre que celle prescrite par la Convention postale universelle.

2.9 Norme. La déclaration maritime de santé est le document de base qui fournit à l'autorité sanitaire du port les renseignements relatifs à l'état sanitaire à bord du navire au cours de la traversée et à son entrée dans le port.

C. Documents d'entrée

2.10 Norme. A l'entrée d'un navire dans un port, les pouvoirs publics n'exigent pas plus de:

- 5 exemplaires de la déclaration générale
- 4 exemplaires de la déclaration de la cargaison
- 4 exemplaires de la déclaration des provisions de bord

den, so kann eine Person auf Auslandsfahrt bei der Ankunft aufgefordert werden, schriftlich eine Anschrift am Zielort anzugeben.

2.7.3 Empfehlung. In der Fahrgastliste sollen die öffentlichen Behörden keine anderen als die folgenden Angaben verlangen:

- Name und Staatszugehörigkeit des Schiffes
- Zuname
- Vornamen
- Staatsangehörigkeit
- Geburtsdatum
- Geburtsort
- Einschiffungshafen
- Ausschiffungshafen
- Einlaufhafen und -datum des Schiffes.

2.7.4 Empfehlung. Eine von Schiffsfahrtslinien zum eigenen Gebrauch zusammengestellte Liste soll statt der Fahrgastliste entgegengenommen werden, sofern sie mindestens die in Empfehlung 2.7.3 vorgesehenen Angaben enthält und gemäß Norm 2.7.5 datiert und unterschrieben ist.

2.7.5 Norm. Die öffentlichen Behörden erkennen eine Fahrgastliste an, die vom Kapitän, dem Schiffsagenten oder einer anderen vom Kapitän gehörig befugten Person datiert und unterschrieben ist.

2.7.6 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen sicherstellen, daß ihnen die Reeder beim Einlaufen die Anwesenheit jedes an Bord entdeckten blinden Passagiers mitteilen.

2.8 Norm. Die öffentlichen Behörden verlangen beim Ein- oder Auslaufen des Schiffes bezüglich der Postsachen nur die im Weltpostvertrag vorgeschriebenen schriftlichen Erklärungen.

2.9 Norm. Die Seegesundheitsklärung ist das grundlegende Dokument, das die von den Hafengesundheitsbehörden benötigten Angaben über den Gesundheitszustand an Bord eines Schiffes während der Reise und beim Einlaufen in den Hafen enthält.

C. Dokumente beim Einlaufen

2.10 Norm. Beim Einlaufen eines Schiffes in den Hafen verlangen die öffentlichen Behörden nicht mehr als

- 5 Ausfertigungen der Allgemeinen Erklärung
- 4 Ausfertigungen der Fracht-erklärung
- 4 Ausfertigungen der Erklärung über die Schiffsvorräte

- 2 copies of the Crew's Effects Declaration
- 4 copies of the Crew List
- 4 copies of the Passenger List
- 1 copy of the Maritime Declaration of Health.

D. Documents on Departure

2.11 **Standard.** In respect of a ship's departure from port, public authorities shall not require more than:

- 5 copies of the General Declaration
- 4 copies of the Cargo Declaration
- 3 copies of the Ship's Stores Declaration
- 2 copies of the Crew List
- 2 copies of the Passenger List.

2.11.1 **Recommended Practice.** A new Cargo Declaration should not be required on departure from a port in respect of cargo which has been the subject of a declaration on arrival in that port and which has remained on board.

2.11.2 **Recommended Practice.** A separate Ship's Stores Declaration on departure should not be required in respect of ship's stores which have been the subject of a declaration on arrival, nor in respect of stores shipped in the port and covered by another customs document presented in that port.

2.11.3 **Standard.** Where public authorities require information about the crew of a ship on its departure, a copy of the Crew List, presented on arrival, shall be accepted on departure if signed again and endorsed to indicate any change in the number or composition of the crew or to indicate that no such change has occurred.

E. Measures to Facilitate Clearance of Cargo Passengers, Crew and Baggage

2.12 **Recommended Practice.** Public authorities should, with the co-operation of shipowners and port administrations, take appropriate measures to the end that port time may be kept to a minimum and should provide satisfactory port traffic flow arrangements, should frequently review all procedures in connexion with the arrival and departure of ships includ-

- 2 exemplaires de la déclaration des effets et marchandises de l'équipage
- 4 exemplaires de la liste de l'équipage
- 4 exemplaires de la liste des passagers
- 1 exemplaire de la déclaration maritime de santé.

D. Documents de sortie

2.11 **Norme.** Au départ du navire, les pouvoirs publics n'exigent pas plus de:

- 5 exemplaires de la déclaration générale
- 4 exemplaires de la déclaration de la cargaison
- 3 exemplaires de la déclaration des provisions de bord
- 2 exemplaires de la liste de l'équipage
- 2 exemplaires de la liste des passagers.

2.11.1 **Pratique recommandée.** Une nouvelle déclaration de la cargaison ne devrait pas être exigée à la sortie en ce qui concerne la cargaison qui a fait l'objet d'une déclaration à l'entrée dans le même port et qui est demeurée à bord.

2.11.2 **Pratique recommandée.** Les pouvoirs publics ne devraient exiger de déclaration séparée de provisions de bord ni pour les provisions qui ont fait l'objet d'une déclaration à l'arrivée, ni pour les provisions embarquées dans le port et couvertes par un autre document douanier présenté dans ce port.

2.11.3 **Norme.** Lorsque les pouvoirs publics demandent des renseignements concernant l'équipage d'un navire à la sortie, l'exemplaire de la liste de l'équipage présenté à l'arrivée est accepté à la sortie s'il est à nouveau signé et fait état de toute modification apportée au nombre ou à la composition de l'équipage, ou précise qu'aucune modification n'a été apportée.

E. Mesures visant à faciliter le déroulement des formalités concernant la cargaison, les passagers, l'équipage et les bagages

2.12 **Pratique recommandée.** Les pouvoirs publics devraient, avec le concours des armateurs et des administrations portuaires, veiller à ce que la durée d'immobilisation au port soit réduite au strict minimum et, à cette fin, prévoir des dispositions satisfaisantes pour le déroulement des diverses opérations. Ils devraient en outre réexaminer fréquemment toutes les

- 2 Ausfertigungen der Erklärung über die persönliche Habe der Besatzung
- 4 Ausfertigungen der Besatzungsliste
- 4 Ausfertigungen der Fahrgastliste
- eine Ausfertigung der Seegesundheitserklärung.

D. Dokumente beim Auslaufen

2.11 **Norm.** Beim Auslaufen eines Schiffes aus dem Hafen verlangen die öffentlichen Behörden nicht mehr als:

- 5 Ausfertigungen der Allgemeinen Erklärung
- 4 Ausfertigungen der Fracht-erklärung
- 3 Ausfertigungen der Erklärung über die Schiffsvorräte
- 2 Ausfertigungen der Besatzungsliste
- 2 Ausfertigungen der Fahrgastliste.

2.11.1 **Empfehlung.** Für Ladung, für die beim Einlaufen in einen Hafen eine Erklärung abgegeben wurde und die an Bord verblieben ist, soll beim Auslaufen aus demselben Hafen keine neue Frachterklärung verlangt werden.

2.11.2 **Empfehlung.** Für Schiffsvorräte, für die beim Einlaufen eine Erklärung abgegeben wurde oder die im Hafen an Bord genommen wurden und Gegenstand eines anderen, in dem betreffenden Hafen vorgelegten Zolldokuments waren, soll beim Auslaufen keine gesonderte Erklärung über die Schiffsvorräte verlangt werden.

2.11.3 **Norm.** Wenn die öffentlichen Behörden beim Auslaufen eines Schiffes Angaben über seine Besatzung verlangen, wird eine Abschrift der beim Einlaufen vorgelegten Besatzungsliste auch beim Auslaufen entgegengenommen, sofern sie erneut unterschrieben und mit einem Vermerk über etwaige Änderungen in der Zahl oder Zusammensetzung der Besatzung oder über das Fehlen derartiger Veränderungen versehen wurde.

E. Maßnahmen zur Erleichterung der Abfertigung von Ladung, Fahrgästen, Besatzung und Gepäck

2.12 **Empfehlung.** Die öffentlichen Behörden sollen mit Unterstützung der Reeder und der Hafenverwaltungen geeignete Maßnahmen treffen, um die Liegezeit im Hafen so kurz wie möglich zu halten; sie sollen zu diesem Zweck Vorkehrungen für einen befriedigenden Ablauf des Hafenbetriebs treffen und alle Verfahren im Zusammenhang mit dem Ein- und Auslaufen

ing arrangements for embarkation and disembarkation, loading and unloading, servicing and the like. They should also make arrangements whereby cargo ships and their loads can be entered and cleared, in so far as may be practicable, at the ship's working area.

2.12.1 Recommended Practice. Public authorities should, with the co-operation of shipowners and port administrations, take appropriate measures to the end that satisfactory port traffic flow arrangements are provided so that handling and clearance procedures for cargo will be smooth and uncomplicated. These arrangements should cover all phases from the time the ship arrives at the dock for unloading and customs clearance and for warehousing and re-forwarding of the cargo if required. There should be convenient and direct access between the cargo warehouse and the customs area, both of which should be located close to the dock area, and mechanical conveyance systems should be available where possible.

F. Consecutive Calls at Two or More Ports in the Same State

2.13 Recommended Practice. Taking into account the procedures carried out on the arrival of a ship at the first port of call in the territory of a State, the formalities and documents required by the public authorities at any subsequent port of call in that country visited without intermediate call at a port in another country should be kept to a minimum.

G. Completion of Documents

2.14 Recommended Practice. Public authorities should as far as possible accept the documents provided for in this Annex except as regards Standard 3.7 irrespective of the language in which the required information is furnished thereon, provided that they may require a written or oral translation into one of the official languages of their country or of the Organization when they deem it necessary.

2.15 Standard. Typewriting shall not be required in completing documents provided for in this section. Entries handwritten in ink or indelible pencil shall be accepted when legible.

mesures relatives à l'entrée et à la sortie des navires y compris les dispositions concernant notamment l'embarquement, le débarquement, le chargement, le déchargement et l'entretien courant. Ils devraient prendre des dispositions pour que les formalités d'entrée et de sortie des navires de charge et de leur cargaison puissent s'effectuer dans la mesure du possible dans la zone de chargement et de déchargement.

2.12.1 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient, avec le concours des armateurs et des administrations portuaires, veiller à ce que des dispositions satisfaisantes pour le déroulement des diverses opérations soient prises en vue de simplifier et de faciliter la manutention et les formalités de dédouanement des marchandises. Ces dispositions devraient porter sur toutes les opérations à partir de l'arrivée du navire à quai: déchargement, dédouanement et, s'il y a lieu, entreposage ou réexpédition. Un accès commode et direct devrait être aménagé entre le magasin de marchandises et la zone des douanes, qu'il convient de situer l'un et l'autre à proximité des quais, et des appareils d'acheminement devraient être mis en place partout où cela est possible.

F. Escales successives dans deux ou plusieurs ports d'un même Etat

2.13 Pratique recommandée. Compte tenu des formalités effectuées à l'entrée d'un navire dans le premier port d'escale sur le territoire d'un Etat, les formalités et documents exigés par les pouvoirs publics à toute escale ultérieure dans ce pays, faite sans escale intermédiaire dans un autre pays, devraient être réduites à un minimum.

G. Etablissement des documents

2.14 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient, dans toute la mesure possible, accepter les documents visés à la présente Annexe, exception faite de ceux visés à la norme 3.7, quelle que soit la langue dans laquelle les renseignements sont fournis, étant entendu qu'une traduction écrite ou orale dans une des langues officielles de leur pays ou de l'Organisation peut être exigée lorsque les pouvoirs publics l'estiment nécessaire.

2.15 Norme. Les pouvoirs publics n'exigent pas que les documents visés au présent chapitre soient dactylographiés. Les mentions manuscrites, à l'encre ou au crayon indélébile, sont acceptées si elles sont lisibles.

von Schiffen einschließlich der Vorkehrungen für die Ein- und Ausschiffung, das Laden und Löschen, die Dienste für laufende Unterhaltung usw. häufig überprüfen. Sie sollen ferner dafür sorgen, daß Frachtschiffe und ihre Ladung nach Möglichkeit im Lade- und Löschbereich angemeldet und abgefertigt werden können.

2.12.1 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen mit Unterstützung der Reeder und Hafenverwaltungen geeignete Maßnahmen treffen, um einen befriedigenden Ablauf des Hafenbetriebs zu gewährleisten, damit die Umschlags- und Abfertigerfahren für die Ladung reibungslos und vereinfacht vonstatten gehen. Diese Vorkehrungen sollen alle Arbeitsgänge nach dem Anlegen des Schiffes am Kai zwecks Löschen und Zollabfertigung und nötigenfalls zwecks Lagerung und Weitertransport der Ladung umfassen. Es soll einen geeigneten, direkten Verbindungsweg zwischen dem Lagerhaus und dem Zollbereich geben, die beide in der Nähe des Kais liegen sollen, und es sollen nach Möglichkeit automatische Transportvorrichtungen vorhanden sein.

F. Aufeinanderfolgendes Anlaufen von zwei oder mehr Häfen in demselben Staat

2.13 Empfehlung. Unter Berücksichtigung der beim Einlaufen eines Schiffes in den ersten Anlaufhafen im Hoheitsgebiet eines Staates erfüllten Förmlichkeiten sollen die öffentlichen Behörden in jedem weiteren in dem betreffenden Staat gelegenen Hafen, der ohne Zwischenanlaufen eines Hafens in einem anderen Staat angefahren wird, ihre Förmlichkeiten und Dokumentenerfordernisse auf ein Mindestmaß beschränken.

G. Ausfüllen von Dokumenten

2.14 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen nach Möglichkeit die in dieser Anlage -- mit Ausnahme der Norm 3.7 -- vorgesehenen Dokumente ohne Rücksicht darauf anerkennen, in welcher Sprache die darin enthaltenen Angaben wiedergegeben sind; jedoch können sie, wenn sie es für erforderlich halten, eine schriftliche oder mündliche Übersetzung in eine der Amtssprachen ihres Staates oder der Organisation verlangen.

2.15 Norm. Die in diesem Abschnitt vorgesehenen Dokumente brauchen nicht in Maschinschrift ausgefüllt zu werden. Handschriftliche Eintragungen in Tinte oder Kopierstift werden anerkannt, sofern sie leserlich sind.

2.16 Standard. Public authorities of the country of any intended port of arrival, discharge, or transit shall not require any document relating to the ship, its cargo, stores, passengers or crew, as mentioned in this section, to be legalized, verified, authenticated, or previously dealt with by any of their representatives abroad. This shall not be deemed to preclude a requirement for the presentation of a passport or other identity document of a passenger or crew member for visa or similar purposes.

2.16 Norme. Les pouvoirs publics du port d'entrée, de déchargement ou de transit n'exigent pas que l'un quelconque des documents relatifs au navire, à la cargaison, aux provisions de bord, aux passagers ou à l'équipage, visés dans le présent chapitre, soit légalisé, contrôlé ou authentifié par l'un de leurs représentants à l'étranger ou qu'il lui soit soumis au préalable. Cette disposition ne signifie nullement qu'il leur est interdit de demander que le passeport ou une autre pièce d'identité d'un passager ou d'un membre de l'équipage leur soit présenté aux fins de visa ou à d'autres fins analogues.

2.16 Norm. Die öffentlichen Behörden des Staates, in dem sich ein in Aussicht genomener Anlauf-, Entlade- oder Durchgangshafen befindet, verlangen nicht, daß ein in diesem Abschnitt genanntes und das Schiff, seine Ladung, die Vorräte, die Fahrgäste oder die Besatzung betreffendes Dokument von einem ihrer Vertreter im Ausland legalisiert, nachgeprüft, beglaubigt oder auf andere Weise vorher bearbeitet wird. Dies schließt nicht aus, daß der Reisepaß oder ein anderes Identitätsdokument eines Fahrgastes oder Besatzungsmitglieds für Sichtvermerks- oder ähnliche Zwecke vorzulegen ist.

Section 3

Arrival and Departure of Persons

This section contains the provisions concerning the formalities required by public authorities from crew and passengers on the arrival or departure of a ship.

A. Arrival and Departure Requirements and Procedures

3.1 Standard. A valid passport shall be the basic document providing public authorities with information relating to the individual passenger on arrival or departure of a ship.

3.1.1 Recommended Practice. Contracting Governments should as far as possible agree, by bilateral or multilateral agreements, to accept official documents of identity in lieu of passports.

3.2 Recommended Practice. Public authorities should make arrangements whereby passports, or official documents of identity accepted in their place, from ship's passengers need be inspected by the immigration authorities only once at the time of arrival and once at the time of departure. In addition, these passports or official documents of identity may be required to be produced for the purpose of verification or identification in connexion with customs and other formalities on arrival and departure.

3.3 Recommended Practice. After individual presentation of passports or official documents of identity accepted in their place, public authorities should hand back such documents immediately after examination rather than withholding them for the purpose of obtaining additional control, unless there is some obstacle to the admission of a passenger to the territory.

3.4 Recommended Practice. Public authorities should not require from em-

Chapitre 3

Arrivée et départ des personnes

Ce chapitre concerne les dispositions relatives aux formalités exigées par les pouvoirs publics en ce qui concerne l'équipage et les passagers à l'entrée ou à la sortie d'un navire.

A. Conditions et formalités d'arrivée et de départ

3.1 Norme. Un passeport en cours de validité constitue le document de base fournissant aux pouvoirs publics, à l'entrée ou à la sortie d'un navire, les renseignements concernant le passager.

3.1.1 Pratique recommandée. Les Gouvernements contractants devraient, autant que possible, convenir, par voie d'accord bilatéral ou multilatéral, d'accepter des pièces officielles d'identité en lieu et place de passeports.

3.2 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient prendre des dispositions en vertu desquelles les passeports des passagers, ou autres pièces officielles d'identité en tenant lieu, ne seraient contrôlés qu'une fois par les autorités d'immigration, à l'arrivée comme au départ. La présentation des passeports ou d'autres pièces officielles d'identité en tenant lieu pourra, en outre, être demandée aux fins de contrôle ou d'identification dans le cadre des formalités de douane ou d'autres formalités, à l'arrivée et au départ.

3.3 Pratique recommandée. Après la présentation des passeports ou pièces officielles d'identité en tenant lieu, les pouvoirs publics devraient, immédiatement après vérification, restituer ces documents et non les détenir à des fins de contrôle supplémentaire, sauf si un obstacle quelconque s'oppose à l'admission d'un passager sur le territoire.

3.4 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics ne devraient pas exiger

Abschnitt 3

Ein- und Ausreise von Personen

Dieser Abschnitt enthält die Bestimmungen über die Förmlichkeiten, welche die öffentlichen Behörden von Besatzung und Fahrgästen beim Ein- oder Auslaufen eines Schiffes verlangen.

A. Erfordernisse und Verfahren beim Einlaufen und Auslaufen

3.1 Norm. Ein gültiger Reisepaß ist das grundlegende Dokument, das den öffentlichen Behörden beim Ein- oder Auslaufen eines Schiffes Angaben über die einzelnen Fahrgäste vermittelt.

3.1.1 Empfehlung. Die Vertragsregierungen sollen soweit wie möglich durch zwei- oder mehrseitige Übereinkünfte vereinbaren, daß amtliche Identitätsdokumente an Stelle von Reisepässen anerkannt werden.

3.2 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen dafür sorgen, daß die Reisepässe oder die statt ihrer entgegengenommenen amtlichen Identitätsdokumente der Fahrgäste eines Schiffes von den mit der Paßnachschau beauftragten Behörden bei der Ein- und bei der Ausreise nur je einmal geprüft werden. Außerdem kann die Vorlage dieser Reisepässe oder amtlichen Identitätsdokumente für Kontrollzwecke oder zur Feststellung der Personengleichheit im Zusammenhang mit Zoll- und sonstigen Förmlichkeiten bei der Ein- und Ausreise verlangt werden.

3.3 Empfehlung. Nach Vorlage der einzelnen Reisepässe oder der an ihrer Stelle anerkannten amtlichen Identitätsdokumente sollen die öffentlichen Behörden diese sofort nach Prüfung zurückgeben und nicht für eine zusätzliche Kontrolle zurückhalten, sofern nicht der Zulassung des Fahrgastes in das betreffende Hoheitsgebiet ein Hindernisgrund entgegensteht.

3.4 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen von den sich ein- oder

barking or disembarking passengers, or from shipowners on their behalf, any information in writing supplementary to or repeating that already presented in their passports or official documents of identity, other than as necessary to complete any documents provided for in this Annex.

3.5 Recommended Practice. Public authorities which require written supplementary information other than as necessary to complete any documents provided for in this Annex, from embarking or disembarking passengers, should limit requirements for further identification of passengers to the items set forth in Recommended Practice 3.6 (Embarkation/Disembarkation Card). Public authorities should accept the Embarkation/Disembarkation Card when completed by the passenger and should not require that it be completed or checked by the shipowner. Legible handwritten script should be accepted on the card, except where the form specifies block lettering. One copy only of the Embarkation/Disembarkation Card, which may include one or more simultaneously prepared carbon copies, should be required from each passenger.

3.6 Recommended Practice. In the Embarkation/Disembarkation Card public authorities should not require more than the following information:

- Family name
- Given names
- Nationality
- Number of passport or other official identity document
- Date of birth
- Place of birth
- Occupation
- Port of embarkation/disembarkation
- Sex
- Destination address
- Signature.

3.7 Standard. In cases where evidence of protection against cholera, yellow fever or smallpox is required from persons on board a ship, public authorities shall accept the International Certificate of Vaccination or Re-Vaccination in the forms provided for in the International Sanitary Regulations.

3.8 Recommended Practice. Medical examination of persons on board or of persons disembarking from ships should normally be limited to those persons arriving from an area infected with one of the quarantinable diseases within

des passagers à l'embarquement ou au débarquement, ou des armateurs agissant en leur nom, de renseignements écrits autres que ceux figurant dans leurs passeports ou pièces officielles d'identité, ou faisant double emploi avec celles-ci, à moins qu'ils ne soient destinés à compléter les documents visés à la présente Annexe.

3.5 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics qui exigent des passagers, à l'embarquement ou au débarquement, des renseignements supplémentaires par écrit qui ne sont pas destinés à compléter les documents visés à la présente Annexe, devraient limiter leurs questions aux fins d'une plus ample identification des passagers aux mentions énumérées dans la pratique recommandée 3.6 (carte d'embarquement ou de débarquement). Lesdits pouvoirs publics devraient accepter la carte d'embarquement ou de débarquement remplie par le passager sans exiger que cette carte soit remplie ou contrôlée par l'armateur. La carte devrait être remplie en écriture cursive, lisiblement, sauf si le formulaire spécifie des caractères d'imprimerie.

Il ne devrait être exigé de chaque passager qu'un exemplaire de la carte d'embarquement ou de débarquement, y compris, le cas échéant, des copies obtenues par duplication.

3.6 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics ne devraient pas exiger pour la carte d'embarquement ou de débarquement, d'autres renseignements que les suivants:

- nom de famille
- prénoms
- nationalité
- numéro du passeport ou autre pièce officielle d'identité
- date de naissance
- lieu de naissance
- profession
- port d'embarquement ou de débarquement
- sexe
- adresse au lieu de destination
- signature.

3.7 Norme. Dans le cas où les personnes se trouvant à bord doivent faire la preuve qu'elles sont protégées contre le choléra, la fièvre jaune ou la variole, les pouvoirs publics acceptent le certificat international de vaccination ou de revaccination dans les formes prévues par le Règlement sanitaire international.

3.8 Pratique recommandée. L'examen médical des personnes qui se trouvent à bord d'un navire ou qui en débarquent devrait être, en règle générale, limité à celles qui arrivent d'une région infectée par l'une des maladies

ausschiffenden Fahrgästen oder den in ihrem Namen handelnden Reedern außer den bereits in ihren Reisepässen oder amtlichen Identitätsdokumenten enthaltenen Angaben keine gleichlautenden oder zusätzlichen schriftlichen Angaben verlangen, sofern sie nicht erforderlich sind, um die in dieser Anlage vorgesehenen Dokumente auszufüllen.

3.5 Empfehlung. Öffentliche Behörden, die von den sich ein- oder ausschiffenden Fahrgästen schriftliche Angaben verlangen, die über die erforderlichen Angaben zur Ausfüllung der in dieser Anlage vorgesehenen Dokumente hinausgehen, sollen die der weiteren Identifizierung der Fahrgäste dienende Befragung auf die in Empfehlung 3.6 (Ein-/Ausschiffungskarte) vorgesehenen Punkte beschränken. Die genannten Behörden sollen die von einem Fahrgast ausgefüllte Ein- oder Ausschiffungskarte anerkennen, ohne zu verlangen, daß sie vom Reeder ausgefüllt oder nachgeprüft wird. Leserliche handschriftliche Eintragungen auf der Karte in Kursivschrift sollen zulässig sein, sofern in dem Formblatt nicht Blockschrift vorgeschrieben ist. Von jedem Fahrgast soll nur eine Ausfertigung der Ein- oder Ausschiffungskarte, gegebenenfalls mit einem oder mehreren gleichzeitig angefertigten Durchdrucken, verlangt werden.

3.6 Empfehlung. In der Ein- oder Ausschiffungskarte sollen die öffentlichen Behörden keine anderen als die folgenden Angaben verlangen:

- Zuname
- Vornamen
- Staatsangehörigkeit
- Nummer des Reisepasses oder sonstigen amtlichen Identitätsdokuments
- Geburtsdatum
- Geburtsort
- Beruf
- Ein- bzw. Ausschiffungshafen
- Geschlecht
- Anschrift am Zielort
- Unterschrift

3.7 Norm. Wird von Personen an Bord eines Schiffes ein Nachweis über den Schutz gegen Cholera, Gelbfieber oder Pocken verlangt, so erkennen die öffentlichen Behörden die Internationale Bescheinigung über Impfung oder Wiederimpfung in der in den Internationalen Gesundheitsvorschriften vorgesehenen Form an.

3.8 Empfehlung. Eine ärztliche Untersuchung der Personen, die sich an Bord befinden oder die ausgeschifft werden, soll in der Regel auf diejenigen Personen beschränkt bleiben, die während der Inkubationszeit einer

the incubation period of the disease concerned (as stated in the International Sanitary Regulations). Additional medical examination may, however, be required in accordance with the International Sanitary Regulations.

3.9 Recommended Practice. Public authorities should normally perform customs inspection of inbound passengers' accompanied baggage on a sampling or selective basis. Written declarations in respect of passengers' accompanied baggage should be dispensed with as far as possible.

3.9.1 Recommended Practice. Public authorities should, wherever possible, waive inspection of accompanied baggage of departing passengers.

3.9.2 Recommended Practice. Where inspection of accompanied baggage of departing passengers cannot be waived completely, such inspection should normally be performed on a sampling or selective basis.

3.10 Standard. A valid seafarer's identity document or a passport shall be the basic document providing public authorities with information relating to the individual member of the crew on arrival or departure of a ship.

3.10.1 Standard. In the seafarer's identity document, public authorities shall not require more than the following information:

- Family name
- Given names
- Date and place of birth
- Nationality
- Physical characteristics
- Photograph (authenticated)
- Signature
- Date of expiry (if any)
- Issuing public authority.

3.10.2 Standard. When it is necessary for a seafarer to enter or leave a country as a passenger by any means of transportation for the purpose of:

- a) joining his ship or transferring to another ship,
- b) passing in transit to join his ship in another country, or for repatriation, or for any other purpose approved by the authorities of the country concerned,

public authorities shall accept from that seafarer in place of a passport the valid seafarer's identity document, when this document guarantees the read-

quaranténaires, au cours de la période d'incubation de la maladie en cause (comme il est prévu dans le Règlement sanitaire international). Néanmoins, toutes ces personnes peuvent être soumises à un examen médical supplémentaire, conformément aux dispositions du Règlement sanitaire international.

3.9 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics ne devraient normalement opérer de contrôle douanier des bagages accompagnés des passagers, à l'entrée, que par sondage ou contrôle sélectif. Il ne devrait, autant que possible, pas être exigé de déclaration écrite pour les bagages accompagnés des passagers.

3.9.1 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient, chaque fois qu'il est possible, supprimer les formalités de contrôle des bagages accompagnés des passagers au départ.

3.9.2 Pratique recommandée. Lorsque le contrôle des bagages accompagnés d'un passager, à la sortie, ne peut être entièrement évité, ce contrôle devrait normalement être limité à un sondage ou à un contrôle sélectif.

3.10 Norme. Une pièce d'identité des gens de mer en cours de validité ou un passeport constitue le document de base fournissant aux pouvoirs publics, à l'entrée ou à la sortie d'un navire, des renseignements sur chacun des membres de l'équipage.

3.10.1 Norme. Dans la pièce d'identité des gens de mer, les pouvoirs publics n'exigent pas d'autres renseignements que les suivants:

- nom de famille
- prénoms
- date et lieu de naissance
- nationalité
- signalement
- photographie d'identité (certifiée)
- signature
- date d'expiration (le cas échéant)
- autorité publique ayant délivré le document.

3.10.2 Norme. Lorsqu'un marin doit se rendre dans un pays ou le quitter en qualité de passager, par un moyen quelconque de transport:

- a) pour rejoindre son navire ou gagner un autre navire,
- b) pour passer en transit, afin de rejoindre son navire dans un autre pays, ou retourner dans son pays, ou pour toute autre fin approuvée par les autorités du pays en question,

les pouvoirs publics acceptent la pièce d'identité des gens de mer en cours de validité, au lieu d'un passeport, lorsque celle-ci donne la garantie que

quarantänepflichtigen Krankheit aus einem Infektionsgebiet der betreffenden Krankheit kommen (wie dies in den Internationalen Gesundheitsvorschriften vorgesehen ist). Jedoch kann in Übereinstimmung mit den Internationalen Gesundheitsvorschriften eine zusätzliche ärztliche Untersuchung verlangt werden.

3.9 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen in der Regel die Zollabfertigung des Reisegepäcks von Fahrgästen bei der Einreise in Form von Stichproben oder nach Auswahl vornehmen. Auf schriftliche Erklärungen über das Reisegepäck der Fahrgäste soll nach Möglichkeit verzichtet werden.

3.9.1 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen nach Möglichkeit auf eine Untersuchung des Reisegepäcks ausreisender Fahrgäste verzichten.

3.9.2 Empfehlung. Kann auf eine Untersuchung des Reisegepäcks ausreisender Fahrgäste nicht völlig verzichtet werden, so soll sie in der Regel in Form von Stichproben oder nach Auswahl erfolgen.

3.10 Norm. Ein gültiger Seemannsausweis oder ein Reisepaß sind die grundlegenden Dokumente, die den öffentlichen Behörden beim Ein- oder Auslaufen eines Schiffes Auskünfte über die einzelnen Besatzungsmitglieder vermitteln.

3.10.1 Norm. In einem Seemannsausweis verlangen die öffentlichen Behörden keine anderen als die folgenden Angaben:

- Zuname
- Vornamen
- Geburtsdatum und -ort
- Staatsangehörigkeit
- Personenbeschreibung
- Lichtbild (beglaubigt)
- Unterschrift
- (gegebenenfalls) Verfallsdatum
- ausstellende Behörde

3.10.2 Norm. Muß ein Seemann einen Staat als Fahrgast mit einem Verkehrsmittel betreten oder verlassen,

- a) um sich zu seinem Schiff oder auf ein anderes Schiff zu begeben,
- b) um durchzureisen mit dem Ziel, sich in einem anderen Staat zu seinem Schiff zu begeben, oder zwecks Heimschaffung oder zu einem anderen von den Behörden des betreffenden Staates anerkannten Zweck,

so erkennen die öffentlichen Behörden von diesem Seemann statt eines Reisepasses einen gültigen Seemannsausweis an, wenn dieser die Wiederein-

mission of the bearer to the country which issued the document.

3.10.3 Recommended Practice. Public authorities should not normally require presentation of individual identity documents or of information supplementing the seafarer's identity document in respect of members of the crew other than that given in the Crew List.

B. Measures to Facilitate Clearance of Cargo, Passengers, Crew and Baggage

3.11 Recommended Practice. Public authorities should, with the co-operation of shipowners and port administrations, take appropriate measures to the end that satisfactory port traffic flow arrangements may be provided so that passengers, crew and baggage can be cleared rapidly, should provide adequate personnel, and should ensure that adequate installations are provided, particular attention being paid to baggage loading, unloading and conveyance arrangements (including the use of mechanized systems) and to points where passenger delays are frequently found to occur. Arrangements should be made, when necessary, for passage under shelter between the ship and the point where the passenger and crew check is to be made.

3.11.1 Recommended Practice. Public authorities should:

- (a) in co-operation with shipowners and port administrations introduce suitable arrangements, such as:
- (i) an individual and continuous method of processing passengers and baggage;
 - (ii) a system which would permit passengers readily to identify and obtain their checked baggage as soon as it is placed in an area where it may be claimed;
- (b) ensure that port administrations take all necessary measures so that:
- (i) easy and speedy access for passengers and their baggage to and from local transport is provided;
 - (ii) if crews are required to report to premises for governmental purposes, those premises should be readily accessible, and as close to one another as practicable.

son titulaire sera réadmis dans le pays qui l'a délivrée.

3.10.3 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient normalement ne pas exiger des membres de l'équipage de papiers individuels d'identité ni de renseignements autres que ceux qui figurent sur la liste de l'équipage, pour compléter la pièce d'identité des gens de mer.

B. Mesures visant à faciliter le déroulement des formalités concernant la cargaison, les passagers, l'équipage et les bagages

3.11 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient, avec le concours des armateurs et des administrations portuaires, prendre toutes dispositions pour accélérer les formalités, tant pour les passagers que pour l'équipage et les bagages, et prévoir à cet effet un personnel et des installations suffisants, en veillant particulièrement aux dispositifs de chargement, de déchargement et d'acheminement des bagages (y compris l'utilisation de systèmes mécanisés), de même qu'aux points où les passagers risquent le plus d'être retardés. Des dispositions devraient être prises afin de permettre, au besoin, une circulation à l'abri entre le navire et le poste de contrôle des passagers ou de l'équipage.

3.11.1 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient:

- a) avec le concours des armateurs et des administrations portuaires, adopter les mesures nécessaires telles que:
- i) méthodes d'acheminement individuel et continu des passagers et des bagages;
 - ii) système permettant aux passagers d'identifier et de retirer rapidement leurs bagages enregistrés dès que ceux-ci sont déposés aux emplacements où ils peuvent être réclamés;
- b) veiller à ce que les administrations portuaires prennent toutes dispositions:
- i) pour que soient facilités, à l'intention des passagers et de leurs bagages, les accès aux moyens de transport locaux;
 - ii) pour que les locaux dans lesquels l'équipage pourrait être appelé à se rendre en vue des divers contrôles soient aisément accessibles et aussi proches que possible les uns des autres.

reise des Inhabers in den Staat, der den Ausweis ausgestellt hat, gewährleistet.

3.10.3 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen in der Regel von Besatzungsmitgliedern weder Einzel-Identitätsdokumente noch andere als die in der Besatzungsliste enthaltenen Angaben zur Ergänzung des Seemannsausweises verlangen.

B. Maßnahmen zur Erleichterung der Abfertigung von Ladung, Fahrgästen, Besatzung und Gepäck

3.11 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen mit Unterstützung der Reeder und der Hafenverwaltungen geeignete Maßnahmen treffen, um für einen befriedigenden Ablauf des Hafenbetriebs zu sorgen, damit Fahrgäste, Besatzung und Gepäck schnell abgefertigt werden können; sie sollen für genügend Personal und zureichende Einrichtungen sorgen, wobei insbesondere auf Gepäcklade-, -entlade- und -beförderungsvorrichtungen (einschließlich automatischer Vorrichtungen) und auf die Punkte zu achten ist, an denen sich häufig Verzögerungen für die Fahrgäste ergeben. Nötigenfalls soll dafür gesorgt werden, daß zwischen dem Schiff und dem Abfertigungsplatz für Fahrgäste und Besatzung ein überdachter Verbindungsgang vorhanden ist.

3.11.1 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen

- a) mit Unterstützung der Reeder und der Hafenverwaltungen geeignete Vorkehrungen treffen wie beispielsweise
- i) Einführung eines besonderen und zügigen Verfahrens zur Abfertigung von Fahrgästen und Gepäck;
 - ii) Einführung eines Verfahrens, durch das die Fahrgäste ihr aufgegebenes Gepäck schnell erkennen und zurückerhalten können, sobald es sich an einem Ort befindet, wo es abgeholt werden kann;
- b) dafür sorgen, daß die Hafenverwaltungen alle erforderlichen Maßnahmen treffen,
- i) damit die Fahrgäste und ihr Gepäck leicht und schnell zu den örtlichen Verkehrsmitteln gelangen können;
 - ii) damit, wenn die Besatzung sich für Kontrollzwecke an bestimmten Stellen melden muß, diese leicht erreichbar sind und möglichst nahe beieinander liegen.

3.12 Recommended Practice. Public authorities should require that shipowners ensure that ship's personnel take all appropriate measures which will help expedite arrival procedures for passengers and crew. These measures may include:

- (a) furnishing public authorities concerned with an advance message giving the best estimated time of arrival, followed by information as to any change in time, and stating the itinerary of the voyage where this may affect inspection requirements;
- (b) having ship's documents ready for prompt review;
- (c) providing for ladders or other means of boarding to be rigged while the ship is en route to berth or anchorage;
- (d) providing for prompt, orderly assembling and presentation of persons on board, with necessary documents, for inspection, with attention to arrangements for relieving crew members for this purpose from essential duties in engine rooms and elsewhere.

3.13 Recommended Practice. The practice of entering names on passenger and crew documents should be to put the family name or names first. Where both paternal and maternal family names are used, the paternal family name should be placed first. Where for married women both the husband's and wife's paternal family names are used, the husband's paternal family name should be placed first.

3.14 Standard. Public authorities shall, without unreasonable delay, accept passengers and crew for examination as to their admission into the State when such examination is required.

3.15 Standard. Public authorities shall not impose any penalty upon shipowners in the event that any control document in possession of a passenger is found by public authorities to be inadequate, or if, for that reason, the passenger is found to be inadmissible to the State.

3.15.1 Recommended Practice. Public authorities should invite shipowners to take all reasonable precautions to the end that passengers hold any control documents required by Contracting Governments.

3.12 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient exiger des armateurs qu'ils veillent à ce que le personnel du navire prenne toutes dispositions pour aider à l'accomplissement rapide des formalités à l'arrivée concernant les passagers et l'équipage. Ces dispositions peuvent consister à:

- a) envoyer aux pouvoirs publics intéressés un message indiquant, à l'avance, l'heure prévue d'arrivée ainsi que les renseignements sur toute modification d'horaire, y compris l'itinéraire du voyage si ce renseignement peut affecter les formalités de contrôle;
- b) tenir prêts les documents de bord pour un examen rapide;
- c) préparer les échelles de coupée et autres moyens d'accostage alors que le navire se rend à quai ou au mouillage;
- d) organiser rapidement le rassemblement en bon ordre et la présentation au contrôle des personnes à bord, munies des documents nécessaires, en libérant notamment les membres de l'équipage de leurs tâches essentielles, dans la salle des machines ou ailleurs.

3.13 Pratique recommandée. Le ou les noms de famille devraient être inscrits en premier sur les documents relatifs aux passagers et à l'équipage; lorsqu'il est fait usage des noms du père et de la mère, le nom du père devrait être inscrit le premier. Lorsque pour les femmes mariées il est fait usage du nom du mari et du nom de la femme, le nom du mari devrait être inscrit le premier.

3.14 Norme. Les pouvoirs publics doivent procéder, sans retard injustifié, au contrôle des passagers et de l'équipage en vue de leur admission sur le territoire de l'Etat, lorsque ce contrôle est exigé.

3.15 Norme. Les pouvoirs publics n'infligent pas de sanctions aux armateurs lorsqu'ils jugent insuffisants les documents présentés par un passager aux fins de contrôle ou lorsqu'un passager ne peut être admis, pour ce motif, sur le territoire de l'Etat.

3.15.1 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient inviter les armateurs à prendre toutes dispositions utiles pour que les passagers soient en possession de tous documents exigés aux fins de contrôle par les Gouvernements contractants.

3.12 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen verlangen, daß die Reeder das Schiffspersonal alle geeigneten Vorkehrungen treffen lassen, um die Eingangskontrolle für Fahrgäste und Besatzung zu beschleunigen. Dazu können folgende Vorkehrungen gehören:

- a) eine vorherige Benachrichtigung der beteiligten öffentlichen Behörden von der möglichst genau geschätzten Ankunftszeit, von etwaigen Zeitverschiebungen und vom Reiseweg, soweit dies die Kontrollmaßnahmen berührt,
- b) die Bereithaltung der Schiffspapiere zur sofortigen Prüfung,
- c) die Bereitstellung von Leitern oder sonstigen Vorrichtungen zum Besteigen des Schiffes, die klagemacht werden, während sich das Schiff dem Liege- oder Ankerplatz nähert,
- d) schnelles und geordnetes Versammeln der an Bord befindlichen Personen mit den erforderlichen Dokumenten zwecks Kontrolle, wobei darauf zu achten ist, daß die Besatzungsmitglieder zu diesem Zweck beim unerläßlichen Dienst im Maschinenraum und anderswo abgelöst werden.

3.13 Empfehlung. Bei der Eintragung von Namen in die Fahrgast- und Besatzungsdokumente sollen der oder die Zunamen an erster Stelle stehen. Werden sowohl der Zuname des Vaters als auch derjenige der Mutter geführt, so soll der Vatersname an erster Stelle stehen. Führt eine Ehefrau sowohl den Vatersnamen des Ehemannes als auch ihren eigenen, so soll der des Ehemannes an erster Stelle stehen.

3.14 Norm. Ist zwecks Einreise in einen Staat eine Kontrolle der Fahrgäste und der Besatzung erforderlich, so nehmen die öffentlichen Behörden diese Kontrolle ohne ungebührliche Verzögerung vor.

3.15 Norm. Die öffentlichen Behörden bestrafen den Reeder nicht, wenn sie ein im Besitz eines Fahrgastes befindliches Kontrolldokument für unzureichend halten oder wenn ein Fahrgast aus diesem Grund nicht in den betreffenden Staat einreisen darf.

3.15.1 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen die Reeder auffordern, alle zweckdienlichen Vorkehrungen zu treffen, damit die Fahrgäste im Besitz aller von den Vertragsregierungen verlangten Kontrolldokumente sind.

Section 4

Public Health and Quarantine
Including Sanitary Measures
for Animals and Plants

4.1 Recommended Practice. Public authorities of a State not Party to the International Sanitary Regulations should endeavour to apply the relevant provisions of these Regulations to international shipping.

4.2 Recommended Practice. Contracting Governments having certain interests in common owing to their health, geographical, social or economic conditions should conclude special arrangements pursuant to Article 104 of the International Sanitary Regulations when such arrangements will facilitate the application of those Regulations.

4.3 Recommended Practice. Where sanitary certificates or similar documents are required in respect of shipments of certain animals, plants or products thereof, such certificates and documents should be simple and widely publicized and Contracting Governments should co-operate with a view to standardizing such requirements.

4.4 Recommended Practice. Public authorities should whenever practicable authorize granting of pratique by radio to a ship when, on the basis of information received from it prior to its arrival, the health authority for the intended port of arrival is of the opinion that its arrival will not result in the introduction or spread of a quarantinable disease. Health authorities should as far as practicable be allowed to join a ship prior to entry of the ship into port.

4.4.1 Recommended Practice. Public authorities should seek the co-operation of shipowners to ensure compliance with any requirement that illness on a ship is to be reported promptly by radio to health authorities for the port for which the ship is destined, in order to facilitate provision for the presence of any special medical personnel and equipment necessary for health procedures on arrival.

4.5 Standard. Public authorities shall make arrangements to enable all travel agencies and others concerned to make available to passengers, sufficiently in advance of departure, lists of the vaccinations required by the public authorities of the countries concerned, as well as vaccination certificate forms conforming to the Inter-

Chapitre 4

Hygiène, services médicaux
et quarantaine, services
vétérinaires et phytosanitaires

4.1 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics d'un Etat qui n'est pas partie au Règlement sanitaire international devraient s'efforcer d'appliquer les dispositions de ce Règlement aux transports maritimes internationaux.

4.2 Pratique recommandée. Les Gouvernements contractants ayant des intérêts communs en raison de leurs conditions sanitaires, géographiques, sociales et économiques devraient conclure des arrangements spéciaux, au titre de l'article 104 du Règlement sanitaire international, dans le cas où de tels arrangements facilitent l'application de ce Règlement.

4.3 Pratique recommandée. Lorsque des certificats sanitaires ou autres documents analogues sont exigés pour l'expédition de certains animaux ou de certaines plantes ou des produits qui en dérivent, ces certificats ou documents devraient être simples et faire l'objet d'une large diffusion; les Gouvernements contractants devraient collaborer en vue de normaliser ces documents.

4.4 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient, chaque fois que cela est possible, accorder la libre pratique par radio à un navire lorsque, compte tenu des renseignements fournis par ce navire avant son entrée dans le port, l'autorité sanitaire du port de destination prévu estime que l'entrée du navire ne risque pas d'introduire ou de répandre une maladie quarantenaire. Les autorités sanitaires devraient, autant que possible, être autorisées à monter à bord avant l'entrée du navire dans le port.

4.4.1 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient s'efforcer d'obtenir la coopération des armateurs pour qu'ils se conforment à toute demande selon laquelle une maladie à bord d'un navire doit être signalée sans délai par radio à l'autorité sanitaire du port de destination du navire afin de faciliter l'envoi du personnel médical spécialisé et du matériel nécessaires pour les formalités sanitaires à l'arrivée.

4.5 Norme. Les pouvoirs publics doivent prendre des dispositions pour que toutes les agences de voyage ou autres organismes puissent fournir aux passagers, suffisamment à l'avance, la liste des vaccinations exigées par les pouvoirs publics des pays en cause, ainsi que des formules de certificats de vaccination conformes au Règle-

Abschnitt 4

Gesundheits- und Quarantäne-
vorschriften einschließlich
der Gesundheitsmaßnahmen
bei Tieren und Pflanzen

4.1 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden eines Staates, der nicht Vertragspartei der Internationalen Gesundheitsvorschriften ist, sollen sich bemühen, die einschlägigen Bestimmungen dieser Vorschriften auf die internationale Schifffahrt anzuwenden.

4.2 Empfehlung. Vertragsregierungen, die infolge ihrer gesundheitlichen, geographischen, sozialen oder wirtschaftlichen Bedingungen gewisse gemeinsame Interessen haben, sollen gemäß Artikel 104 der Internationalen Gesundheitsvorschriften besondere Vereinbarungen treffen, wenn diese die Anwendung dieser Vorschriften erleichtern.

4.3 Empfehlung. Sind Gesundheitsbescheinigungen oder ähnliche Dokumente für die Beförderung bestimmter Tiere, Pflanzen, tierischer oder pflanzlicher Erzeugnisse erforderlich, so sollen diese Dokumente einfach und allgemein bekannt sein, und die Vertragsregierungen sollen zwecks Vereinheitlichung derselben zusammenarbeiten.

4.4 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen nach Möglichkeit einem Schiff die Erlaubnis zum Einlaufen auf dem Funkweg erteilen, wenn die Gesundheitsbehörde des vorgesehenen Anlaufhafens auf Grund der vor der Ankunft erhaltenen Auskünfte der Ansicht ist, daß durch das Einlaufen keine quarantänepflichtigen Krankheiten eingeschleppt oder verbreitet werden. Die Gesundheitsbehörden sollen nach Möglichkeit ein Schiff vor dem Einlaufen in den Hafen betreten dürfen.

4.4.1 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen die Reeder um Unterstützung ersuchen, damit sichergestellt wird, daß ein Krankheitsfall auf einem Schiff sofort durch Funk den Gesundheitsbehörden des Bestimmungshafens gemeldet wird, um die Bereitstellung des ärztlichen Fachpersonals und Gerätes zu erleichtern, die für sanitäre Maßnahmen bei der Ankunft erforderlich sind.

4.5 Norm. Die öffentlichen Behörden sorgen dafür, daß alle Reisebüros und sonstigen beteiligten Stellen den Fahrgästen rechtzeitig vor der Abreise Listen mit den von den öffentlichen Behörden der betreffenden Staaten vorgeschriebenen Impfungen sowie die den Internationalen Gesundheitsvorschriften entsprechenden Impfbeschei-

national Sanitary Regulations. Public authorities shall take all possible measures to have vaccinators use the International Certificates of Vaccination or Re-Vaccination, in order to assure uniform acceptance.

4.6 Recommended Practice. Public authorities should provide facilities for the completion of International Certificates of Vaccination or Re-Vaccination as well as facilities for vaccination at as many ports as feasible.

4.7 Standard. Public authorities shall ensure that sanitary measures and health formalities are initiated forthwith, completed without delay, and applied without discrimination.

4.8 Recommended Practice. Public authorities should maintain at as many ports as feasible adequate facilities for the administration of public health, animal and agricultural quarantine measures.

4.9 Recommended Practice. There should be maintained readily available at as many ports in a State as feasible such medical facilities as may be reasonable and practicable for the emergency treatment of crews and passengers.

4.10 Standard. Except in the case of an emergency constituting a grave danger to public health, a ship which is not infected or suspected of being infected with a quarantinable disease, shall not on account of any other epidemic disease be prevented by the health authorities for a port from discharging or loading cargo or stores or taking on fuel or water.

4.11 Recommended Practice. Shipments of animals, animal raw materials, crude animal products, animal foodstuffs and quarantinable plant products should be permitted in specified circumstances when accompanied by a quarantine certificate in the form agreed by the States concerned.

ment sanitaire international. Les pouvoirs publics doivent prendre toutes les mesures souhaitables pour que les personnes qui procèdent à des vaccinations utilisent les certificats internationaux de vaccination ou de revaccination, pour en assurer l'uniformisation de l'emploi.

4.6 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient fournir les installations et les services nécessaires à la vaccination ou la revaccination, ainsi qu'à la délivrance des certificats internationaux correspondants, dans le plus grand nombre possible de ports.

4.7 Norme. Les pouvoirs publics s'assurent que les mesures sanitaires et les formalités de santé sont entreprises sur le champ, terminées sans retard et appliquées sans discrimination.

4.8 Pratique recommandée. Les pouvoirs publics devraient entretenir, dans le plus grand nombre possible de ports, des installations et services suffisants pour permettre l'application efficace des mesures sanitaires et phytosanitaires ou vétérinaires.

4.9 Pratique recommandée. Pour tous les soins médicaux à donner en cas d'urgence à l'équipage et aux passagers des installations médicales accessibles sans difficulté devraient, autant qu'il est raisonnable et possible, être prévues dans le plus grand nombre possible de ports de chaque Etat.

4.10 Norme. Sauf en cas d'urgence comportant un danger grave pour la santé publique, l'autorité sanitaire d'un port ne doit pas, en raison d'une autre maladie épidémique, empêcher un navire qui n'est pas infecté ou suspect d'être infecté d'une maladie quarantenaire de décharger ou de charger des marchandises, ou de procéder à son avitaillement, ou de prendre à bord du combustible ou des carburants et de l'eau potable.

4.11 Pratique recommandée. Les expéditions par mer d'animaux, de matières animales, de produits animaux bruts, de denrées alimentaires d'origine animale et de produits végétaux quarantentaires devraient être autorisées dans des circonstances déterminées lorsqu'elles sont accompagnées d'un certificat de quarantaine établi dans la forme approuvée par les Etats intéressés.

nigungsformulare zur Verfügung stellen können. Die öffentlichen Behörden sorgen nach Möglichkeit dafür, daß die Impfarzte die Internationalen Bescheinigungen über Impfung oder Wiederimpfung benutzen, um deren einheitliche Verwendung sicherzustellen.

4.6 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen in möglichst vielen Häfen die Ausstellung der Internationalen Bescheinigungen über Impfung oder Wiederimpfung ermöglichen und Einrichtungen für die Impfung zur Verfügung stellen.

4.7 Norm. Die öffentlichen Behörden sorgen dafür, daß die gesundheitlichen Maßnahmen und Formalitäten sofort eingeleitet, unverzüglich vervollständigt und unterschiedslos angewendet werden.

4.8 Empfehlung. Die öffentlichen Behörden sollen in möglichst vielen Häfen angemessene Einrichtungen für die Durchführung von Menschen-, Tier- und Pflanzenquarantänemaßnahmen unterhalten.

4.9 Empfehlung. In möglichst vielen Häfen eines jeden Staates sollen, soweit dies angemessen und durchführbar ist, jederzeit ärztliche Einrichtungen zur Ersten Hilfe für Besatzung und Fahrgäste zur Verfügung stehen.

4.10 Norm. Außer im Falle eines Notstandes, der eine ernste Gefahr für die Volksgesundheit bildet, darf ein Schiff, das nicht mit einer quarantänpflichtigen Krankheit verseucht ist oder im Verdacht steht, verseucht zu sein, nicht auf Grund irgendeiner anderen epidemischen Krankheit von den Gesundheitsbehörden eines Hafens daran gehindert werden, Fracht oder Vorräte zu löschen oder zu laden oder Brennstoff oder Wasser aufzunehmen.

4.11 Empfehlung. Verschiffungen von Tieren, tierischen Rohstoffen und Roherzeugnissen, tierischen Nahrungsmitteln und quarantänpflichtigen pflanzlichen Erzeugnissen sollen unter besonderen Umständen, wenn sie von einem Quarantäneschein in der zwischen dem beteiligten Staaten vereinbarten Form begleitet sind, zugelassen werden.

Section 5

Miscellaneous Provisions

A. Bonds and Other Forms of Security

5.1 Recommended Practice. Where public authorities require bonds or other forms of security from ship-owners to cover liabilities under the

Chapitre 5

Dispositions diverses

A. Soumissions et autres formes de garantie

5.1 Pratique recommandée. Lorsque les pouvoirs publics exigent des armateurs le dépôt de soumissions ou autres formes de garantie pour couvrir

Abschnitt 5

Verschiedenes

A. Bürgschaften und sonstige Arten der Sicherheitsleistung

5.1 Empfehlung. Öffentliche Behörden, die Bürgschaften oder andere Arten der Sicherheitsleistung von Reedern für Verpflichtungen auf Grund von

customs, immigration, public health, agricultural quarantine or similar laws and regulations of a State, they should permit the use of a single comprehensive bond or other form of security wherever possible.

B. Errors in Documentation and Penalties Therefor

5.2 **Standard.** Public authorities shall, without delaying the ship, allow corrections of errors in a document provided for in this Annex, which they are satisfied are inadvertent, not of a serious nature, not due to recurrent carelessness and not made with intent to violate laws or regulations, on the condition that these errors are discovered before the document is fully checked and the corrections can be effected without delay.

5.3 **Standard.** If errors are found in documents provided for in this Annex, signed by or on behalf of a shipowner or master, no penalties shall be imposed until an opportunity has been given to satisfy the public authorities that the errors were inadvertent, not of a serious nature, not due to recurrent carelessness and not made with intent to violate laws or regulations.

C. Services at Ports

5.4 **Recommended Practice.** The normal services of public authorities at a port should be provided without charge during regular working hours. Public authorities should endeavour to establish regular working hours for their services at ports consistent with the usual periods of substantial work load.

5.4.1 **Recommended Practice.** Contracting Governments should adopt all practicable measures to organize the normal services of public authorities at ports in order to avoid unnecessary delay of ships after their arrival or when ready to depart and reduce the time for completion of formalities to a minimum, provided that sufficient notice of estimated time of arrival or departure shall be given to the public authorities.

leurs obligations en vertu des lois et règlements relatifs aux douanes, à l'immigration, à la santé publique, à la protection phytosanitaire ou vétérinaire ou autres lois et règlements analogues de l'Etat, lesdits pouvoirs publics devraient autant que possible autoriser le dépôt d'une seule soumission globale.

B. Erreurs dans les documents: sanctions

5.2 **Norme.** Les pouvoirs publics autorisent, sans que le départ du navire en soit retardé, la correction d'erreurs dans un document visé à la présente Annexe lorsqu'ils admettent que ces erreurs ont été commises par inadvertance, qu'elles sont sans gravité, qu'elles ne sont pas le fait de négligences répétées et qu'elles ont été commises sans intention d'enfreindre les lois ou règlements, à la condition que lesdites erreurs soient relevées avant que le contrôle des documents soit achevé et qu'elles soient rectifiées sans retard.

5.3 **Norme.** En cas d'erreurs relevées dans les documents visés à la présente Annexe et signés par l'armateur, le capitaine, ou en leur nom, il n'est pas infligé de sanctions avant que les pouvoirs publics n'aient mis ceux-ci en mesure de prouver que les erreurs ont été commises par inadvertance et qu'elles sont sans gravité, qu'elles ne sont pas le fait de négligences répétées et qu'elles ont été commises sans intention d'enfreindre les lois ou règlements.

C. Services dans les ports

5.4 **Pratique recommandée.** Les services habituels des pouvoirs publics, dans un port, devraient être fournis gratuitement pendant les heures régulières de service. Les pouvoirs publics devraient s'efforcer d'établir, pour leurs services portuaires, des heures régulières de service correspondant aux périodes où le volume de travail est habituellement le plus fort.

5.4.1 **Pratique recommandée.** Les Gouvernements contractants devraient adopter toutes les mesures appropriées pour organiser les services habituels des pouvoirs publics dans les ports de manière à éviter de retarder indûment les navires après leur arrivée ou lorsqu'ils sont prêts à partir, et à réduire au minimum le temps nécessaire pour remplir les formalités, à condition que l'heure d'arrivée ou de départ prévue soit notifiée aux pouvoirs publics en temps utile.

Zoll-, Einreise-, Gesundheits-, Pflanzenquarantäne- oder ähnlichen Gesetzen und sonstigen Rechtsvorschriften eines Staates verlangen, sollen nach Möglichkeit die Verwendung einer einzigen umfassenden Bürgschaft oder anderen Art von Sicherheitsleistung zulassen.

B. Fehler in den Dokumenten und Strafen dafür

5.2 **Norm.** Die öffentlichen Behörden gestatten, ohne das Schiff aufzuhalten, Berichtigungen in einem in dieser Anlage vorgesehenen Dokument, wenn sie überzeugt sind, daß die Fehler unbeabsichtigt, nicht schwerwiegend und nicht auf wiederholte Fahrlässigkeit zurückzuführen sind und daß sie nicht in der Absicht begangen wurden, gegen Gesetze und sonstige Vorschriften zu verstoßen; jedoch mit der Maßgabe, daß die Fehler entdeckt werden, bevor die Prüfung des Dokuments abgeschlossen ist, und daß die Berichtigungen unverzüglich vorgenommen werden können.

5.3 **Norm.** Werden in den in dieser Anlage vorgesehenen Dokumenten, die von oder im Namen eines Reeders oder Kapitäns unterschrieben wurden, Fehler entdeckt, so werden keine Strafen verhängt, bis dem Betreffenden Gelegenheit gegeben wurde, den öffentlichen Behörden nachzuweisen, daß die Fehler unbeabsichtigt, nicht schwerwiegend und nicht auf wiederholte Fahrlässigkeit zurückzuführen sind und daß sie nicht in der Absicht begangen wurden, gegen Gesetze und sonstige Vorschriften zu verstoßen.

C. Dienstleistungen im Hafen

5.4 **Empfehlung.** Die übliche Dienstausübung der öffentlichen Behörden in einem Hafen soll während der regulären Arbeitszeit unentgeltlich erbracht werden. Die öffentlichen Behörden sollen sich bemühen, für ihre Dienstleistungen im Hafen reguläre Arbeitszeiten einzuführen, die mit den üblichen Zeiten eines starken Arbeitsanfalls in Einklang stehen.

5.4.1 **Empfehlung.** Die Vertragsregierungen sollen alle durchführbaren Maßnahmen treffen, um die üblichen Dienstleistungen der öffentlichen Behörden in den Häfen so zu organisieren, daß unnötige Verzögerungen für die Schiffe nach dem Einlaufen oder vor dem Auslaufen vermieden werden und die Zeit für die Erfüllung der Förmlichkeiten auf ein Mindestmaß beschränkt wird, sofern den genannten Behörden die voraussichtliche Ankunfts- oder Abfahrtszeit rechtzeitig bekanntgegeben wird.

5.4.2 Standard. No charge shall be made by a health authority for any medical examination, or any supplementary examination, whether bacteriological or otherwise, carried out at any time of the day or night, if such examination is required to ascertain the health of the person examined, nor for visit to and inspection of a ship for quarantine purposes except inspection of a ship for the issue of a Deratting or Deratting Exemption Certificate, nor shall a charge be made for any vaccination of a person arriving by ship nor for a certificate thereof. However, where measures other than these are necessary in respect of a ship or its passengers or crew, and charges are made for them by a health authority, such charges shall be made in accordance with a single tariff which shall be uniform to the territory concerned and they shall be levied without distinction as to the nationality, domicile or residence of any person concerned or as to the nationality, flag, registry or ownership of the ship.

5.4.3 Recommended Practice. When the services of public authorities are provided outside the regular working hours referred to in Recommended Practice 5.4, they should be provided on terms which shall be moderate and not exceed the actual cost of the services rendered.

5.5 Standard. Where the volume of traffic at a port warrants, public authorities shall ensure that services are provided for the accomplishment of the formalities in respect of cargo and baggage, regardless of value or type.

5.6 Recommended Practice. Contracting Governments should endeavour to make arrangements whereby one Government will permit another Government certain facilities before or during the voyage to examine ships, passengers, crew, baggage, cargo and documentation for customs, immigration, public health, plant and animal quarantine purposes when such action will facilitate clearance upon arrival in the latter State.

D. Cargo not Discharged at the Port of Intended Destination

5.7 Standard. Where any cargo listed on the Cargo Declaration is not

5.4.2 Norme. L'autorité sanitaire ne perçoit aucun droit pour toute visite médicale ainsi que tout examen complémentaire, bactériologique ou autre, effectué à quelque moment que ce soit, de jour ou de nuit, qui peut être nécessaire pour connaître l'état de santé de la personne examinée; elle ne perçoit pas davantage de droits pour la visite de l'inspection du navire à des fins de quarantaine, sauf si l'inspection a pour objet la délivrance d'un certificat de dératisation ou d'exemption de dératisation. Il ne sera pas perçu de droits pour la vaccination d'une personne arrivant sur un navire, ni pour la délivrance d'un certificat de vaccination. Cependant, si des mesures autres que celles indiquées ci-dessus sont nécessaires à l'égard d'un navire, de ses passagers ou de son équipage et que des droits sont prélevés, ils le seront conformément à un tarif unique, uniforme sur tout le territoire de l'Etat intéressé. Ces droits sont perçus sans distinction quant à la nationalité, au domicile, ou à la résidence de la personne intéressée, ou à la nationalité, au pavillon, à l'immatriculation ou à la propriété du navire.

5.4.3 Pratique recommandée. Lorsque les pouvoirs publics fournissent des services en dehors des heures régulières visées à la pratique recommandée 5.4, ils devraient le faire à des conditions raisonnables et qui n'excèdent pas le coût réel des services rendus.

5.5 Norme. Lorsque le mouvement des navires dans un port le justifie, les pouvoirs publics doivent veiller à fournir les services nécessaires à l'accomplissement des formalités relatives à la cargaison et aux bagages, quelles que soient leur valeur et leur nature.

5.6 Pratique recommandée. Les Gouvernements contractants devraient prendre des dispositions par lesquelles un gouvernement accorderait à un autre gouvernement certaines facilités, avant le voyage ou en cours de traversée, pour inspecter les navires, les passagers, les membres de l'équipage, les bagages, les marchandises, ainsi que les documents de douane, d'immigration, de santé publique et de protection phytosanitaire et vétérinaire, lorsque cette mesure peut faciliter l'accomplissement des formalités à l'arrivée sur le territoire du second Etat.

D. Cargaison non déchargée dans le port de destination prévu

5.7 Norme. Lorsque tout ou partie de la cargaison mentionnée dans la dé-

5.4.2 Norm. Die Gesundheitsbehörde erhebt keine Gebühr für eine ärztliche Untersuchung oder Zusatzuntersuchung bakteriologischer oder sonstiger Art, die zu irgendeiner Tages- oder Nachtzeit vorgenommen wird, wenn diese Untersuchung erforderlich ist, um den Gesundheitszustand der untersuchten Person festzustellen; das gleiche gilt für den Besuch und die Überprüfung eines Schiffes zu Quarantäne-zwecken mit Ausnahme der Überprüfung zwecks Ausstellung einer Entrattungsbescheinigung oder einer Bescheinigung über die Befreiung von der Entrattung; ferner sind die Impfung einer mit einem Schiff eintreffenden Person und die Ausstellung einer Impfbescheinigung gebührenfrei. Sind jedoch andere als die genannten Maßnahmen in bezug auf ein Schiff, seine Fahrgäste oder die Besatzung erforderlich und werden von der Gesundheitsbehörde dafür Gebühren erhoben, so richten sich diese nach einem einzigen, in dem betreffenden Hoheitsgebiet einheitlich geltenden Tarif; die Gebühren werden ungeachtet der Staatsangehörigkeit, des Wohn- oder Aufenthaltsorts des Betroffenen oder der Staatsangehörigkeit, der Flagge, der Registrierung oder des Eigentümers des Schiffes erhoben.

5.4.3 Empfehlung. Werden von den öffentlichen Behörden Dienstleistungen außerhalb der in Empfehlung 5.4 bezeichneten regulären Arbeitszeit erbracht, so sollen sie gegen mäßige Gebühren erbracht werden, die die Selbstkosten nicht übersteigen.

5.5 Norm. Wenn es der Umfang des Verkehrs in einem Hafen rechtfertigt, sorgen die öffentlichen Behörden dafür, daß die erforderlichen Dienstleistungen verfügbar sind, um die Förmlichkeiten für Ladung und Gepäck ungeachtet des Wertes oder der Art derselben durchzuführen.

5.6 Empfehlung. Die Vertragsregierungen sollen sich bemühen, Vereinbarungen zu treffen, auf Grund derer eine Regierung einer anderen vor oder während der Reise bestimmte Möglichkeiten zur Kontrolle der Schiffe, der Fahrgäste, der Besatzung, des Gepäcks, der Ladung und der Dokumente für Zoll-, Einwanderungs-, Gesundheits-, Pflanzen- und Tierquarantäne-zwecke einräumt, wenn dadurch die Abfertigung nach der Ankunft in dem letztgenannten Staat erleichtert wird.

D. Ladung, die nicht im vorgesehenen Bestimmungshafen gelöscht wird

5.7 Norm. Wird ein Teil der in der Frachterklärung aufgeführten Ladung

discharged at the port of intended destination, public authorities shall permit amendment of the Cargo Declaration and shall not impose penalties if satisfied that the cargo was not in fact loaded on the ship, or if loaded, was landed at another port.

5.8 Standard. When by error, or for other valid reason, any cargo is discharged at a port other than the port of intended destination, public authorities shall facilitate reforwarding to its intended destination. This provision does not apply to dangerous, prohibited or restricted cargo.

E. Limitation of Shipowner's Responsibilities

5.9 Standard. Public authorities shall not require a shipowner to place special information for use of such authorities on a bill of lading or a copy thereof, unless the shipowner is, or is acting for, the importer or exporter.

5.10 Standard. Public authorities shall not hold the shipowner responsible for the presentation or accuracy of documents which are required of the importer or exporter in connexion with the clearance of cargo, unless the shipowner is, or is acting for, the importer or exporter.

claration de cargaison n'est pas déchargé au port de destination prévu, les pouvoirs publics doivent permettre que cette déclaration soit modifiée et ne pas infliger de sanctions s'ils ont la certitude que la cargaison en cause n'a pas été chargée à bord du navire ou, si elle l'a été, qu'elle a été déchargée dans un autre port.

5.8 Norme. Lorsque par erreur, ou pour toute autre raison valable, tout ou partie de la cargaison est déchargé dans un port autre que le port prévu, les pouvoirs publics facilitent sa réexpédition à destination. Cette disposition ne s'applique pas toutefois aux marchandises dangereuses, prohibées ou soumises à restriction.

E. Limitation de la responsabilité de l'armateur

5.9 Norme. Les pouvoirs publics n'exigent pas de l'armateur qu'il fasse figurer des renseignements spéciaux à leur intention sur le connaissement ou la copie de ce document, à moins que l'armateur n'agisse en qualité d'importateur ou d'exportateur, ou au nom de l'importateur ou de l'exportateur.

5.10 Norme. Les pouvoirs publics ne rendent pas l'armateur responsable de la présentation ou de l'exactitude des documents exigés de l'importateur ou de l'exportateur en vue du dédouanement, à moins qu'il n'agisse lui-même en qualité d'importateur ou d'exportateur, ou au nom de l'importateur ou de l'exportateur.

nicht im vorgesehenen Bestimmungshafen gelöscht, so werden die öffentlichen Behörden eine Änderung der Frachterklärung zulassen und keine Strafen verhängen, wenn sie überzeugt sind, daß das Schiff diese Fracht nicht tatsächlich geladen oder in einem anderen Hafen gelöscht hat.

5.8 Norm. Wird irrtümlich oder aus einem sonstigen stichhaltigen Grund Ladung in einem anderen als dem vorgesehenen Bestimmungshafen gelöscht, so erleichtern die öffentlichen Behörden die Weiterbeförderung an den vorgesehenen Bestimmungsort. Dies gilt nicht für gefährliche, verbotene oder Beschränkungen unterworfenen Ladung.

E. Beschränkung der Haftung des Reeders

5.9 Norm. Die öffentlichen Behörden verlangen von einem Reeder nicht, daß er für ihre Zwecke besondere Angaben in einen Schiffsfrachtbrief oder eine Abschrift desselben einträgt, sofern der Reeder nicht gleichzeitig Importeur oder Exporteur ist oder für diesen handelt.

5.10 Norm. Die öffentlichen Behörden machen den Reeder nicht für die Vorlage oder Richtigkeit von Dokumenten haftbar, die vom Importeur oder Exporteur im Zusammenhang mit der Frachtabfertigung verlangt werden, sofern der Reeder nicht gleichzeitig Importeur oder Exporteur ist oder für diesen handelt.

Annex	Annexe	Anlage
Resolutions	Résolutions	Entschliefungen
Resolution 1	Résolution 1	Entschliebung 1
Encouragement of acceptances of and accessions to the Convention	Nécessité d'encourager les Etats à approuver la Convention ou à y adhérer	Aufforderung zur Annahme des Ubereinkommens oder zum Beitritt
<p>The International Conference on Facilitation of Maritime Travel and Transport, 1965:</p> <p>RECOGNIZING that uniform simplification and reduction of formalities, documentary requirements and procedures on the arrival, stay and departure of ships engaged in international voyages is highly desirable for the facilitation of maritime traffic,</p> <p>RESOLVES</p> <p>(1) that the States represented at the Conference are invited to accept the Convention on Facilitation of International Maritime Traffic as soon as possible;</p> <p>(2) that the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization should invite the attention of its Members and of the Members of the United Nations or of any of the specialized agencies, or Members of the International Atomic Energy Agency, or Parties to the Statute of the International Court of Justice, which are not Members of the Organization and which have not become Parties to the Convention, to the desirability of their co-operation in these international measures of facilitation and invite them to, become Parties to the Convention;</p> <p>(3) that to the extent to which it is able the Organization should upon request furnish information and advice to the Governments which have not become Parties to the Convention with a view to facilitating their acceptance of, or accession to the Convention.</p>	<p>La Conférence internationale de 1965 visant à faciliter les voyages et les transports maritimes,</p> <p>RECONNAISSANT que, pour faciliter le trafic maritime, il est hautement souhaitable de simplifier et de réduire de manière uniforme les procédures, les formalités et les documents requis pour l'entrée, le séjour au port et la sortie des navires effectuant des voyages internationaux,</p> <p>DÉCIDE que:</p> <p>1) les Etats représentés à la Conférence sont invités à approuver aussitôt que possible la Convention visant à faciliter le trafic maritime international;</p> <p>2) l'Organisation intergouvernementale consultative de la navigation maritime devrait appeler l'attention de ses Membres et des Membres de l'Organisation des Nations Unies ou de l'une quelconque des institutions spécialisées, des membres de l'Agence internationale de l'énergie atomique et des parties au Statut de la Cour internationale de Justice, qui ne sont ni membres de l'Organisation ni parties à la Convention, sur l'opportunité de coopérer aux mesures ainsi prises sur le plan international pour faciliter les voyages et les transports, et les inviter à devenir parties à la Convention;</p> <p>3) dans la mesure où elle le peut, l'Organisation devrait fournir aux gouvernements qui ne sont pas parties à la Convention, sur leur demande, des renseignements et des avis propres à leur permettre d'approuver la Convention ou d'y adhérer.</p>	<p>Die Internationale Konferenz von 1965 zur Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs zur See —</p> <p>IN DER ERKENNTNIS, daß eine einheitliche Vereinfachung und Beschränkung der Förmlichkeiten, Dokumentenerfordernisse und Verfahren beim Einlaufen, Aufenthalt und Auslaufen von Schiffen auf Auslandsfahrt zur Erleichterung des Seeverkehrs äußerst wünschenswert ist --</p> <p>NIMMT FOLGENDE ENTSCHLIESUNG AN:</p> <p>(1) Die auf der Konferenz vertretenen Staaten werden eingeladen, das Ubereinkommen zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs so bald wie möglich anzunehmen;</p> <p>(2) die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrtsorganisation soll ihre Mitglieder sowie die Mitglieder der Vereinten Nationen und ihrer Sonderorganisationen, die Mitglieder der Internationalen Atomenergie-Organisation und die Vertragsparteien der Satzung des Internationalen Gerichtshofs, die weder Mitglieder der Organisation noch Vertragsparteien des Ubereinkommens sind, darauf hinweisen, daß ihre Mitarbeit an diesen internationalen Maßnahmen zur Erleichterung des Seeverkehrs wünschenswert ist, und sie zur Teilnahme an dem Ubereinkommen einladen;</p> <p>(3) die Organisation soll, soweit es ihr möglich ist, auf Ersuchen den Regierungen, die nicht Vertragsparteien des Ubereinkommens sind, Auskünfte und Ratschläge erteilen, um es den Regierungen zu erleichtern, das Ubereinkommen anzunehmen oder ihm beizutreten.</p>
Resolution 2	Résolution 2	Entschliebung 2
Acceptance of Standards	Acceptation des normes	Annahme der Normen
<p>The International Conference on Facilitation of Maritime Travel and Transport, 1965:</p> <p>RECOGNIZING that the provisions of the Annex to the Convention on Facilitation of International Maritime Traffic are, when practicable, to be adopted by the Contracting Governments;</p> <p>HAVING DRAFTED the Standards which form part of the present Annex in such a way as to facilitate incorporation into national legislation;</p>	<p>La Conférence internationale de 1965 visant à faciliter les voyages et les transports maritimes,</p> <p>RECONNAISSANT que les dispositions de l'Annexe à la Convention visant à faciliter le trafic maritime international devraient, autant que possible, être adoptées par les Gouvernements contractants,</p> <p>AYANT RÉDIGÉ les normes qui font partie de la présente Annexe de manière à faciliter leur incorporation dans la législation nationale,</p>	<p>Die Internationale Konferenz von 1965 zur Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs zur See —</p> <p>IN DER ERKENNTNIS, daß die Anlage des Ubereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs nach Möglichkeit von den Vertragsregierungen angenommen werden soll,</p> <p>NACH AUSARBEITUNG der einen Bestandteil dieser Anlage bildenden Richtlinien mit dem Ziel, ihre Aufnahme in die innerstaatlichen Rechtsvorschriften zu erleichtern —</p>

RESOLVES to invite the attention of Contracting Governments and Members of the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization to the desirability of accepting the Standards whenever practicable and bringing their own formalities, documentary requirements and procedures into full accord with them.

Resolution 3

The creation of national and regional committees

The International Conference on Facilitation of Maritime Travel and Transport, 1965:

RECOGNIZING the value of existing national and regional committees for the encouragement of measures of facilitation which will advance the purposes of the Convention on Facilitation of International Maritime Traffic,

RESOLVES

(1) to invite Contracting Governments to create national and regional committees where such committees do not already exist in order to encourage the recommendation of measures of facilitation, their adoption and their implementation in the States concerned;

(2) further to invite such Governments to notify the Secretary-General of the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization of the existence or of the creation of any such committees.

Resolution 4

Establishment of an ad hoc Working Group

The International Conference on Facilitation of Maritime Travel and Transport, 1965:

EXPRESSES appreciation to the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization for convening the International Conference on Facilitation of Maritime Travel and Transport and for preparing a draft of the Convention and its Annex;

TAKING INTO ACCOUNT that the purposes of the Organization as expressed in Article 1 of its Convention are, among others, to "provide machinery for co-operation among Governments in the field of governmental regulations and practices relating to technical matters of all kinds affecting shipping engaged in international trade, and to encourage the removal of discriminatory action and unneces-

DÉCIDE d'appeler l'attention des Gouvernements contractants et des Membres de l'Organisation intergouvernementale consultative de la navigation maritime sur l'opportunité d'accepter les normes dans toute la mesure possible et d'y adapter leurs propres procédures, formalités et documents.

Résolution 3

Création de commissions nationales et régionales

La Conférence internationale de 1965 visant à faciliter les voyages et les transports maritimes,

RECONNAISSANT que les commissions nationales et régionales existantes contribuent largement à encourager l'application des mesures diverses d'assouplissement qui aideront à atteindre les objectifs de la Convention visant à faciliter le trafic maritime international,

DÉCIDE

1) d'inviter les Gouvernements contractants à créer des commissions nationales et régionales, là où il n'en existe pas déjà, afin d'encourager la recommandation de mesures diverses d'assouplissement, leur adoption et leur application dans les Etats intéressés;

2) d'inviter également ces gouvernements à informer le Secrétaire général de l'Organisation intergouvernementale consultative de la navigation maritime de l'existence ou de la création de telles commissions.

Résolution 4

Constitution d'un groupe de travail ad hoc

La Conférence internationale de 1965 visant à faciliter les voyages et les transports maritimes,

FÉLICITE l'Organisation intergouvernementale consultative de la navigation maritime d'avoir convoqué la Conférence internationale visant à faciliter les voyages et les transports maritimes et d'avoir préparé un projet de Convention et son Annexe,

CONSIDÉRANT que les buts de l'Organisation, tels qu'ils sont définis à l'article premier de sa Convention, sont notamment « d'instituer un système de collaboration entre les gouvernements dans le domaine de la réglementation et des usages gouvernementaux ayant trait aux questions techniques de toutes sortes qui intéressent la navigation commerciale internationale, et d'encourager l'aban-

NIMMT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG AN:

Die Vertragsregierungen und die Mitglieder der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrts-Organisation werden darauf hingewiesen, daß es wünschenswert ist, die Normen, soweit irgend durchführbar, anzunehmen und ihre eigenen Förmlichkeiten, Dokumentenerfordernisse und Verfahren damit vollständig in Einklang zu bringen.

EntschlieÙung 3

Bildung nationaler und regionaler Ausschüsse

Die Internationale Konferenz von 1965 zur Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs zur See —

IN DER ERKENNTNIS, daß die bestehenden nationalen und regionalen Ausschüsse in erheblichem Maße zur Anwendung von Erleichterungsmaßnahmen beitragen, die den Zielen des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs dienen werden —

NIMMT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG AN:

(1) Die Vertragsregierungen werden zur Bildung nationaler und regionaler Ausschüsse eingeladen, soweit derartige Ausschüsse noch nicht bestehen, um die Empfehlung von Erleichterungsmaßnahmen sowie ihre Annahme und Durchführung in den betreffenden Staaten zu fördern;

(2) diese Regierungen werden ferner eingeladen, dem Generalsekretär der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrts-Organisation das Bestehen oder die Bildung derartiger Ausschüsse zu notifizieren.

EntschlieÙung 4

Einsetzung einer ad hoc-Arbeitsgruppe

Die Internationale Konferenz von 1965 zur Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs zur See —

DANKT der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrts-Organisation dafür, daß sie die Internationale Konferenz zur Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs zur See einberufen und einen Übereinkommensentwurf nebst Anlage ausgearbeitet hat —

IN ANBETRACHT DESSEN, daß die Ziele der Organisation, wie sie in Artikel 1 ihres Übereinkommens zum Ausdruck gebracht werden, unter anderem darin bestehen, „eine Zusammenarbeit zwischen den Regierungen bei der staatlichen Regelung und Handhabung technischer Angelegenheiten aller Art der internationalen Handels-schiffahrt herbeizuführen und die Be-seitigung der von den Regierungen in

sary restrictions by Governments affecting shipping engaged in international trade so as to promote the availability of shipping services to the commerce of the world without discrimination”;

TAKING INTO ACCOUNT the Convention on the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization under which its Assembly may establish any subsidiary bodies it may consider necessary;

RECALLING the Resolutions A.29 (II) and A.63(III) of the Organization's Assembly relating to facilitation of travel and transport;

REQUESTS the Organization to consider the possibility of establishing from time to time an ad hoc Working Group with consultative and advisory functions composed of experts of the Governments Parties to the Convention on Facilitation of International Maritime Traffic to assist the Secretary-General in carrying out the task devolving on him under the Convention, and, in particular, to examine in cases when need may be, the amendments proposed by the Contracting Governments to the Annex to the Convention. Observers from inter-governmental and from non-governmental organizations having consultative status with the Organization may be invited to participate in the work of the ad hoc Working Group.

Resolution 5

Future work on facilitation

The International Conference on Facilitation of Maritime Travel and Transport, 1965:

TAKING INTO ACCOUNT the Convention on Facilitation of International Maritime Traffic and its Annex,

CONSIDERING the need to adopt additional measures in certain fields with a view to the inclusion of appropriate provisions in the Annex,

RESOLVES to invite the Secretary-General of the Inter-Governmental Maritime Consultative Organization to take appropriate measures through the proposed ad hoc Working Group of Experts of the Governments Parties to the Convention:

(1) to accelerate the establishment of standardized forms of documents referred to in the Annex;

don des mesures discriminatoires et des restrictions non indispensables appliquées par les gouvernements à la navigation commerciale internationale, en vue de mettre les ressources des services maritimes à la disposition du commerce mondial sans discrimination».

CONSIDÉRANT qu'en vertu de la Convention portant création de l'Organisation intergouvernementale consultative de la navigation maritime l'Assemblée de cette Organisation peut établir tous organes auxiliaires qu'elle juge nécessaires,

RAPPELANT les résolutions A.29 (II) et A.63 (III) de l'Assemblée de l'Organisation relatives aux mesures destinées à faciliter les voyages et les transports,

INVITE l'Organisation à examiner la possibilité de constituer de temps à autre un groupe de travail ad hoc ayant des fonctions consultatives et composé d'experts des Gouvernements parties à la Convention visant à faciliter le trafic maritime international, en vue de simplifier la tâche qui incombe au Secrétaire général aux termes de cette Convention et notamment d'examiner, le cas échéant, les amendements proposés par les Gouvernements contractants à l'Annexe de la Convention. Des observateurs des organisations intergouvernementales et des organisations non gouvernementales dotées du statut consultatif auprès de l'Organisation pourront être invités à participer aux travaux du groupe de travail ad hoc.

Résolution 5

Travaux futurs sur les mesures diverses d'assouplissement

La Conférence internationale de 1965 visant à faciliter les voyages et les transports maritimes,

COMPTE TENU des dispositions de la Convention visant à faciliter le trafic maritime international et de son Annexe,

CONSIDÉRANT qu'il y a lieu de prendre de nouvelles mesures dans certains domaines en vue d'inclure dans l'Annexe des dispositions s'y rapportant,

DÉCIDE d'inviter le Secrétaire général de l'Organisation intergouvernementale consultative de la navigation maritime à prendre, par l'intermédiaire du groupe de travail spécial composé d'experts des Gouvernements parties à la Convention qu'il est proposé de créer, toutes mesures utiles pour:

1) accélérer la mise au point de modèles normalisés pour les documents visés dans l'Annexe;

bezug auf die internationale Handels-schiffahrt angewandten diskriminierenden Maßnahmen und unnötigen Beschränkungen anzustreben, um dem Welthandel in steigendem Maße ohne Diskriminierung Schiffahrtsdienste verfügbar zu machen“.

UNTER BERÜCKSICHTIGUNG des Übereinkommens über die Zwischenstaatliche Beratende Seeschiffahrts-Organisation, auf Grund dessen die Versammlung dieser Organisation die von ihr für erforderlich erachteten Hilfsorgane einsetzen kann,

EINGEDENK der Entschlüssen A.29(II) und A.63(III) der Versammlung der Organisation betreffend die Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs —

ERSUCHT die Organisation, die Möglichkeit zu erwägen, von Zeit zu Zeit eine aus Sachverständigen der Vertragsregierungen des Übereinkommens zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs bestehende ad hoc-Arbeitsgruppe mit beratender Funktion einzusetzen, die den Generalsekretär bei der Wahrnehmung der ihm durch das Übereinkommen übertragenen Aufgaben unterstützt und insbesondere in Fällen, in denen dies erforderlich wird, die von den Vertragsregierungen vorgeschlagenen Änderungen der Anlage des Übereinkommens prüft. Beobachter zwischenstaatlicher und nichtzwischenstaatlicher Organisationen, die der Organisation mit beratendem Status angehören, können zur Teilnahme an der Arbeit der ad hoc-Arbeitsgruppe eingeladen werden.

Entschlüsselung 5

Künftige Arbeit an den Erleichterungsmaßnahmen

Die Internationale Konferenz von 1965 zur Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs zur See —

MIT RÜCKSICHT AUF das Übereinkommen zur Erleichterung des Internationalen Seeverkehrs und seine Anlage,

IN ANBETRACHT der Notwendigkeit, auf bestimmten Gebieten zusätzliche Maßnahmen zu treffen, um geeignete Bestimmungen in die Anlage aufzunehmen —

NIMMT FOLGENDE ENTSCHESSUNG AN:

Der Generalsekretär der Zwischenstaatlichen Beratenden Seeschiffahrts-Organisation wird eingeladen, durch die vorgeschlagene ad hoc-Arbeitsgruppe von Sachverständigen der Vertragsregierungen des Übereinkommens geeignete Maßnahmen zu treffen, um

1. die Einführung genormter Formulare für die in der Anlage erwähnten Dokumente zu beschleunigen;

- | | | |
|---|---|--|
| <p>(2) to consider special facilities for ships engaged on cruises in view of the world-wide development of cruising;</p> <p>(3) to consider the special measures of facilitation that should apply to passengers in transit and to draw up provisions to facilitate formalities concerning transit passengers;</p> <p>(4) to consider the measures of facilitation which might be desirable in connexion with the operation of ships in scientific services;</p> <p>(5) to consider special problems that exist with regard to matters associated with animal and plant quarantine and, recognizing the utility of international co-operation for the purpose of preventing the spread of pests and diseases of animals and plants, to formulate uniform provisions on the facilitation aspects of these problems.</p> | <p>2) étudier les facilités particulières qu'il conviendrait d'accorder aux navires en croisière, par suite du développement mondial des croisières;</p> <p>3) étudier les mesures spéciales dont devraient bénéficier les passagers en transit, et mettre au point des dispositions visant à simplifier les formalités les concernant;</p> <p>4) envisager les mesures d'assouplissement qui pourraient être souhaitables pour les navires utilisés à des fins scientifiques;</p> <p>5) étudier les problèmes particuliers relatifs à la quarantaine des plantes et des animaux et, reconnaissant l'utilité de la coopération internationale en vue d'empêcher la propagation des fléaux et des maladies s'attaquant aux animaux et aux végétaux, mettre au point des dispositions uniformes sur les aspects de ces problèmes qui ont un lien avec la simplification des transports maritimes.</p> | <p>2. in Anbetracht der Zunahme von Kreuzfahrten auf der ganzen Welt besondere Erleichterungen für Schiffe auf solchen Fahrten in Erwägung ziehen;</p> <p>3. besondere Erleichterungsmaßnahmen für Durchreisende in Erwägung zu ziehen und Bestimmungen zur Erleichterung der Förmlichkeiten für solche Fahrgäste auszuarbeiten;</p> <p>4. Erleichterungsmaßnahmen in Erwägung zu ziehen, die im Zusammenhang mit dem Betrieb von Schiffen mit wissenschaftlichem Auftrag wünschenswert wären;</p> <p>5. die besonderen Fragen zu prüfen, die sich im Zusammenhang mit der Tier- und Pflanzenquarantäne ergeben, und in Erkenntnis des Nutzens einer internationalen Zusammenarbeit zur Verhütung der Verbreitung von Tier- und Pflanzenseuchen oder -krankheiten einheitliche Bestimmungen bezüglich derjenigen Fragen auszuarbeiten, welche die Erleichterung des Seeverkehrs betreffen.</p> |
|---|---|--|

Resolution 6

Facilitation of international travel and tourism

The International Conference on Facilitation of Maritime Travel and Transport, 1965:

RECOGNIZING that the recommendations relating to facilitation, adopted at the United Nations Conference on International Travel and Tourism held in Rome in 1963, are applicable to all means of transport,

CONSIDERING that the application of those recommendations may greatly benefit maritime travel and transport,

INVITES the attention of the States represented at the Conference to the recommendations contained in the Final Report of the United Nations Conference on International Travel and Tourism, concerning facilitation of governmental formalities for international travel;

FURTHER INVITES them to consider ways in which particular recommendations may be applied in furthering the objectives of facilitation and the purposes of this Conference.

Résolution 6

Assouplissement des formalités pour le tourisme et les voyages internationaux

La Conférence internationale de 1965 visant à faciliter les voyages et les transports maritimes,

RECONNAISSANT que les recommandations adoptées par la Conférence des Nations Unies sur le tourisme et les voyages internationaux, tenue à Rome en 1963 au sujet de l'assouplissement des formalités, sont applicables à tous les modes de transport,

CONSIDÉRANT que l'application de ces recommandations peut grandement favoriser les voyages et les transports maritimes,

APPELLE l'attention des Etats représentés à la Conférence sur les recommandations qui figurent dans le Rapport final de la Conférence des Nations Unies sur le tourisme et les voyages internationaux et qui ont trait à l'assouplissement des formalités officielles pour les voyages internationaux;

INVITE en outre ces Etats à étudier par quels moyens l'une quelconque de ces recommandations pourrait être mise en œuvre en vue d'assouplir les formalités et de servir les buts de la présente Conférence.

Entschließung 6

Erleichterung des internationalen Reise- und Fremdenverkehrs

Die Internationale Konferenz von 1965 zur Erleichterung des Personen- und Güterverkehrs zur See —

IN DER ERKENNTNIS, daß die Empfehlungen zur Erleichterung von Förmlichkeiten, die auf der 1963 in Rom abgehaltenen Konferenz der Vereinten Nationen über den Internationalen Reise- und Fremdenverkehr angenommen wurden, auf alle Beförderungsmittel anwendbar sind;

IN DER ERWAGUNG, daß die Anwendung dieser Empfehlungen für den Personen- und Güterverkehr zur See von größtem Nutzen sein kann —

WEIST die auf der Konferenz vertretenen Staaten auf die Empfehlungen zur Erleichterung der amtlichen Förmlichkeiten beim internationalen Reiseverkehr hin, die im Schlußbericht der Konferenz der Vereinten Nationen über den Internationalen Reise- und Fremdenverkehr enthalten sind;

LADT diese Staaten FERNER EIN, zu prüfen, auf welche Weise einzelne Empfehlungen angewendet werden können, um der Erleichterung der Förmlichkeiten und den Zwecken dieser Konferenz zu dienen.